

Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik in Schleswig-Holstein und Hamburg

Nr. 26 · Winter 06/07 · 3€

Rote Karte für Nazis

Abonniert die Enough is enough!

Die Enough im Vertrieb von rat · reihe antifaschistischer texte

Kaufen:



Dieser Band zu rechter Musik und rechtem Lifestyle hat unabhängig jeglicher politischer und medialer Konjunktur ein Anliegen:

Denjenigen den Rücken zu stärken, die nach Möglichkeiten suchen, Rassismus, Antisemitismus und Neonazismus entgegenzutreten.

Umfangreiche Verzeichnisse zu rechter Symbolik, einschlägigen Bands, Publikationen und Labels des RechtsRock bieten schnelle und präzise Orientierung für die Praxis.

Das Standardwerk

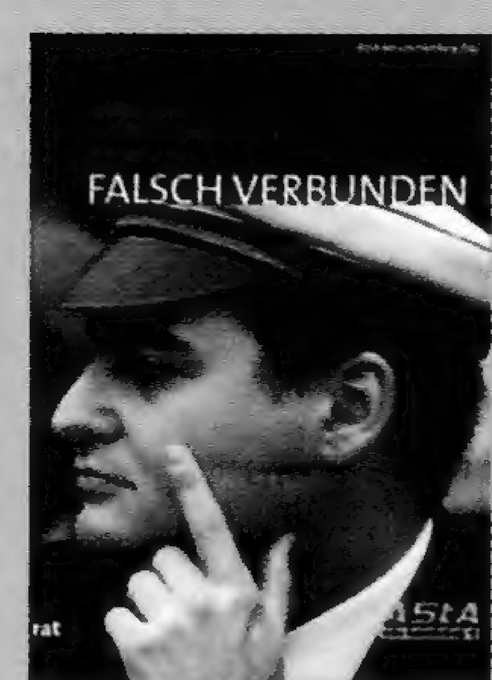
544 Seiten, viele Abbildungen

ISBN 3-89771-808-1 · 24 €

AStA der Universität Hamburg (Hg)

Falsch Verbunden

Reader zum Verbindungs(un)wesen in Hamburg



Die extreme Rechte ist im Aufwind. Im sächsischen Landtag sprach der NPD-Abgeordnete und Burschenschafter Jürgen Gansel von einem »Bomben-Holocaust« durch die Allierten im Zweiten Weltkrieg. Immer wieder sind Burschenschafter mit von der Partie wenn es um neonazistische Peropaganda geht. Extrem rechte Verbindungen sind auch in Hamburg aktiv. Im Verbindungshaus der Burschenschaft Germania wohnte der Vertreiber der »Projekt-Schulhof«-CDs der »Freien Kameradschaften«. Die neonazistische Burschenschaft Germania ist jedoch nur die Spitze des Eisberges. In den Räumen einiger Verbindungen, wie beispielsweise der Germania Königsberg und der Mecklenburgia, finden immer wieder Veranstaltungen mit Rednern aus der extremen Rechten statt. Um einen Überblick über das rechte Studentenwesen zu bekommen, wurde dieser Reader erstellt.

1 Ex 2€ Schutzgebühr plus 1€ Versand.
10 Ex 12€ inkl. Versand
Nur gegen Vorkasse

asp (Hg.)

Versteckspiel

Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen

Das Wissen um Symbole, Codes und Kleidungsstil ist wichtige Voraussetzung für die Beschäftigung mit rechten Jugendkulturen. Diese Broschüre trägt diejenigen Elemente zusammen, die im Alltag der Jugendlichen tatsächlich eine Rolle spielen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Region Berlin/ Brandenburg und zeigt, soweit möglich, Beispiele aus dieser Region.



3. aktualisierte Auflage 2005
40 Seiten A4 farbig
Versandbedingungen
1 Ex. 3 € plus 1 € Versand
10 Ex. 25 € incl. Versand

Andreas Speit (Hg.)

Ästhetische Mobilmachung

Dark Wave, Neofolk und Industrial im Spannungsfeld rechter Ideologien

»Ästhetische Mobilmachung ist mehr als nur eine Aufsatzsammlung. Die Beiträge sind gut aufeinander abgestimmt, sauber recherchiert und bieten treffende Analysen. Wer bereit ist, über die Wechselwirkung zwischen Pop und Politik nachzudenken, findet hier reichlich Material und Anregung. Darüber hinaus leistet das Buch einen wichtigen Beitrag zum Thema ›Re-Politisierung der Popmusik‹ ...«
Intro/Juli 2002

»Alles in allem also jede Menge Fakten und Analysen, wobei das Buch vor allem durch seine Komplexität besticht ... Kaufpflicht«
Lotta – antifaschistische Zeitung aus NRW/Sommer 2002

1. Auflage 2002
282 Seiten
ISBN 3-89771-804-9
16€

Der Mythos stirbt zuletzt

Seit 15 Jahren organisieren Neonazis alljährlich im August zum Todestag des Hitlerstellvertreters und Kriegsverbrechers Rudolf Heß Aufmärsche und Propagandaaktionen.

Die Mythenbildung um Heß, die revisionistische Projektion auf den Suizid und die ›Vorbildfunktion‹ eines reuelosen NS-Täters für ›junge Kameraden‹ kulminieren im Gedenken an Rudolf Heß.

In den Beiträgen wird der ›Mythos Heß‹ entzaubert, seine Biogafie zeigt den gradlinigen Weg zu einem der führenden NS-Funktionäre und Wegbereiter des Holocaust.

Mit der Betrachtung antifaschistischer Gegenaktivitäten werden abschließend Möglichkeiten und Grenzen autonomer Konzepte diskutiert.



1. Auflage 2002
56 Seiten · 3;
Versandbedingungen:
1 Ex 3€ plus 1€ Versand
10 Ex 25€ incl. Versand

So gehts:

Ich abonniere die ENOUGH IS ENOUGH für 4 Ausgaben und lege diesem Coupon 13 3 bei. Wenn ich 8 Ausgaben für 25 € abonniere, erhalte ich eine Broschüre meiner Wahl gratis dazu.

Meine Adresse

Name

Straße

PLZ

Wohnort

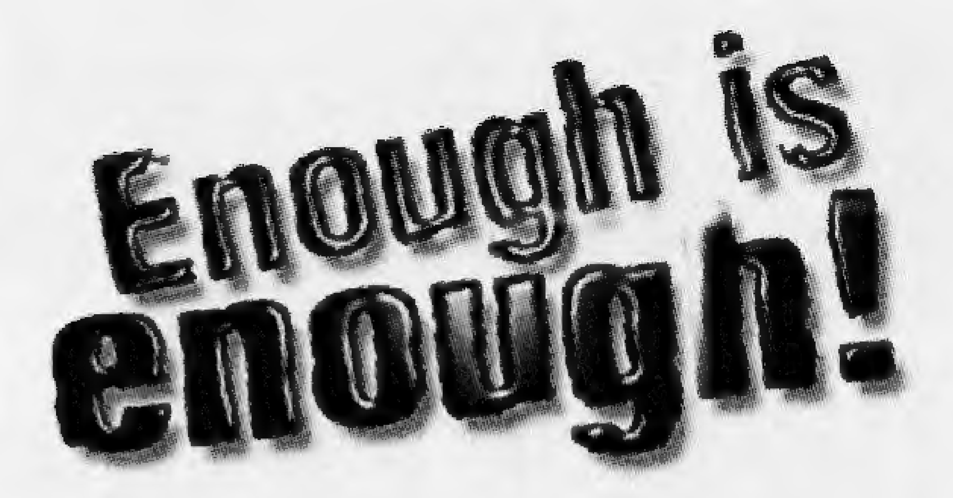
- ENOUGH IS ENOUGH-Abo 4 Ausgaben 13 € ab der aktuellen Ausgabe oder ab Nr.
- ENOUGH IS ENOUGH-Abo 8 Ausgaben 25 € ab der aktuellen Ausgabe oder ab Nr.
- Gratis-Broschüre meiner Wahl: Der Mythos / Versteckspiel / Burschis
- neben dem Abo bestelle ich folgende Bücher und Broschüren ebenfalls gegen Vorkasse
- Ästhetische Mobilmachung / RechtsRock
- zusätzliche Broschüren: Der Mythos / Versteckspiel / Burschis

Ich habe der Sendung ____ € in Scheinen und/oder Briefmarken beigelegt

reihe antifaschistischer texte · c/o Schwarzmarkt · Kleiner Schäferkamp 46 · 20357 Hamburg

Enough is enough Nr. 26

Inhalt



Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik in Schleswig-Holstein und Hamburg

Herausgeber

Enough is enough
Redaktionskollektiv Kiel,
Redaktionskollektiv Lübeck
Redaktionskollektiv Hamburg

Redaktion

c/o Initiativenzentrum
Schweffelstraße 6
24118 Kiel

Abo und Vertrieb

RAT

reihe antifaschistische texte
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

Auflage: 1000

Erscheinungsweise:

4 mal pro Jahr

Abo

13 Euro für 4 Ausgaben
Lieferung nur gegen
Vorkasse möglich

Bankverbindung

A. Hoffmann
Kto.: 408352 201
Postbank Hamburg
BLZ 200 100 20
Stichwort Enough

Vorwort

Liebe Leserinnen liebe Leser,

mit dem Erfolg der Neonazis bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern hat sich das Bündnis der NPD mit den neonazistischen Netzwerken und Kleingruppen einerseits und der DVU andererseits stabilisiert. Nach Sachsen kann die NPD nun auch im Norden über erhebliche Geldmittel verfügen, um ihre Propaganda und die strukturelle Aufbauarbeit zu professionalisieren. Und Posten und Jobs gibt es auch wieder zu verteilen – ein auch in dieser Szene nicht zu unterschätzender Antrieb für Aktivitäten. Auch die Tatsache, dass die Neonazis trotz der von ihnen im Wahlkampf ausgeübten Gewalt die 5%-Hürde deutlich übersprungen haben, wird als Beweis verstanden werden, dass selbst taktische Zurückhaltung nicht (mehr) nötig ist.

Das Ergebnis in Mecklenburg-Vorpommern zeigt aber auch, dass es den Neonazis gelungen ist, mit einer Politik der Bürgernähe und jahrelanger Basisarbeit eine gewisse soziale Verankerung zu erreichen; an dieses Vorgehen wird in den nächsten Jahren angeknüpft werden – begleitet von einer systematischen Schulung der Mandatsträger der NPD in den Kommunen und Landtagen. Die noch für die DVU der 1990er Jahre geltende Erwartung, die Fraktion werde sich selbst zerlegen und ernstzunehmende Parlamentsarbeit sei nicht zu erwarten, trifft hier nicht zu. Beides stellt die antifaschistische Bewegung vor neue Herausforderungen, mit denen sie sich dringend zu befassen hat.

Der Einzug der Neonazis in den Landtag war seit Monaten absehbar – hinsichtlich der Reaktion der bürgerlichen Kräfte scheint es den erwartbaren Aufschrei der Empörung gegeben zu haben – das war's. Ernsthafte Konsequenzen, die den Nazis den Boden entziehen könnten, sind von den Regierungsparteien in Bund und Ländern nirgendwo zu sehen. Vereinzelten Rufen nach einem Verbot der NPD, folgen in der Regel ebenso rasche Beteuerungen, dafür bestehe keine Chance. Das stimmt – jedenfalls so lange wie der Zustand, der zum Scheitern des ersten Verfahrens geführt hat – die Agenten der deutschen Geheimdienste in Schlüsselpositionen der Partei – nicht beseitigt ist. Dabei könnte eine durchgreifendes Verbot, das das Vermögen der NPD ebenso umfasst wie eine namentliche Offenlegung der Strukturen (um die Wiederbetätigung zu erschweren) unter Umständen wirksam sein – denn eine vergleichbare Organisation ließe sich kurzfristig nicht erneut aufbauen.

Allerdings sind die organisierten Neonazis nur ein Teil des Problems. Ein anderes besteht im Umgang anderer gesellschaftlicher Akteure mit dem Auftreten und den Einschüchterungsversuchen der Neonazis. Wenn – wie im sächsischen Großenhain – Neonazis einen alternativen Jugendclub bedrohen und angreifen, dann ist das bereits ein Alarmsignal; wenn dann der Bürgermeister per Verordnung die Arbeit des Jugendhauses einschränkt, weil diese angeblich nicht genug Ordner gestellt habe, dann ist das eine Belohnung der neonazistischen Gewalt. Und wenn in Sachsen-Anhalt Dorffeste abgesagt werden, weil diese (erneut) von Neonazis für ihre Propagandazwecke und gewalttätigen Auftritte missbraucht werden, dann ist auch das ein Zurückweichen vor diesem Pack. Und dann gibt es noch jene Staatsanwälte, die gegen Antifaschis-

tInnen vorgehen, die in ihrer politischen Arbeit auch verfremdete Hakenkreuze verwenden. Dies erfordert ernsthafte Solidarität mit den politisch Verfolgten.

Auf den Titelseiten der Boulevardblätter stand in den vergangenen Wochen jedoch ohnehin mehr ‚der Islam' – oder was die jeweiligen JournalistInnen dafür halten mögen. Die Absage einer Mozart-Oper in Berlin verleitete die BILD-Zeitung zu der Schlagzeile „Warum kuschen wir vor dem Islam?", um dann einen Tag später mit dem Spruch nachzulegen „So knicken wir schon vor dem Islam ein!" – So schürt man Ablehnung und Ausgrenzung von Muslimen. Dass die antisemitischen und emanzipative Prinzipien bekämpfenden Islamisten in Grenzen zu weisen sind, ist eine Sache – hier aber wird eine ganze Glaubensrichtung verantwortlich gemacht und als Bedrohung dargestellt. Undenkbar jedenfalls wären Formulierungen wie „So knicken wir schon vor dem Christentum ein!", wenn es um Forderungen von christlichen Fundamentalisten geht.

Die in solchen Beiträgen zum Ausdruck gebrachte Feindmarkierung trifft auf eine Gesellschaft, die hinsichtlich des Islam (bzw. seiner verschiedenen Auslegungen) weit verbreitete Fehlwahrnehmungen pflegt und sich einer Gleichberechtigung der MigrantInnen verweigert. So sind nur ein Prozent der 740.000 in Deutschland tätigen LehrerInnen Menschen mit Migrationshintergrund; und eine Studie der konservativen Konrad-Adenauer-Stiftung hat jüngst ergeben, dass sich das Selbstverständnis junger Frauen aus eingewanderten Familien – auch solcher die das Kopftuch tragen – nur in wenigen Punkten von dem anderer Frauen unterscheiden. Dass sich zahlreiche MigrantInnen während der Fußball-WM für das Team des Landes, in dem sie ihren Lebensmittelpunkt haben, begeistern konnten, hat viele Medien völlig überrascht – auch das ein Ausdruck davon, das sich viele vor allem auf jene Aspekte der migrantischen Lebenssituation stürzen, die zum Bild der ‚Parallelgesellschaften' zu passen scheinen.

Großen Zuspruch von verschiedenen Seiten hat unser Themenheft zur Fußball-WM erfahren; dies wurde bei zahlreichen Spielen verkauft und von Interessierten aus der ganzen Republik bestellt. Gelobt wurde vor allem der internationale Aspekt der Berichterstattung. Ab dieser Ausgabe werden regelmäßig in Kurzform über Ereignisse im Ausland berichten. In unregelmäßigen Abständen finden sich auch weiterhin vertiefende Artikel über das Treiben der extremen Rechten jenseits der Landesgrenzen...

Die ENOUGH-Redaktion

Neonazis auch in Mecklenburg-Vorpommern im Landtag

Kreuze für die Volksgemeinschaft

Eine echte Überraschung war es nicht. Der Wahlerfolg der NPD war von Verfassungsschutz, PolitikerInnen, der antifaschistischen Bewegung und den Nazis selbst erwartet worden – entsprechend kurz waren der Aufschrei und die schon fast routinemäßigen Aufforderungen, sich nun ernsthaft dem Anwachsen der Neonazis entgegenzustellen. Tatsächlich markiert der Einzug der NPD in den Landtag Mecklenburg-Vorpommerns eine neue Etappe in der Wiederkehr der NPD als politische Kraft.



Denkt man an die Festsetzung der NPD in den Landesparlamenten Ende der 1960er Jahre, so wird man nicht umhin kommen, die heutige NPD noch für vergleichsweise schwach zu halten. Damals war die NPD in wenigen Jahren in mehrere Landtage eingezogen, verfügte über eine fünfstellige Zahl von Mitgliedern, mehrere Dutzend Parteiredner und erhebliche finanzielle Ressourcen. Demgegenüber ist die heutige NPD mindestens eine Nummer kleiner. Dass dies nicht über die Fortschritte in der neonazistischen Organisierung hinwegtäuschen darf, hat nun – nach Sachsen – die Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern noch einmal gezeigt. In beiden Bundesländern ist es der Partei – auch mit Hilfe der neonazistischen ‚Kameradschaften' – gelungen, sich eine politische und soziale Basis zu schaffen. Erkennbar war diese Entwicklung bereits bei der Bundestagswahl Mitte September 2005, bei der die NPD 3,5 Prozent der Stimmen bekam. Zur jetzigen Landtagswahl konnte sie dies prozentual und in der Zahl der Stimmen mehr als verdoppeln.

34.747 Stimmen für eine Partei, deren Wahlkampf begleitet war von gewalttätigen Angriffen auf Info-Stände demokratischer Parteien; 6,5 Prozent für eine Partei, deren Spitzenfunktionär Köster in einem bundesweit wahrgenommenen Prozess wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer Haftstrafe (noch nicht rechtskräftig) verurteilt wurde – dieses Ergebnis ist kein Signal an die Neonazis, dass sich Zurückhaltung lohnt. Im Gegenteil, offene Bezüge zum Nationalsozialismus und Gewalt sind in dieser Republik kein Hindernis mehr auf dem Weg in die Parlamente.

Vorbereitet wurde der Wahlerfolg durch eine auf langfristige lokale Verankerung setzende Strategie der Mitarbeit in lokalen Initiativen, der Unterstützung der (deutschen) Bevölkerung in Dingen des Alltags (Schularbeitenhilfe) und der regelmäßigen Berieselung mit sozialdemagogisch aufgemachten völkischen Propaganda. Gehör fanden die Nazis damit besonders, aber nicht ausschließlich, in Teilen Mecklenburg-Vorpommerns, in denen eine ökonomische und soziale Entwicklungsperspektive allenfalls für Minderheiten denkbar ist. Der NPD-Fraktion im Landtag stehen nun erhebliche finanzielle, personelle und organisatorische Mittel zur Verfügung, mit denen diese Einflussnahme ausgeweitet und vertieft werden kann. Übersehen werden darf zudem nicht, dass die NPD – nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern – die Zahl ihrer Sitze in Kommunalparlamenten in den letzten Jahren erhöht hat, so zuletzt auch in Niedersachsen und Berlin. Eine parteiinterne Vereinigung sorgt für den Erfahrungsaustausch und die Vermittlung der nötigen Kenntnisse für die Neu-ParlamentarierInnen...

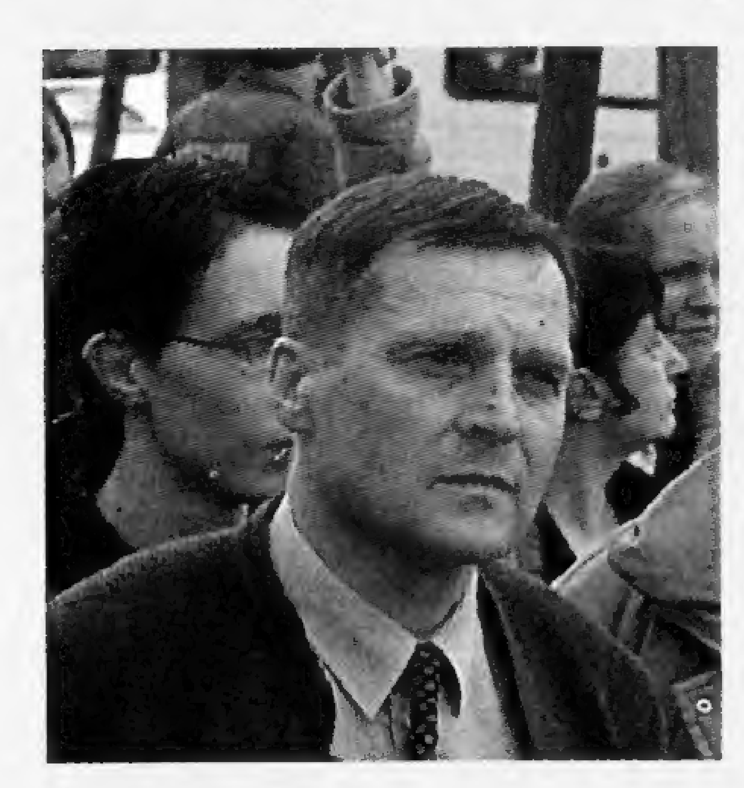
In den Medien der extremen Rechten ist der Einzug der NPD in den Schweriner Landtag einhellig bejubelt worden. Das Bündnis der NPD mit der DVU einerseits und den neonazistischen Netzwerken andererseits wird bis auf weiteres als Erfolgsmodell gehandelt und fortgesetzt. Auch in den Kreisen der ‚Kameradschaften' leckt

sich nun so mancher die Finger und hofft, bei der Vergabe von Pöstchen berücksichtigt zu werden. Zwei ihrer Frontleute haben den Weg des Abgeordneten beschritten und in ihrem Umfeld gibt es zahlreiche Jobs – vom Fachberater, Computer-Experten bis hin zum Fahrer – zu besetzen. NPD'ler Peter Marx wechselt von Dresden nach Schwerin und wird mit dazu beitragen, dass sich die Partei politisch-öffentlich in Szene setzt und sich rasch in die parlamentarischen Gepflogenheiten einfindet.

In der *National-Zeitung* beklagte der DVU-Chef Gerhard Frey, dass angesichts einer von 70,6 auf 59,2 Prozent gesunkenen Wahlbeteiligung viele WählerInnen gar nicht mehr zur Wahl gehen. Aus der Bewertung, dass es sich bei der Annahme, damit würde den Verantwortlichen geschadet, um einen Irrtum handele, darf auch geschlossen werden, dass die DVU bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen im kommenden Jahr insbesondere das Nicht-Wähler-Spektrum anzusprechen versuchen wird. Ob dies gelingt, hängt nicht zuletzt davon ab, welche Parteien sich noch an der Wahl beteiligen werden. Rechtsaußen Joachim Siegerist von den Deutschen Konservativen hat sich jedenfalls jüngst mit einer neuen Parteigründung in Bremen bereits in die Startlöcher begeben. Im Jahr 2008 wird – bleibt die Vereinbarung zwischen NPD und DVU bestehen – die DVU in Hamburg antreten und die NPD in Bayern. Dort glaubt die NPD eine Möglichkeit zur Überwindung der 5%-Hürde zu haben, u.a. weil sie dort über einen ihrer zahlenmäßig stärksten Landesverbände verfügt.

Zu den Folgeerscheinungen des NPD-Wahlerfolges gehören auch die Aufforderungen des brandenburgischen CDU-Politikers Schönbohm, die CDU müsse sich deutlich konservativer profilieren. Und in der hessischen

Infos zu den einzelnen Kandidaten, die jetzt im Mecklenburger Landtag sitzen



Udo Pastörs, Listenplatz 1: Der Spitzenkandidat der NPD, 1952 geboren, kommt ursprünglich aus Niedersachsen. Er trat 2000 in die extrem rechte Partei ein. Vor wenigen Jahren zog er nach Lübtheen. Dort baute der gelernte Juwelier, der laut Eigenaussage lange im Ausland tätig gewesen sein will, sich durch biedere Fassade und freundliches Auftreten eine bürgerliche Existenz auf. Er pflegt gute Kontakte zu den „freien Kameradschaften".

Tino Müller, Listenplatz 2: Eine Führungsfigur der „Freien Kameradschaften"und NPD-Neumitglied. Wohnhaft in Ueckermünde, wirkt der 28-jährige unter anderem beim „Sozialen und nationalen Bündnis Pommern" sowie der Tarnorganisation „IG Schöner und Sicherer wohnen in Ueckermünde" mit. Zudem gilt er als Anführer der „Nationalgermanischen Bruderschaft Ueckermünde". Zahlreiche Verbindungen zu anderen Neonazis.



Michael Andrejewski, Listenplatz 3: Langjähriger NPD-Aktivist. Zog 2003 nach Anklam und gewann bei der Kommunalwahl 2004 auf Anhieb 8 Prozent der Stimmen sowie zwei Sitze im Stadtrat. Ausserdem zog er gleich noch mit in den Kreisrat Ostvorpommerns ein. Er ist studierter Jurist, lebt von Hartz IV.

Stefan Köster, Listenplatz 4: 1973 in Nordrhein-Westfalen geboren, ist er der Landeschef der NPD Mecklenburg-Vorpommern sowie der Bundesgeschäftsführer der extrem rechten Partei. Er war jahrelang Mitglied der verbotenen „Wiking-Jugend" und gilt als einer der Aufbauhelfer der rechten Szene in M-V. Köster wurde vor kurzem wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilt, weil er am Rande eines NPD-Landesparteitages im schleswig-holsteinischen Steinburg eine am Boden liegende Antifaschistin getreten und geschlagen hatte.

Birger Lüssow, Listenplatz 5: Ebenfalls einflussreicher Kameradschaftsführer und NPD-Neuling. Er galt jahrelang als Chef der Rostocker Neonazi-Szene, ist Führungskader der „Kameradschaft Festungsstadt Rostock". Er hat gute Kontakte zu bekannten Neonazis wie Christian Worch und Lutz Giessen. Gegen Birger Lüssow liegen sechs Haftanordnungen aufgrund nicht gezahlter Schulden vor, das heisst, er kann jederzeit vom Gerichtsvollzieher in Beugehaft genommen werden.

Raimund Bormann, Listenplatz 6:



Stadt Dietzenbach wurde jüngst – auf Antrag der CDU und mit Unterstützung der extrem rechten Republikaner – beschlossen, dass in den Kindergärten nur noch Deutsch gesprochen werden darf und an den Wänden ein Bild des Bundespräsidenten und die Nationalfahne zu hängen hat.

Mit der von der Großen Koalition im Oktober vereinbarten (erneuten) Verschärfung des ‚Ausländerrechts' – die fehlgeschlagenen Anschläge mit den Kofferbomben waren da nur ein willkommener Anlass – wird eine gesellschaftlich weit verbreitete Sichtweise stabilisiert, derzufolge allen ‚Ausländern' mit Misstrauen zu begegnen ist. Waren hiervon Studierende und hoch qualifizierte Akademiker (Greencard !) von dieser Unkultur des Verdachts gelegentlich ausgenommen, so ist dies nun endgültig vorbei. Die NPD wird's freuen.

Für die antifaschistische Bewegung jedenfalls muss der Erfolg der NPD ein letzter Anstoss dazu sein, mit einer gründlichen politischen Analyse zu beginnen und die bisherige Arbeit kritisch zu überprüfen. An vielen Orten gibt es kaum noch arbeitsfähige Strukturen, von politischer Interventionsfähigkeit ist wenig zu sehen und eine über die linke Szene hinaus wirkende politische Kraft stellt man schon gar nicht dar. Gerade das wird jedoch nötig sein, soll der weitere Vormarsch der Nazis gestoppt werden.

Paule

Die Fraktion der NPD im sächsischen Landtag wird verdächtigt, einen Teil der ihr für die Parlamentsarbeit zugewiesenen Mittel (111.420 Euro im Monat) illegal für Wahlkampfaktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern und in Rheinland-Pfalz verwendet zu haben. Die Landtagsverwaltung hat in mehreren Schreiben an die NPD-Fraktion deren Verwendung von Fraktionsgeldern kritisiert.

Antifa-Protest gegen 170 Nazis erfolgreich durchgesetzt

Neonazi-aufmarsch als Schmach

Breiter Antifa-Protest auf vielen Ebenen

Die Landesvorsitzende der NPD, Anja Zysk, konnte Ihren Plan, eine Route durch die Stadt, dank antifaschistischer Initiative nicht verwirklichen. Rund 2.000 AntifaschtInnen demonstrierten erfolgreich in der Hamburger Innenstadt.Trotz der Verlegung des Nazi-Aufmarsches nach Wandsbek waren sie dem Aufruf des „Hamburger Bündnis gegen Rechts"gefolgt und bezogen in der belebten City Position gegen Faschismus.

Nach Abschluss der lautstarken Demo machten sich viele auf den Weg, um sich den Nazis direkt entgegen zutreten, mit Bus und Bahn ging es zur Ausweichroute der NPD.

Den Nazis war eine Route in Wandsbek zugewiesen worden. Nach einer endlosen Rundschleife durch die unattraktivsten Gebiete des Stadtteil musste die weitere geplante Marschroute geändert und gekürzt werden, da der Protest auf den vorgesehenen Straßen dermaßen massiv war, dass die Polizeileitung die Naziroute zum Bahnhof Hasselbrock

Unter dem Motto „Nationale Arbeitsplätze statt internationale Profite" dem Aufruf der NPD Hamburg waren 170 Anhänger der NPD und »freier Kameradschaften« gefolgt. Der erste großangekündigte Aufmarsch mit überregionaler Mobilisierung endete für die Nazis als Schmach. 3.000 AntifaschistInnen beteiligten sich an Gegenprotesten in der Innenstadt und in Wandsbek.



leitet. Erfreulich viele AnwohnerInnen aus Wandsbek beteiligten sich an den vielfältigen Protesten, welche von Kundgebungen und Blockaden bis hin zu brennenden Barrikaden und direkten Aktionen gegen die Nazis reichten.

Trotz monatelanger Mobilisierung nur 170 Nazis

Es waren vor allem viele junge Nazis angereist, eine Ausnahme bildeten hier die Herren des KV Wandsbek. Um 12 Uhr hatten sich Nazis aus Norddeutschland, Berlin und Dänemark an der Wandsbeker Chaussee eingefunden. Die 20 Berliner „Autonomen Nationalisten" probierten einen Black Block auf dem Aufmarsch zu Etablieren- eine peinlicher Fehlversuch. Der Aufforderung der Polizei, ihre Vermummung abzulegen, kamen sie ohne murren nach. Nachdem sich die Spitze des Aufmarsches, mit der vorderen Polizeikette gerangelt hatte, distanzierte sich zunächst der Rest der Nazis davon, weiter ging es aber dennoch gemeinsam.

Thomas Wulff, der mit seinem Lautsprecherwagen aus Teldau-Amholz (M-V) angereist war, unterhielt den Aufzug bzw. belästigte die Anwohner die gesamte Zeit über, mit Nazitypischer, verkürzter Kapitalismuskritik. Bei den vielen Zwischen Kundgebungen sprachen die Landesvorsitzende Zysk, Der KV-Vorsitzende Lübecks Jörn Lemke, der Nachwuchskader Alexander Hohensee, der aus Niedersachen angereiste Adolf Dammann und der für den Tag mit der Organisation der Ordner betraute Thorsten de Vries.

Antifa noch immer in Haft

Die Polizei war zeitweise völlig überfordert, offenbar war auch sie von der erfolgreichen Antifa-Mobilisierung überascht. Um so brutaler und Sinnloser ging sie dafür teils gegen AntifaschistInnen vor. Auf der Wandsbeker Chaussee griffen fünf (!) Wasserwerfer eine Gruppe von Antifas, welche sich hinter einem Transparent schützte, an. An anderer Stelle schien das Kommando „Knüppel frei vor Festnahme" ausgegeben worden zu sein. So gab es außer den offiziellen 28 Fest- und Ingewahrsamnahmen diverse verletzte.

Besonders bitter traf es einen Antifa aus Holland: Laut einer Pressemitteilung des Ermittlungsausschusses (EA) sitzt dieser noch immer in U-Haft. Wir werden den Fall verfolgen und an dieser Stelle über den weiteren Verlauf informieren. Sicher ist jedoch schon jetzt, dass Kosten für Anwälte etc. anfallen werden. Wer seine Solidarität auch in finanzieller Weise zum Ausdruck bringen kann möge sich bitte beim EA melden (www.ea-hh.org). Wir fordern von der Hamburger Justiz den Antifaschisten umgehend freizulassen und alle Verfahren einzustellen. Antifaschistischer Widerstand ist nicht kriminell, sondern notwendig!

Ohne Polizei wärt ihr gar nicht hier...

Auch wenn die NPD diesen Aufmarsch als Erfolg bezeichnen wird, war es klarer Sieg des antifaschistischen Widerstandes. Ohne das massive Polizeiaufgebot wäre ein Aufmarsch der Nazis völlig undenkbar gewesen. Was den 170 Rechten geblüht hätte, wären sie ohne Polizei angereist, man will es im Detail nicht wissen.Und Auch die unattraktive Ausweichroute zwischen verlassenen Verwaltungskomplexen bot den Nazis nicht viel Publikum. Dass sich hingegen 3.000 AntifaschistInnen unterschiedlichster Spektren an den verschiedenen Gegenaktionen beteiligten überaschte selbst die Organisatoren positiv. Offensichtlich gibt es in Hamburg nach wie vor ein Potential auch über die radikale Linke hinaus, welches sich mit dem offenen Auftreten von Faschisten nicht abfinden will und nicht abfinden wird. Dies bietet auch in Zukunft Anknüpfungspunkte um antifaschistsiche und linke Inhalte in die Gesellschaft zu tragen. So mühsam dies immer wieder sein mag, notwendig ist es mehr denn je.

NPD verstärkt in Hamburg aktiv – Antifa reagiert mit Protest und Outing

eimsbüttel rockt

In den letzten Monaten herrschte in Hamburg rege Betriebsamkeit der Neonazi-Szene. Nachdem der altgediente NPD-Kader Ulrich Harder seinen Hut als Chef des Landesverbandes nehmen musste, tauchte wie aus dem Nichts Anja Zysk auf. Der greise Harder war im Oktober letzten Jahres nicht zur Vorstandwahl angetreten, Zysk konnte daher kampflos den Vorsitz übernehmen. Mit ihrer Wahl zur neuen Landesvorsitzenden gab sie so manchem AntifaschistInnen ein Rätsel auf, hatte doch vorher niemand etwas von dieser Person gehört. Dem Landesverband und damit auch der gesamten Neonazi-Szene in der Hansestadt hingegen verhalf Zysk zu einem Sprung nach vorne.

Auch wenn Hamburgs verschiedene Teile der NS-Szene immer wieder für einen Infotisch in bestimmten Stadtvierteln oder eine Demo gegen die Wehrmachtsaustellung zu haben waren: Die NPD in Hamburg lag in den letzten Jahren brach. Harder, der den Landesverband seit Anfang der 90er anführte, hatte (gelinde ausgedrückt) fast nur bedauernswerte Gestalten um sich geschart. Entsprechend sah auch die nach außen sichtbare Parteiarbeit aus. Die wenigen Infostände der NPD wurden von unfähigen NPDler mehr schlecht als recht abgehalten, allenfalls die Demonstration um dem 30. Juli zum angeblichen „Bombenterror" der Alliierten gegen die Hansestadt im Zweiten Weltkrieg vermochte eine gewisse Mobilisierungswirkung zu entfalten.

Einen Ruck gab jedoch schon vor dem Führungswechsel im Landesvorstand der Kreisverband Harburg. Deutlich aktiver als alle übrigen Kreisverbände wurde hier von den Harburger Neonazis ein Vorgeschmack geboten: südlich der Elbe klappte die Zusammenarbeit zwischen parteigebundenen und sog „Freien Nationalisten", die Kontakte reichten weit in den niedersächsischen Raum hinein, es wurde sich gegenseitig Unterstützung bei politischen Aktionen geleistet. AntifaschistInnen antworteten daraufhin im Herbst 2005 mit einer Outing-Kampagne, mit der sie gegen einige Akteure der Harburger Neonazi-Szene vorging (vgl. Eie Nr. 24).

Im Zuge der Neustrukturierung nach Harders Abgang Ende 2005 wurde der Kontakt des Landesverbandes der NPD zu den ungebundenen Neonazis aufgenommen bzw. intensiviert. Fanden die NPD-Aktivitäten bis dahin zumeist südlich der Elbe statt, so wurden jetzt auch verstärkt Infotische im übrigen Hamburg durchgeführt. Auf Harburg bleib aber weiterhin ein Augenmerk der Partei, zuletzt wurde hier eine Kundgebung am 20. Mai unter dem Motto „Bildung für Deutsche statt Ausländer-Integration" gemeinsam von NPD und „Freien Nationalisten" abgehalten.

Gegen Aktivitäten der NPD oder anderer Neonazis regte sich immer wieder Protest von Anwohnern und Antifaschisten, so auch bei einem Infotisch-Versuch in Eimsbüttel. Kaum war der Tisch aufgebaut, brach er wieder zusammen. Nach einigen Handgemengen setzte die Polizei dem Trauerspiel ein Ende und verwies die Neonazis des

Platzes. Eine daraufhin aus Trotz angemeldete Kundgebung für den 08. Juni musste von der Polizei per Wasserwerfer und Pfeffergas gegen Hunderte AnwohnerInnen durchgeprügelt werden. Ein NPD-Infotisch in der Spitalerstraße am 10. Juli erlitt zur Freude der anwesenden Antifaschisten ebenfalls einen plötzlichen Zusammenbruch, als eine handfeste Diskussion zwischen Passanten und der NPD-Chefin persönlich ihren Lauf nahm. Die verängstigten Neonazis wurden dann von mindestens genauso verunsicherten Polizisten eiligst aus der Innenstadt gekarrt – zu groß war die Menschenansammlung, die gegen die braune Propagandaversuche aufgelaufen war.

Ende Juli haben AntifaschistInnen als Reaktion auf die zunehmenden, wenn auch oft sehr kurzen Auftritte der Neonazis drei Protagonisten der rechten Szene geoutet. Neben Anja Zysk wurde auch Thorsten de Vries ein Hausbesuch abgestattet. De Vries ist seit Jahren in der norddeutschen Neonazi-Szene aktiv, hat Kontakte ins Türstehermilieu und in die SM-Szene. Auf Neonazi-Aufmärschen oder Kundgebungen in und um Hamburg herum spielt er gerne den Einpeitscher, hetzt dort als Redner gegen ‚Überfremdung' und verbreitet allerlei andere rechte Hirngespinste. Mit dem Betreiber des rechten Klamottenladens Odin und Freya, Volker Fuchs, pflegt de Vries einen freundschaftlichen Umgang.



Daneben war auch Neonazi Frank Försterling an der Reihe, er wurde an seinem Arbeitsplatz bei einem großen Handyprovider in der Spitalerstraße besucht. Försterling versucht sich immer wieder als Anti-Antifa-Fotograf bei Demonstrationen und NPD-Veranstaltungen (vgl. Eie 23). Gerade seine Ausbildung in einem Handyshop lässt eine Zugangsmöglichkeit zu persönlichen Daten vieler Personen vermuten, natürlich gerade für einen Anti-Antifa sehr reizvoll. Daher beeilte sich auch der Pressesprecher von Vodafone-Nord zu versichern, Försterling habe maximal Zugriff auf Daten, die in der einen Filiale angefallen seien. Aber auch dieser abgespeckte Datenbestand dürfte für einen Neonazi mit Anti-Antifa-Ambitionen einem Hauptgewinn gleichkommen. Vodafone denkt jedoch nach der antifaschistischen Intervention über einen Rauswurf Försterling´s nach.

Neue Erkenntnisse über die Hamburger Burschenschaft Germania
Wo sich NS-Nostalgiker, NPD-Fans und CDU-Politiker treffen

Nazi-Melting-Point

Am 24. April 2006 erklärte die SPD die Mitgliedschaft in ihrer Partei mit der in einer Burschenschaft der Burschenschaftlichen Gemeinschaft (BG) für unvereinbar. Das Kartell der BG wurde als „eindeutig biologistisch, völkisch, und großdeutsch ausgerichtet" charakterisiert. „Nahezu sämtliche Bestandteile eines rechtsextremen Weltbildes finden sich in der burschenschaftlichen Weltanschauung" heißt es in den Parteivorstandsbeschluss der SPD. Die BG wurde 1961 u.a. durch die berüchtigte Hamburger Burschenschaft Germania (HBG) gegründet, diese ist auch heute noch Mitgliedsbund in dem völkischen Kampfverband BG und selbst innerhalb ihres Dachverbandes „Deutsche Burschenschaft" als Rechtsaußen bekannt. Unter den Mitgliedern der Germanen sind Neonazis, NS-Nostalgiker und Mitglieder konservativer Parteien, wie neuere Recherchen belegen. Zu berücksichtigen ist, dass Korporierte die Mitgliedschaft in extrem rechten Parteien und Organisationen scheuen. Zum einen um ihre akademischen Karrieren nicht zu gefährden, zum anderen um ihren Studentenverbindungen einen demokratischen Anstrich zu geben und nicht in VS-Berichten erwähnt zu werden. Wird dann doch mal ein Burschenschafter wie André Goertz als Neonazi-Funktionär bekannt (1991 Landesvorsitzender der inzwischen verbotenen FAP und Germane), so wird aus der angeblich lebenslangen Treue der Verbindung schnell ein „Ausschluss cum infima", sofern kein „freiwilliger" Austritt stattfindet.

Die Recherche stützt sich zum Teil auf Insider-Informationen aus Verbindungskreisen,

NS-Nostalgiker und Neonazis

Schon ein Blick auf die aktuelle Homepage reicht um festzustellen, dass sich die HBG in eindeutige NS-Tradition stellt. Dort wird als berühmtester Alter Herr der Ritterkreuzträger Dr. Karl Mauss präsentiert und kein herausragender Wissenschaftler, Künstler, Arzt oder Staatsmann, wie bei anderen Korporationen üblich. Mauss hatte schon im Ersten Weltkrieg an der Ostfront gekämpft, schloss sich nach dem Waffenstillstand der marodierenden, präfaschistischen „Brigade Erhard" an und kämpfte illegal gegen die Weimarer Republik und im sog. Grenzkampf gegen Polen. Schon 1934 trat er aus Überzeugung der Nazi-Wehrmacht bei, nahm 1939 am Überfall auf Polen teil und wurde 1944 Befehlshaber der 7. Panzerdivision. Für seine Taten im Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion wurde der Hitler tiefergebene Burschenschafter mit dem Ritterkreuz plus Schwertern und Brillianten, eine der höchsten NS-Auszeichnungen, geehrt.

Dass man in der Sierichstraße stolz auf diese nationalsozialistische Tradition ist, äußert sich auch durch regelmäßige Artikel des Burschenschafters André Busch in dem SS-Blättchen *Der Freiwillige*. Hier berichtete Busch u.a. auch 2003 über seine Germania. Ein anderer NS-Traditionalist der Germanen nannte sich 2005 im Neonazi-Internetforum „Freier Widerstand" Tull Harder, nach einem ehemaligen KZ-Führer und verurteiltem NS-Verbrecher (Und berühmten Fußballspieler,Eie 25, S. 52!). Er diskutierte dort mit dem berüchtigten Neonazi Christian Worch unterschiedliche Strategie-Konzepte bezüglich des alljährlichen Neonazi-Aufmarsches in Dresden zum „Bombenholocaust". Christof Prange, der selbst an dem Marsch teilnahm, war mit der Teilnehmerzahl 2005 „absolut zufrieden", möchte jedoch im Gegensatz zu Worch eine stärkere Anbindung des konservativen Spektrums bei dem Aufmarsch. Bezüglich manch anderer Veranstaltungen sei es jedoch „zweckmäßig, sie ‚radikal' durchzuziehen" schrieb Prange und versichert Worch dies solle „mich nicht an einer Teilnahme hindern."

Prange ist nicht der einzige Germane, der im Internet mit Bezug auf den Nationalsozialismus surft. So enthalten die e-mail-Adressen von Andreas Haase, 2006 Chargierter (Funktionsträger) und Sven Rosenow 2005 Hausgast (wohnt im Germanenhaus ohne Schüler oder Student zu sein), beide die Zahlenkombination 4x22, eine neonazistische Codierung für 88 = Heil Hitler.

Ein Bewohner des Germanenhauses war auch bis April 2004 Sascha Keller, Betreiber eines Hamburger Nazi-Versandhandels und Unterstützer der berüchtigten „Schulhof-CD" welche Neonazis zwecks Werbung kostenlos an Schulen verteilen. Sein „Nordic Hammer Versand" vertrieb neben extrem rechten CD´s und Literatur auch die üblichen NS-Devotionalien und Waffen.

Aber man betreibt nicht nur einen Nazi-Versandhandel, man bestellt auch bei solchen gerne mal ein Buch, eine Rechtsrock-CD oder Kleidung einschlägiger Hersteller. Im Februar 2006 machte die Polizei zum wiederholten Male bei „Front Records", einem der größten Nazi-Versandhändler eine Razzia. Beschlagnahmt wurden T-Shirts mit volksverhetztenden Aufdrucken und Tonträger mit Liedtexten welche die BRD herabwürdigen. Ob die Germanen Arne Riecken und André Kinnigkeit diese Produkte dort bestellten ist nicht bekannt, Kunden bei Front Records waren sie.

An ein Neonazi-Publikum richten sich auch die diversen Anzeigen der HBG in entsprechenden Zeitungen, wie z.B. die Werbung für einen Vortrag „Herzog Widukind – Erbe und Auftrag" in einer Zeitung des notorischen Nazianwaltes Jürgen Rieger. Für militaristische Nostalgiker oder militante Neonazis war auch der Germanenabend „ 60 Jahre Kesselschlacht in Halbe" im Dezember 2004. Bei Halbe fand die letzte große Kesselschlacht das Zweiten Weltkrieges statt und deshalb pilgern jedes Jahr zum Volkstrauertag Neonazis aus den „Freien Kameradschaften" dorthin, 2005 wurde dies von den Behörden teilweise verhindert.

Es braucht nicht NPD draufstehen, wo NPD drin ist

Schon Anfang der 70er Jahre war Hans-Ulrich Adolf Pittner im NPD-Kreisvorstand der Wandsbeker NPD. Der Zahnarzt und Alte Herr spielte noch bis in die 90er Jahre eine wichtige Rolle im „Studentenwohnheim Harry Lange e.V.", dem Verein, der das Burschenschaftshaus in der Sierichstraße 23 finanziell trägt, und über den wohl auch öffentliche Gelder eingeworben werden können.

Nachdem die NPD lange Zeit bedeutungslos war, und man sich im Germanenhaus eher auf die Republikaner oder die sog. Neue Rechte konzentrierte (in den 90er Jahren tagte hier ein vom Verfassungsschutz beobachteter Leserkreis der Jungen Freiheit), orientieren sich einige Burschen jetzt wieder an der ältesten neofaschistischen Partei Deutschlands.

Im Jahr 2000 erschien in der NPD-Zeitung *Deutsche Stimme* eine Anzeige der NPD-Studentenorganisation NHB, wo ein Arbeitskreis ‚Nationalisten in der Deutschen Burschenschaft" aufforderte „alle Studenten und die, die es werden wollen...einer Burschenschaft beizutreten. Durch die Kooperation mit dem Nationaldemokratischen Hochschulbund (NHB) ist es jedem möglich, die entsprechenden Materialien über den NHB einzuholen."

Die Kooperation in Hamburg bestand in der Empfehlung der Germania als „nationalen Bund" seitens des NHB, und „einer ganz herzlichen Einladung auf unser Verbindungshaus" seitens Olaf Svenssons an potentielle NPD-Mitglieder. Svensson wäre für die Aufgabe der richtige gewesen, denn er war 2000 Fuxmajor, also für die „rechte" Erziehung von neuen Burschenschaftern der Germania zuständig. 2001 kandidierte der Jurastudent zwar für die Republikaner in Altona auf Platz 1, besann sich aber vor kurzem doch wieder auf die NPD: Er nahm dieses Jahr mit zwei weiteren Germanen am Deutschen-Stimme-Pressefest in Jena teil, einem der größten neonazistischen Events der BRD. Auch so mancher Referent bei den „Germanenabenden" kommt aus dem NPD-Umfeld oder referiert zu einem Thema das NPD-Sympathiesanten anspricht.

Gegen ein mögliches NPD-Verbot und antifaschistische Bestimmungen im Grund- und Strafgesetz wandte sich die HBG schon mal vorsorglich mit einem Antrag auf dem höchsten Gremium der Deutschen Burschenschaft, dem Burschentag 2006. Neben der „Zurückdrängung weiterer Multikulturalisierung" und „offensiver Unterstützung der Volkstumsarbeit...vornehmlich in Osteuropa", beantragten sie dort „Widerstand gegen...fortgesetzte Eingriffe in das Grundgesetz (und) Ausweitung des politischen Strafrechts" sowie gegen „eine Gesinnungsdiktatur der sog. ‚Political Correctness'".

Im sächsischen Landtag sitzt mit dem NPD-Abgeordneten Jürgen Gansel ein Ex-Burschenschafter neben fünf weitern NPD-Referenten mit korporierter Vergangenheit.

Auch in der Germania verfolgt man deren Entwicklung aufmerksam: mal enthusiastisch, mal kritisch solidarisch.

Schwarz schillernde Brücken

Die HBG besteht jedoch nicht nur aus Neofaschisten, sondern ist ein Brückenkopf der intellektuellen Rechten in das konservative Lager der Hansestadt. Insbesondere auf die Partei PRO des Rechtspopulisten und ehemaligen Innensenators Ronald Schill hatten einige Germanen gesetzt und von dieser Infiltration und dem Versuch im Bürgerblock die „kulturelle Hegemonie" zu erlangen ging bisher auch die größere Gefahr aus.

Durch die Hamburger Medien ist bekannt, dass 2003 mit Christian Brandes ein Germane als Bürgerschaftsabgeordneter von PRO unmittelbaren Einfluss auf die Regierungspolitik, insbesondere die Hochschulpolitik, hatte. Er war nicht der einzige Korporierte aus der HBG mit Funktion in der Schill-Partei: Detlef Huber kam ursprünglich von der CDU, als deren Mitglied er noch 1996 auf der Korporierten-Liste „Uni-aktiv" kandidierte. Vor ein paar Jahren saß er in der Kommission für die bundesweite Ausdehnung der Schill-Partei und nach dem peinlichen Abgang von Hamburgs oberstem Saubermann, wechsel-

te er in den Vorstand der extrem rechten Organisation „Die Deutschen Konservativen e.V." Deren Vorsitzender, Joachim Siegerist, wurde wegen Beleidigung, Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhass verurteilt.

Für die Jugendorganisation von Schill, die „Junge Offensive Nord" gab Kevin Bösche 2003 den Vorsitzenden. Die nächsten Jahre war Bösche dann Vorsitzender der „Jungen Union" in Geesthacht, wo er für eine spektakuläre Aktion im Wahlkampf 2005 verantwortlich war. Bösche fuhr auf einem Mistwagen mit der Aufschrift „Rot-Grün stinkt uns gewaltig" bei einer Veranstaltung von Heide Simonis (SPD) vor. Bei der ähnlich humorvollen Kampagne „Who the F... is Schröder" stand ihm Alexander Wiedemann als JU-Vorstandsmitglied, später stellvertretender Vorsitzender in Geesthacht zur Seite. Beide sind „liebe Bundesbrüder" der Germanen, Bösche ist momentan allerdings nicht aktiv, er ging Mitte 2005 für 2 Jahre zur Bundeswehr, wohnt jedoch im Germanenhaus.

Doch auch Alte Herren sind in Konservativen Kreisen aktiv. Knut Witt war bis 2005 erster Vorsitzender des Altherrenverbandes der Germania und hat engen Kontakt zu der Aktivitas. Außerdem war er dieses Jahr der Reisebeauftragte einer CDU-Studienreise nach Polen, für die Union natürlich immer noch „die ehemalige Provinz Schlesien".

Ebenfalls in die Hamburger Schlagzeilen kam ein weiterer rechtskonservativer Verein mit Germania-Beteiligung, der „Bund für Denkmalerhaltung e.V." Bei einer feierlich-nationalistischen Illumination des Bismarckdenkmals im Mai 2005 sorgten Mitglieder der Germania für Catering und Schutz, trotz Protesten der Grünen, PDS, AStA und unabhängigen AntifaschistInnen. Der geschichtsrevisionistische Bund kümmerte sich vornehmlich um stark umstrittene Denkmäler in Hamburg, darunter viele aus dem Dritten Reich, wie das 76er Ehrenmal am Dammtor (Kriegsklotz) oder das Askari-Relief aus Wandsbek. Im Vorstand des gemeinnützigen Militaristenvereins sitzen mit Christian „Kriggel" Brandes, ehemaliger Kompagniechef bei der Luftwaffe und Jürgen A. Grasl, 2000 Fechtwart, zwei Alte Herren der Germania.

Die Alten Herren

Ende 2005 fand eine Neuwahl des Vorstandes des Altherren-Verbandes der HBG statt. Der Finanzbeamte Götz Noack wurde zum Vorsitzenden und Rechtsanwalt Heiko Pätzmann zum Stellvertreter gewählt. Kassenwart blieb Rechtsanwalt Roy Felgner, der seine juristischen Tipps auch schon in der völkischen *Jungen Freiheit* zum Besten gab.

Damit hat der ehemalige Nazikader Pätzmann eine weitere zentrale Rolle bei den Germanen übernommen. Das ehemalige Mitglied der Republikaner und ehemalige Herausgeber der neofaschistischen Zeitung *Freies Volk* hat immer noch gute Kontakte in die Aktivitas und spielt, als Immobilien- und Mietrechts-Experte, in dem Hausverein der Germania eine wichtig Rolle. Dort wird die Finanzierung des Hauses in der Sierichstraße durch die Alten Herren längerfristig geregelt und Spenden eingeworben, die jungen Burschen werden aufgefordert Mitglied in dem Verein zu werden. Kassenprüfer war in den letzten Jahren Pätzmanns alter Kamerad aus Republikaner-Zeiten, Rolf Leppert. Der Hauptmann der Reserve war in den 90er Jahren Mitarbeiter von Nazianwalt Jürgen Rieger.

Die Alten Herren der Germania sind fast alle Fans der jungkonservativen Zeitung „Junge Freiheit", haben sie im Abonnement und unterschreiben regelmäßig bis heute Appelle in dieser extrem rechten Zeitung. Der momentane Betreiber der Homepage der Germania Jens Kropp wurde für einen menschenverachtenden Artikel sogar von der JF mit einem Preis bedacht. Kropp ist auch heute noch als Alter Herr sehr um die rechte Gesinnung seiner Burschenschaft bemüht. Regelmäßiger Autor von geschichtsrevisionistischen Artikel in denen die deutsche Schuld am Zweiten Weltkrieg angezweifelt wird, ist der Historiker und Germane Olaf Haselhorst.

Die Alten Herren unterhalten außerdem gute Beziehungen zu weiteren extrem rechten Burschenschaften aus der völkischen Burschenschaftlichen Gemeinschaft, wie Olympia Wien, Frankonia Erlangen und der Münchner Danubia. Von der berüchtigten Burschenschaft Olympia erhielt die Germania dieses Jahr zur Unterstützung einen sog. „Stützburschen". In der extrem rechten DanubenZeitung berichteten die Germanen Jan P.P. Gantschow und Ingenieur Stefan Haaszio 2004 über ein Seminar zum Thema „Völkerrecht im 21. Jahrhundert" im Haus der Danubia bei dem geschichtsrevisionistische, völkische,

antiamerikanische und tendenziell antisemitische Vorträge von einschlägig bekannten Ideologen der extremen Rechten gehalten wurden. Gantschow, der zu dem Zeitpunkt seine Dissertation zum Thema Völkerrecht in Hamburg schrieb, gelang ein besonderer Coup. Sein Artikel wurde nicht nur in dem rechtsextremistischen Burschen-Pamphlet, sondern auch in einer Zeitschrift des Deutschen Roten Kreuzes abgedruckt.

Die Aktivitas

Mittlerweile hat sich die HBG in rechten intellektuellen Kreisen einen Ruf erworben, der junge völkisch orientierte Studenten anzieht und um deren Erhalt die Germanen bedacht sind. Neben der schon erwähnten Werbung hat die Rekrutierung aus rechten Schülerburschenschaften eine gewisse Bedeutung für den Nachwuchs der Germania. Kamen z.B. Heiko Pätzmann und Rolf Leppert aus der „Pennalen Burschenschaft Teutonia Hamburgia", so finden sich inzwischen einige Aktive der Germania, die ihre neofaschistische Sozialisation bei der „Pennalen Burschenschaft Chattia Friedberg zu Hamburg" erfahren haben. Die Chatten werben mit dem Slogan „Das Böse hat ein (Burschen-)Band" auf ihrer Homepage. Der Hamburger Verfassungsschutz schreibt: „Beziehung zum Rechtsextremismus sind auch auf der Internetseite zu erkennen. Dort spricht ein übersteigerter Nationalismus mit völkischem Einschlag aus vielen Statements" Die Germanen André Busch und Andre Kinnigkeit (Pseudonym „Sargnagel") kommen ursprünglich aus dieser Schülerburschenschaft, welche im Mai diesen Jahres zu einer Veranstaltung des neonazistischen „Aktionsbüro Norddeutschland" mobilisierte. Die Chatten haben Verbindungen zu ehemaligen Waffen-SS'lern aber auch zu den neonazistischen Freien Nationalisten und zur NPD. Der völkische Schülernachwuchs darf sich regelmäßig im Germanenhaus treffen und die Verantwortung der Chatten-Homepage liegt in der Hand des Germanen Olaf Svensson.

Die Burschenschaft Germania ist, wie skizziert, ein Sammelpunkt von verschiedenen Spektren der extremen Rechten mit teilweisen Überschneidungen ins konservative Lager. Die völkisch-nationalistisch Fraktion, die im Wesentlichen in der Tradition der jungkonservativen Strömung des deutschen Faschismus steht, hat allerdings die Hausmacht in der Sierichstraße. Alle Veranstaltungen, Vorträge, Artikel in rechtsextremistischen Zeitungen etc., die diese Fraktion verantwortet, stoßen auch bei gemäßigteren Mitgliedern auf keinerlei Widerspruch. Im Zweifelsfalle wiegt die burschenschaftliche Tradition, das mit dem Schmiß besiegelte Lebensbundprinzip eben doch mehr als das Parteibuch einer konservativen Partei.

Nazi-Laden dicht-gemacht!



Rene Metz (Dokumentation eines Fotos von seiner ehemaligen Homepage www.0815store.com)

Im Frühjahr dieses Jahres waren AntifaschistInnen auf einen äußerlich zunächst recht unauffälligen Bekleidungsladen in der Morkerkestraße in Lübeck gestoßen. Was ihnen allerdings sofort ins Auge fiel, war eine Fahne der Nazi-Kultband „Skrewdriver“, die im Tresenbereich hing. Schnell stellte sich heraus, dass eine Maike Holznagel als Pächterin des Ladens auftrat. Intensive antifaschistische Recherchen ergaben jedoch, dass der eigentliche Betreiber ganz offensichtlich jemand anderes war – Holznagels Lebensgefährte Rene Metz, ein bekannter Neonazi.

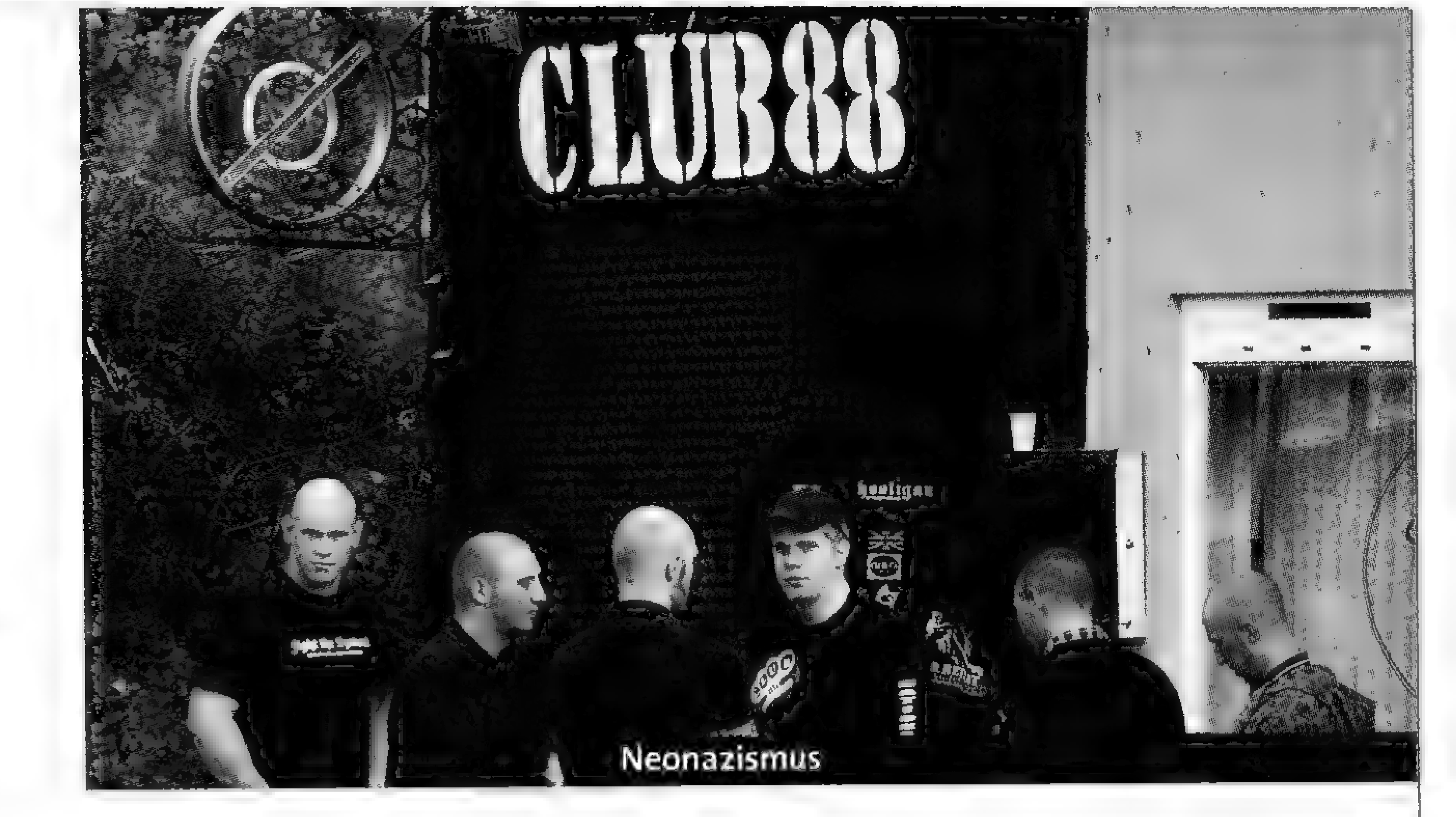
Seit mehr als 10 Jahren in der extrem rechten Szene aktiv, ist der 32 Jahre alte Metz bereits mehrfach in Zusammenhang mit Straftaten wie Körperverletzung in Erscheinung getreten. Er verfügt über vielfältige Kontakte innerhalb der gewaltbereiten Neonazi-Szene. Vor einigen Jahren nach Wismar verzogen, hatte Metz dort den „08/15 – Store“ betrieben. Diesen musste er jedoch Ende letzten Jahres Dank des Engagements seiner damaligen Nachbarn schließen. Als Bürgerinitiative hatten die Nachbarn den dortigen Vermieter unter Druck gesetzt. Er solle den Mietvertrag mit Rene Metz kündigen, da sie ansonsten geschlossen ausziehen würden. Der Vermieter sah sich so letztendlich gezwungen, den Vertrag mit Metz aufzuheben.

Doch anstatt aus dieser Niederlage die entsprechenden Lehren zu ziehen, eröffnete Maike Holznagel nun Anfang Februar in Lübeck den Laden „Fightwear“. In der Auslage fanden sich neben Bekleidung (z.B. der Marke Thor Steinar) und CD´s einschlägig bekannter Nazi-Bands auch Waffen (z.B. Teleskop-Schlagstöcke und Messer).

Von den Erfahrungen in Wismar inspiriert, trat daraufhin im Juni das Lübecker Bündnis gegen Rassismus auf den Plan. Zunächst wurde an die 2.000 Haushalte im betroffenen Viertel ein Flugblatt verteilt, in dem die Hintergründe des Nazi-Ladens und die daraus resultierenden Gefahren zur Sprache kamen. Unterstützt wurde es von einem breiten Bündnis, dass von der VVN/BdA über Basta! Linke Jugend bis hin zur Gewerkschaftsjugend reichte. Zeitgleich wurde der Vermieter – ein Hamburger Rechtsanwalt – über den Sachverhalt in Kenntnis gesetzt. Im Juli wurde dann damit begonnen, Unterschriften zu sammeln. Vor einem in der Nähe des Nazi-Ladens gelegenen Lebensmittelmarkt unterschrieben innerhalb von knapp vier Stunden fast 350 Bürgerinnen und Bürger für die Schließung des Ladens. Ganz offensichtlich hatten Holznagel und Metz die Stimmung im Viertel unterschätzt. Denn auch der Kirchenvorstand der ev.-luth. St. Aegidien-Gemeinde hatte sich zwischenzeitlich öffentlich zu Wort gemeldet und deutlich gegen den Nazi-Laden Position bezogen.

Der aus dem Urlaub zurückgekehrte Vermieter war über die Machenschaften seiner Pächterin entsetzt. Aufgrund von aufgelaufenen Mietschulden konnte die zuständige Hausverwaltung Maike Holznagel dann Mitte Juli fristlos kündigen. Erst nachdem die zweite Räumungsfrist am 1. August verstrichen war, machten sich Holznagel und Metz allerdings daran, ihre Koffer zu packen. Trotzig ziert nun ein Plakat mit der Aufschrift „Dank der kostenlosen Werbung ziehen wir um! Größer, besser, lauter mit Versand!“ das Schaufenster des Ladens. Wo jedoch plötzlich die für ein solches Projekt benötigten finanziellen Mittel herkommen sollen, bleibt wohl Holznagels und Metz Geheimnis. Wie aus Neonazikreisen zu erfahren war, konnte eine entsprechende Immobilie jedenfalls bis zum heutigen Tag nicht gefunden werden.

Eines ist jedoch klar, auch ein Nazi-Laden an anderer Stelle würde auf entschiedenen antifaschistischen Widerstand stoßen.



Neonazismus

Der 30.9.06 und seine Vorgeschichte

10x88

Am 30.9.06 feierte der Club 88 in Neumünster sein zehnjähriges Bestehen. Live-Musik war ihnen kurzfristig von Polizei und Stadtverwaltung untersagt worden, so dass die rund 250 Nazis auf den geplanten Liederabend und das wohl ebenso geplante Konzert verzichten mussten. Ansonsten war alles wie immer. Mäßige Polizeipräsenz, denen ein Hitlergruß und »Sieg Heil« Rufe selbst vor laufenden Kameras des NDR kein Grund zum Eingreifen war, florierender CD-Verkauf und stilisierte Hakenkreuze, die auf T-Shirts zur Schau getragen wurden. AntifaschistInnen mussten sich im Vorfeld mit diversen inneren und äußeren Widerständen auseinandersetzen, die hier ausführlicher dargestellt werden sollen. Aber der Reihe nach, zunächst eine kurze Darstellung des 30.9.06. Am Vormittag wurde der Stadt in einer von Neumünsteraner SchülerInnen getragenen Kunstaktion symbolisch zu 10 Jahren Club 88 gratuliert. Dazu verteilten die AktivistInnen mit einer rosa Torte und untermalt mit musikalischer Darstellung 1.500 Flugblättern, in denen auf den Club 88 und sein zehnjähriges Bestehen hingewiesen, die Tatenlosigkeit der Stadt kritisiert und zu aktivem antifaschistischem Engagement aufgefordert wurde. Um 14 Uhr begann dann am Bahnhof in Neumünster eine antifaschistische Demonstration, zu der relativ kurzfristig mobilisiert worden war und zu der sich trotzdem rund 300 TeilnehmerInnen einfanden. Die Demonstration war im Gegensatz zu den antifaschistischen Demonstrationen der Vergangenheit nicht durch ein Bündnis, sondern ausschließlich von autonomen AntifaschistInnen organisiert und in Folge dessen überwiegend von Autonomen und Neumünsteraner SchülerInnen besucht. Im Vorfelde hatte die kurzfristige Mobilisierung und der von vielen als sehr sektiererisch empfundene Aufruf zu einem ambivalenten Verhältnis zur Demo geführt, weshalb sich die Reste (s.unten) des Bündnisses gegen Rechts nicht direkt an der Vorbereitung beteiligten, es wurde jedoch unter Neumünsteraner SchülerInnen aktiv für die Demo geworben und letztlich war die Teilnahme an der Demonstration auch die richtige Entscheidung. Die Demo selbst verlief gut organisiert und gemessen an den widrigen Umständen gut besucht, mit einer Zwischenkundgebung am Rathaus, bei der die Torte vom Vormittag am Rathaus abgeladen und symbolisch der Stadt übergeben wurde. (Nicht nur weil Samstag war, fand sich da keiner bereit die Torte entgegenzunehmen) Gegen 16 Uhr endete die Demo wieder am Bahnhof. Sämtliche Aktivitäten verliefen ohne Störungen durch Nazis. Gegen 18 Uhr wurde allerdings ein Antifaschist am Bahnhof von drei Nazis im »Autonomen-Outfit« angegriffen. Er erlitt Verletzungen im Gesicht. Die Nazis fuhren mit einem Taxi, vermutlich Richtung Club 88, davon. Der Betroffene wollte anschließend Anzeige erstatten. Die Nazis selbst liefen schleppend am Club 88 auf, feierten dann aber wie üblich bis spät in die Nacht. Wie erwähnt gab es ein Verbot von Livemusik, welches möglicherweise auf die Hinweise von Antifaschisten an die Stadt zurückzuführen ist, das ein Konzert stattfinden soll und die massive Präsenz von Presse der Stadt angekündigt (angedroht) worden war. Wie erwähnt blieb die Polizei ansonsten gewohnt zurückhaltend gegenüber den Nazis. Die Vorgeschichte: Eigentlich war rechtzeitig mit der Vorbereitung antifaschistischer Proteste begonnen worden, dies gestaltete sich aber von Anfang an schwierig. Im Neumünsteraner Bündnis gegen Rechts, in dem neben Antifagruppen, Vereinen und linken Parteien auch stets die Gewerkschaften beteiligt waren, wenn auch letztere meist mit geringer Aktivität und häufig nur logistischer Unterstützung, kündigte ver.di Anfang des Jahres seine Mitarbeit. Die IG Metall, deren Unterstützung sich ohnehin stets auf 1-2 Funktionsträger beschränkt hatte, hatte seine Mitarbeit in den letzten Jahren »einschlafen« lassen. Ver.di war von Anfang nicht bereit, sich auf ein gemeinsames Vorgehen zum Club 88 Jubiläum einzulassen und versuchte stattdessen die Vorbereitung im Runden Tisch für Toleranz und Demokratie(1) der Stadt Neumünster voranzubringen. Dabei stellte ver.di von Anfang an klar, weder den Club 88 zu erwähnen noch am 30.9.06 überhaupt tätig werden zu wollen, stattdessen die geplanten Aktionstage für Toleranz am 29.9. zu beenden. Das letztlich das Kabarett am Samstag stattfand, hatte schon etwas mit der Intervention durch das Bündnis gegen Rechts zu tun. Von Antifagruppen und dem Bündnis gegen Rechts wurde nun die Idee eines Marktplatzes mit Musikprogramm entwickelt, bei dem sich Interessierte Gruppen am 30.9.06 darstellen wollten um so ein öffentlich und inhaltlich eindeutiges Gegengewicht zum Club 88 darzustellen. Abends sollte im AJZ ein Konzert stattfinden. Als sich das Bündnis gegen Rechts, nachdem es zunächst nicht eingeladen worden war, sich dann doch am Runden Tisch beteiligen (durfte), schien ein Kompromiss halbwegs machbar. Der Marktplatz, geplant und angemeldet vom Bündnis, sollte im Rahmen der Aktionstage stattfinden. Auf der letzten Sitzung des Runden Tisches wurde dann von einem Vertreter von ver.di das Adjektiv »antifaschistisch« bezogen auf den Marktplatz sowie die Erwähnung des Club 88 scharf kritisiert, womit er die Mehrheit des Runden Tisches hinter sich wusste. Daraufhin zog der Runde Tisch sämtliche finanzielle Zusagen für den geplanten Aktionstag und für eine Veranstaltung der SOGA e.V. (Erwerbsloseninitiative in NMS) zurück. Nachdem sich daraufhin die AJZ (Aktion Jugendzentrum) und der Verein Grenzgänger aus dem Aktionstag zurückzogen, wurde dieser ganz und gar vom Bündnis abgesagt. Dabei spielte auch eine große Rolle, dass das Interesse an Teilnahme hinter den Erwartungen zurückgeblieben war. Die AJZ sieht sich spätestens seit Anfang des Jahres immer wieder mit schlechten, hetzerischen Zeitungsartikeln, Drohungen und Verleumdungen seitens der Stadt gegen den gesamten Verein und einzelne Vorstandsmitglie-



Sonnabend, den 30.09.2006
ab 17 Uhr

mit Live-Musik
und Cocktails

Club 88
Segeberger Straße 67 A
24539 Neumünster

dem ausgesetzt und befindet sich zur Zeit in einer unklaren Vertragssituation mit der Stadt. All dies bewog den Vorstand auch das Konzert abzusagen, um auf diesem Wege möglichen (provozierten) Konfrontationen aus dem Weg zu gehen. So blieben am 30.9. nur die Demonstration und die »Tortenaktion«, welche beide gute Resonanz in der bürgerlichen Presse fanden, wohingegen die Aktivitäten des Runden Tisches deutlich als das benannt wurden was sie waren: reine Alibiveranstaltungen. Im Verlauf der Vorbereitung wurde innerhalb des Bündnisses gegen Rechts das »alte« Bündnis in dieser Form für nicht mehr zukunftsfähig angesehen. Es soll jedoch bald ein neues Bündnis geben, in dem alle interessierten Kräfte, denen an einem Zurückdrängen der Nazis in Neumünster und einem ernsthaften Antifaschismus gelegen ist, ein Forum finden werden. Genug zu tun gibt es auf jeden Fall. Antifaschistische Aktion Neumünster antifa_nms@hotmail.com (1) Der Runde Tisch für Toleranz und Demokratie wurde im Jahre 2000 von der Stadt gegründet. Er diente von Beginn an als Alibi für die Stadt und vermutlich auch dem Zweck, dem Bündnis gegen Rechts in Form einer »Konkurrenz« zu schaden. Politische Aktivitäten haben außer einem alle zwei Jahre stattfindenden Pseudo-antirassistischem Fest der Kulturen nicht statt gefunden.

6.500 Faschisten beim DS-Pressefest in Dresden-Pappritz

Nazi-Murdochs



Nachdem die NPD und der „Deutsche Stimme"-Verlag 2005 wegen der überraschend angesetzten Bundestagswahlen ihre Kräfte auf den Wahlkampfeinsatz konzentrieren mussten und das „Deutsche Stimme"-Pressefest daher ausfiel, fand das nunmehr 5. Pressefest in diesem Jahr am 5. August in Dresden-Pappritz statt.

Auf dem Außengelände einer großen Tennishalle, die der NPD vom Eigner Wolfgang Jürgens vermietet worden war und an deren Kauf sie seit längerem interessiert ist, waren zahlreiche Getränkestände, Kinderhüpfburgen, Verkaufsstände und zwei Bühnen aufgebaut worden. Im Eingangsbereich hatten die Organisatoren das Zelt des Ordnerdienstes platziert. Dessen Mitglieder waren u.a. damit beschäftigt, die auf dem Gelände filmenden Kamerateams zu „betreuen", d.h. unerwünschte Aufnahmen nach Möglichkeit zu verhindern.

Die Begrüßung der seit dem Vormittag aus dem ganzen Bundesgebiet eintreffenden Neonazis oblag Jens Pühse; von denen, die er als Gäste gesondert erwähnte, erhielten Frank Rennicke, Herbert Schweiger und Friedhelm Busse den meisten Beifall; der sichtlich ausgemergelte „letzte Bundesvorsitzende der FAP", so die Ankündigung Pühses, konnte sich mit seinem teilamputierten Fuß freilich nur mühsam über das holprige Gelände bewegen. Wie bereits beim Deutsche-Stimme-Pressefest in Mücka (2004) und in Meerane (2003), so boten auch in diesem Jahr zahlreiche Gruppen rechtes Propagandamaterial an: Rüdiger Kahsner mit seiner „Rudolf Hess-Materialliste" fand sich in einer Reihe mit der *Nationalzeitung* und dem „Nordischen Hilfswerk" sowie Neonazis aus Klötze und Umgebung. An anderer Stelle verteilten die „Freien Kräfte Sachsen" ihre Zeitung *Blickpunkt Lausitz*, und die „Gemeinschaft Deutscher Frauen" bemühte sich darum, bei den rechten Frauen neue Mitglieder zu werben. Neben der „Heimattreuen Deutschen

des apabiz e. v. |

monitor



Der »Kampf um die Straße« ist vom »Kampf um die Parlamente« nicht zu trennen

Hintergrund ⇒ Zur »Demonstrationspolitik« der extremen Rechten

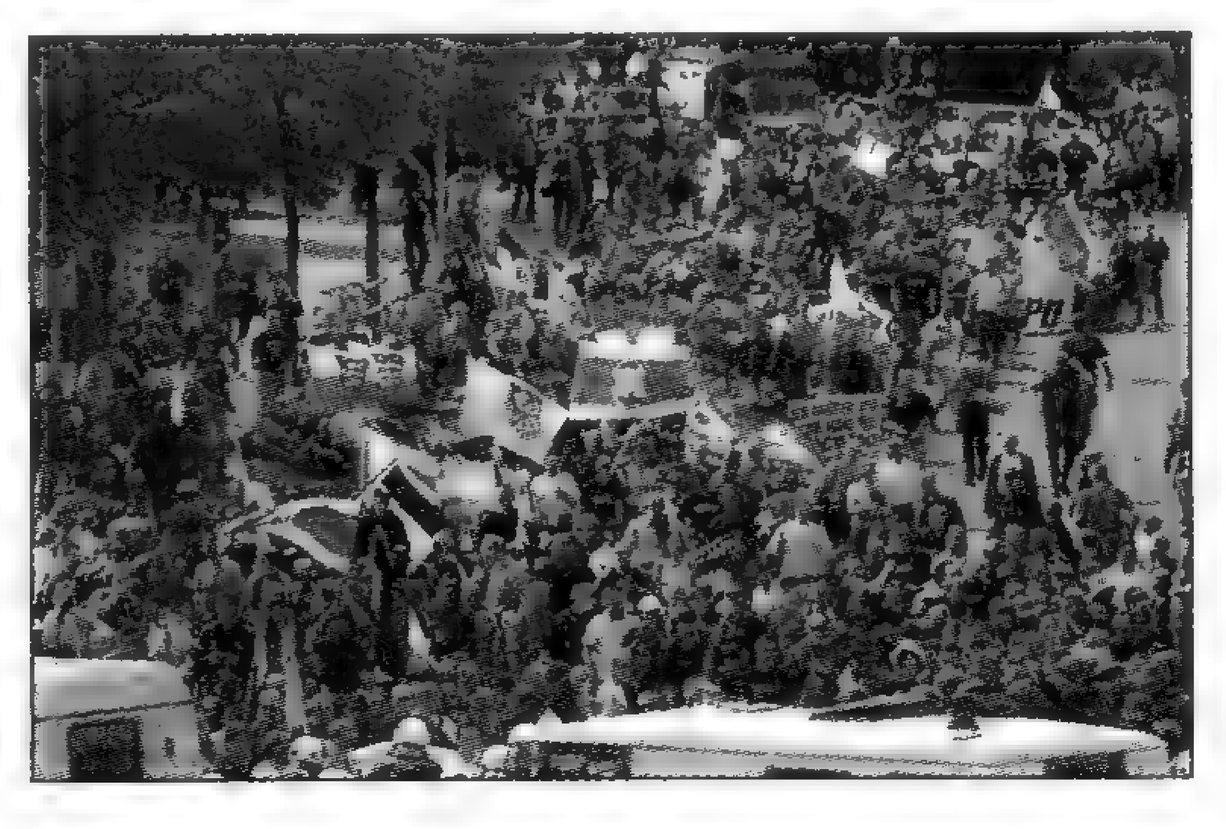
Mit dem Einzug der NPD in den Landtag Mecklenburg-Vorpommerns am 17. September gelangt die neofaschistische Partei nicht nur in den Besitz erheblicher zusätzlicher Geldmittel und kann das Parlament – wie bereits in Sachsen – als Plattform für ihre Propaganda benutzen. Auch die Bündnisse mit der DVU und den neonazistischen Gruppen und Netzwerken sind durch diesen Erfolg stabilisiert worden. Aus Sicht der NPD wird es nun darauf ankommen, einerseits jene WählerInnen, die der Partei erstmals ihre Stimme gegeben haben, an die Partei zu binden – hierbei dürfte insbesondere die zukünftige Arbeit der Landtagsfraktion eine beträchtliche Rolle spielen. Andererseits muss die Partei bewegungs- und szeneintern weiterhin Angebote machen, die das aktionsorientierte Spektrum der extremen Rechten ansprechen. Hier kommt auch weiterhin Demonstrationen eine wichtige Bedeutung zu.

Als politische Aktionsform haben Demonstrationen für die extreme Rechte, insbesondere die NPD und neonazistische Akteure, seit Mitte der 1990er Jahre erheblich an Bedeutung gewonnen und sind zum festen Bestandteil ihres Aktionsrepertoires geworden. Wie der Soziologe Fabian Virchow in einer Untersuchung über diese Form rechter Mobilisierung (s. hierzu die Rezension auf S. 7 in diesem *monitor*) zeigen konnte, hat die Zahl der jährlich stattfindenden neofaschistischen Demonstrationen bzw. Aufmärsche deutlich zugenommen. Gab es ihm zufolge 1997 nur 25 solcher Aktionen mit mehr als 50 Teilnehmenden, so waren es in den Folgejahren erheblich mehr: 46 (1998), 53 (1999), 70 (2000), 107 (2001), 84 (2002), 92 (2003) und 102 (2004). Auch im vergangenen Jahr wurden über einhundert solcher Aktionen gezählt. Mittlerweile hat sich eine Art jährlicher »Demonstrationskalender« bundesweit organisierter Aufmärsche herausgebildet: Mitte Februar (Dresden), 1. Mai, Mitte August (Hess-Verehrung) und Mitte November (Halbe bei Berlin).

Etwa ein Viertel der seit 1998 durchgeführten neofaschistischen Aufmärsche richtete sich gegen das drohende NPD-Verbot oder andere staatliche Maßnahmen sowie gegen gesellschaftliche Aktivitäten gegen die extreme Rechte. Weitere Aktionsschwerpunkte waren völkische und antisemitische Globalisierungs- bzw. Kapitalismuskritik, nationalistische, re-

Sichtbare Unterschiede: FAP-Aufmarsch 1993 in Berlin – NPD-Aufmarsch 2004 in Berlin.





pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v.

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

do von 15 bis 19 uhr und nach absprache

030.6116249

mail@apabiz.de
http://www.apabiz.de

-nummer: 3320800
blz: 10020500
für sozialwirtschaft

ist nicht im abo erhältlich, aber bekommen ihn zugeschickt.

•

informiert seit 1991 über die extreme Rechte. Unsere Informationen stehen allen Personen und Initiativen zur Verfügung. Umgekehrt sind wir an Euren Einschätzungen und Erfahrungen interessiert. Gerne vereinbaren wir einen Austausch oder nehmen Euch in unsere Mailingliste auf.

Für Recherchen halten wir unser Archiv bereit, das eines der größten dieser Art in der BRD ist. Wir verfügen über rechte Publikationen, Videos, CDs u.a.m. Diese Primärquellen werden ergänzt durch eine Datenbank, in der Presseveröffentlichungen seit Anfang der 90er Jahre erfasst sind, eine umfangreiche Präsenzbibliothek, verschiedene Sondersammlungen sowie antifaschistische Publikationen aus ganz Europa und den USA.

Unser ReferentInnen-Katalog (siehe www.apabiz.de) umfasst mehr als 40 Vorträge und Seminare aus diversen Bereichen, für die ReferentInnen bei uns angefordert werden können. Zu bestimmten Themen haben wir ReferentInnen-Koffer erstellt, die die eigenständige Durchführung von Veranstaltungen ermöglichen, oder halten wir Handreichungen bereit.

Ergebnisse unserer Arbeit verwerten wir nicht nur im *monitor*, sondern auch in Broschüren, Pressemitteilungen, Handreichungen und sonstigen Publikationen. Diese und weitere Materialien findet ihr unter www.apabiz.de.

monitor – rundbrief des apabiz e.v. | v.i.s.d.p.: apabiz e.v. | dank an unsere fördermitglieder, die mit ihrem beitrag die finanzierung unterstützen | erscheinungsweise: alle zwei monate |



Rechtsextreme Wahlerfolge in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen

Berlin/Rostock Die NPD hat bei den Wahlen in drei Bundesländern erwartete Wahlerfolge erzielt. In Berlin konnte die neonazistische Partei ihren Zweitstimmenanteil auf 2,6 % steigern (35.162 Stimmen) und wurde stärkste rechtsextreme Kraft vor den REPUBLIKANERN mit 0,9 %. Bei den gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen zog die NPD mit elf Kandidaten in vier Bezirksparlamente ein: Neukölln (3,9 %; THOMAS VIERK, JAN STURM), Treptow-Köpenick (5,3 %; UDO VOIGT, ECKART BRÄUNIGER, FRITZ LIEBENOW) Marzahn-Hellersdorf (6,4 %; WOLFGANG CHIEDUCH, KARL-HEINZ BURKHARDT, MATTHIAS WICHMANN), Lichtenberg (6,0 %; MANUELA TÖNHARDT, JÖRG HÄHNEL, TORSTEN MEYER). Mit TÖNHARDT, BURKHARDT und MEYER sind drei DVU-Mitglieder in die Bezirksparlamente eingezogen. In Pankow wurde der REPUBLIKANER MICHAEL RAUSCHENBACH als Bezirksverordneter gewählt. Mehr dazu unter http://www.apabiz.de.
Bei den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern konnte die NPD unter Spitzenkandidat UDO PASTÖRS (Lübtheen) ihre kommunale Verankerung in einen ungefährdeten Einzug in den Landtag ummünzen. Mit 7,3 % stellen die Neonazis nun die zweite Landtagsfraktion neben Sachsen. Gewählt wurden neben Udo Pastörs TINO MÜLLER, MICHAEL ANDREJEWSKI, STEFAN KÖSTER, BIRGER LÜSSOW und RAIMUND BORRMANN.
Auch die Kommunalwahlen in Niedersachsen am 10. September bescherten der NPD Zuwächse. Siebzehn Kandidaten errangen insgesamt 24 Mandate, zum Teil über Wählergemeinschaften: ADOLF PREUß, FRIEDRICH PREUß, ELKE RAABE, THOMAS KUPFERSCHMIDT, STEFFEN DITTRICH, MICHAEL HAHN, ADOLF DAMMANN, PETER BRINKMANN, HEINRICH THOMFOHRDE, MARC REUTER, DR. RIGOLF HENNIG, DANIEL FÜRSTENBERG, PETER MÜLLER, CHRISTIAN BERISHA, CHRISTIAN GROß, WILHELM KÖHLER, DENNIS PIETSCH.

Kameradschaftssterben in Brandenburg

Brandenburg Innerhalb weniger Wochen haben sich im Süden des Landes Brandenburg mehrere Neonazi-Kameradschaften formell aufgelöst. Den Anfang machte Mitte August die LAUSITZER FRONT aus

vanchistische und rassistische Mobilisierungen, die Verherrlichung von WEHRMACHT und WAFFEN-SS bzw. von NS-Führungspersonal (RUDOLF HESS) sowie insbesondere vor und während des Krieges gegen Jugoslawien bzw. den Irak der Versuch, sich als Antikriegsbewegung zu inszenieren.

Eine neue Qualität öffentlichen Auftretens

Diese Entwicklung markiert eine qualitative Veränderung des öffentlichen Auftretens des Neofaschismus in der Bundesrepublik gegenüber den 1980er Jahren. Während es der später verbotenen FREIHEITLICHEN DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI (FAP) in jener Zeit nur mit Mühe gelang, im Rahmen einer bundesweiten Mobilisierung 100 bis 200 Anhänger nach Rotenburg/Wümme zu mobilisieren, so finden seit einigen Jahren jedes Wochenende neofaschistische Demonstrationen bzw. Aufmärsche statt. Bis zur Größenordnung von 200 bis 250 Teilnehmenden kommen diese in ihrer großen Mehrheit aus einem Umkreis von 200 Kilometern um den Veranstaltungsort. Mehrfach wurden in den vergangenen Jahren Teilnehmerzahlen von 5.000 erreicht.

Zudem stellt die Durchführung solcher Aktionen angesichts der gestiegenen »Rechtssicherheit«, d. h. der zugunsten der neofaschistischen Organisatoren ergangenen Urteile des Bundesverfassungsgerichts, sowie der in vielen Orten rückläufigen antifaschistischen Gegenaktionen längst keine »high-risk«-Mobilisierung mehr dar. Diese Entwicklung ist nicht das Ergebnis eines zufälligen Zusammentreffens günstiger Faktoren, sondern maßgeblich Resultat einer konsequent verfolgten und bewusst ausgebauten »Demonstrationspolitik« der NPD und von Kadern aus der Kameradschaftsszene. Bereits bei den Mobilisierungen gegen das NPD-Verbot und die Ausstellung »Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944« hatte sich gezeigt, dass das Spektrum in der Lage ist, nicht nur vereinzelte Aktionen abzuhalten, sondern politische Kampagnen zu organisieren, deren Dichte sich im Verlaufe der Jahre deutlich gesteigert hat. Gab es etwa 1996 nur vereinzelt kleinere Mahnwachen der Neonazis gegen die Wehrmachts-Ausstellung, so sah sich diese einige Jahre später in Dortmund nicht nur mit zwei Demonstrationen, sondern auch mit Störversuchen und wöchentlichen Gegenaktionen konfrontiert.

Sinn und Zweck

Diese »Demonstrationspolitik« der extremen Rechten mit ihren Vergemeinschaftungs-,

An dieser Stelle berichten wir in jeder Ausgabe über einzelne Arbeitsgebiete, Projekte, Sammlungen etc. aus dem Archiv des *apabiz*, um so einen Einblick in unsere Arbeit zu ermöglichen.

Der Sonderbestand »Lebensschützer«

Der Sonderbestand »Lebensschützer« umfasst Bücher, Zeitschriften, Broschüren, Briefe und Texte, die Anfang der 1990er Jahre im Rahmen von Recherchen für Radiofeatures, Presseartikel und Vorträge der Journalistin Elke Amberg gesammelt wurden. Ausgangspunkt der Sammlung ist das 1991 erschienene Buch »Vorsicht Lebensschützer. Die Macht der organisierten Abtreibungsgegner« von Barbara Ritter und anderen. Insbesondere wurden Originalbroschüren und Bücher folgender Lebensschützer-Vereinigungen gesammelt:

- EUROPÄISCHE ÄRZTE AKTION (EÄA)
- JURISTENVEREINIGUNG LEBENSRECHT (JVL)
- AKTION LEBENSRECHT FÜR ALLE (ALFA)
- AKTION LEBEN E.V. (AL)
- CHRISTDEMOKRATEN FÜR DAS LEBEN (CDL)
- SELBSTHILFEGRUPPEN RAHEL / »Forschungen« von Maria Simon (Würzburg)

Führende IdeologInnen wurden interviewt. So liegen in transkribierter Form Interviewaussagen vor von CHRISTA MEWES, SIEGFRIED ERNST, JOHANNA VON WESTPHALEN, BERNWARD BÜCHNER, MARIA SIMON. Die Vernetzung und Einflussnahme auf die aktuelle Politik, die zentralen Ideologien und Argumentationsmuster sowie die inhaltlichen und personellen Verbindungen zu rechtsradikalen Personen und Gruppierungen werden in mehreren journalistischen Beiträgen dargelegt und anhand der Originalbelege untermauert. Auch Briefwechsel zu juristischen Auseinandersetzungen sowie Bücher für eine Abtreibungsliberalisierung sind enthalten.

Die Sammlung umfasst insgesamt zehn Aktenordner sowie 40 Bücher und berührt Ideologien und Denkrichtungen wie christlicher Fundamentalismus, Rassismus und Antisemitismus, Biologismus, Frauenfeindlichkeit, Elitedenken, Verneinung der Evolution, Homophobie, Psychiatrisierung von Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen ließen.

Für Nachfragen ist Elke Amberg unter ea@muenchen-mail.de zu erreichen.









Der rechte »Demonstrationskalender« (von links oben im Uhrzeigersinn): Dresden im Februar 2006, 1. Mai 2004 in Berlin, Hess-Verehrung 2004 in Wunsiedel, Halbe bei Berlin im November 1991.

Schulungs- und Selektionsmechanismen dient nicht allein der inneren Stabilisierung der neofaschistischen Bewegung. Es soll der Öffentlichkeit dieses politische Spektrum auch als aktions- und durchsetzungsfähigen Akteur präsentieren, der das Ohr an den wesentlichen Problemen der Zeit und für diese tragfähige Lösungsmöglichkeiten anzubieten hat. Vor allem in Ostdeutschland hat es im Zusammenhang mit den Protesten gegen die unter dem Begriff »Hartz IV« bekannt gewordenen umfangreichen Kürzungen im Sozialbereich eigenständige und zum Teil kontinuierliche Aktionen von Neonazis gegeben (s. dazu *monitor* Nr. 17).

Mit der in diesem Jahr angelaufenen so genannten »Antikap«-Kampagne (Antikap steht für Antikapitalismus) versucht sich dieses Spektrum nun vor allem in Ostdeutschland als grundlegender und radikaler Kritiker von Globalisierung, Armut und Sozialabbau zu präsentieren und damit unzufriedene Bevölkerungsteile anzusprechen. Auf Schulungen und Schulungsbroschüren zu »Privatisierung« oder »Kapitalismus« bauend, soll der Kreis der Aktiven, die auch an den Info-Ständen – wie jüngst zahlreich in Mecklenburg-Vorpommern – Rede und Antwort stehen können, erweitert werden. Mit Flugblattverteilungen und Demonstrationen, die in mehrwöchigen Abständen an verschiedenen Orten in ostdeutschen Bundesländern durchgeführt werden, wird das Ziel verbunden, in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. Von einer solchen kontinuierlichen politischen Arbeit kann die NPD am Wahltag profitieren.

Ausblick

Für die NPD, die sich der völkischen Besetzung der »sozialen Frage« nicht nur mit den seit einigen Jahren regelmäßig durchgeführten 1. Mai-Demonstrationen, sondern auch mit der von der Landtagsfraktion in Sachsen gestarteten Mindestlohn-Initiative zugewandt hat, geht es in ihrer Propaganda darum, eine radikale Geste mit (scheinbar) realisierbaren Konzepten zu verknüpfen. Denn nur so kann sie zugleich die ideologisch gefestigten NS-Überzeugungstäter wie diejenigen bei der Stange halten, die sich eine Verbesserung ihrer schwierigen Lebensbedingungen von der NPD erwarten und denen daher auch konkrete politische Vorschläge geboten werden müssen.

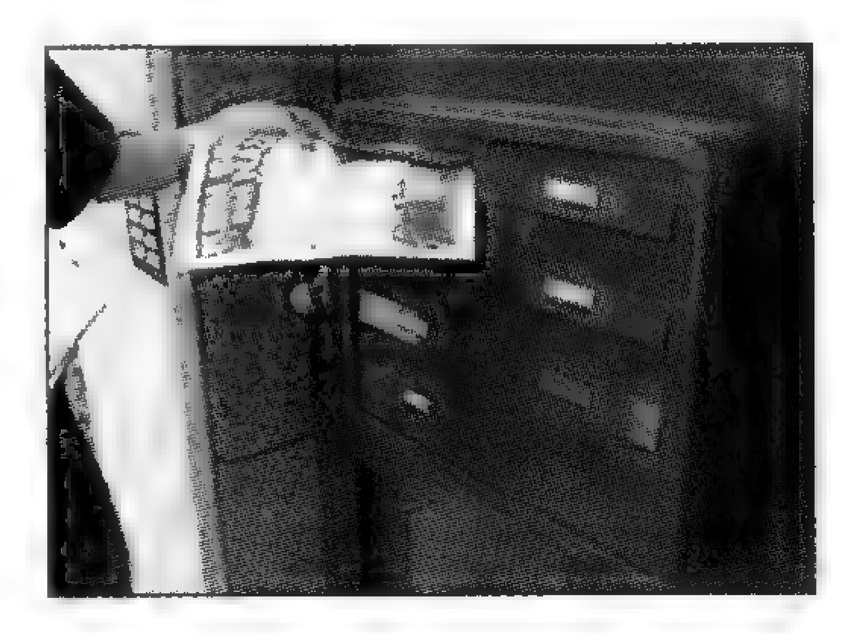
So finden sich bei den Aufmärschen Parolen wie »Arbeitsplätze statt Globalisierung« oder »Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre« (dabei ist die Arbeit der Millionen im kapitalistischen Wirtschaftssystem gerade die Voraussetzung für die Profite der wenigen) sowie manches Transparent mit einer Losung »für den Sozialismus«. Als völkische Bewegung, deren verkürztes Verständnis von Kapitalismus diesen lediglich in der Zirkulationssphäre des Kapitals zu finden glaubt, bringt die NPD die Forderung nach Mindestlohn nicht nur mit der Forderung nach Mindestgewinn zusammen. Sie bindet die Idee zugleich an die Einrichtung von Arbeitspflicht und Arbeitsdienst, in den Erwerbslose zwangsweise eingegliedert werden, sowie den Ausschluss von MigrantInnen aus dem Arbeitsmarkt. So wird aus der »sozialen Frage« bei den Faschisten eine »Sache der Nation«.



Guben mit der Begründung, zunehmende staatliche Verfolgung habe diesen Schritt nötig gemacht. Man suche derzeit nach neuen »neuen Aktionsformen«. Der Sturm Cottbus erklärte einige Tage später ebenfalls seine Auflösung – ohne Angabe von Gründen. Beide Kameradschaften waren in das Netzwerk Lausitzer Aktionsbündnis eingebunden. Mitte September folgte die Gesinnungsgemeinschaft Südost-Brandenburg (GGSOBB). Weil die bisherigen Möglichkeiten ausgereizt seien, wolle man mit der Auflösung »die nächste Stufe erklimmen«.
Mitte September waren in der sächsischen Lausitz Wohnungen von rund 20 Neonazis durchsucht worden – die Aktion richtete sich vor allem gegen die Kameradschaft Oberlausitz. In einem hierauf abgegebenen Rundschreiben wurden andere Kameradschaften aufgefordert, sich formell aufzulösen, um der Repression zu entgehen. Auf Gruppennamen solle fortan verzichtet und die gemeinsame Gesinnung als ausreichendes Bindeglied betrachtet werden.

Schülerzeitung fand reißenden Absatz

Bundesweit Die Zeitung »Kein Bock auf Nazis« ist vergriffen. Das achtseitige Heft war vom *apabiz* zusammen mit dem *Antifaschistischen Infoblatt* und *Turn it Down* produziert worden (s. *monitor* Nr. 26). Es richtete sich vor allem an Jugendliche und sollte diese zum Engagement gegen Rechtsextremismus ermutigen. Zwischen Juli und September wurden 125.000 Exemplare der Zeitung verteilt, die Dank der Förderung von Verdi, IG Metall Jugend und der Rosa-Luxemburg-Stiftung gratis verschickt werden konnten.
Zu den Abnehmern zählten neben Antifa-Gruppen, kirchlichen Initiativen und Kulturprojekten vor allem Schulen und Jugendklubs. Während der Wahlkämpfe wurde die





Zeitung in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin besonders zahlreich verteilt. In Köln nutzten Antifas die Zeitung, um gegen eine Jugendzeitschrift der rechtsextremen Gruppierung Pro Köln zu kontern. Unter http://www.keinbockaufnazis.de steht die Zeitung als PDF zur Verfügung.

Ende auf der Überholspur

Sachsen Am 30. August ist der parlamentarische Geschäftsführer der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Uwe Leichsenring, bei einem Verkehrs-



unfall nahe Pirna ums Leben gekommen. Leichsenring, der von Beruf Fahrlehrer war, prallte bei einem Überholmanöver mit 130 Stundenkilometern frontal gegen einen LKW. Noch am gleichen Tag versammelten sich 250 NPD-Anhänger an der Unfallstelle; an der Beerdigung Mitte September nahmen 300 Gäste teil.

In der rechten Szene kursieren Gerüchte, dass Leichsenring ermordet worden sei. Die Untersuchungen der Staatsanwaltschaft lassen indes »keine Anhaltspunkte für Fremdverschulden« erkennen. Der 39jährige galt als Symbolfigur für die Verankerung der NPD in Sachsen. In seiner Heimatstadt Königstein hatte er bei der Wahl 2004 über 20 Prozent erreicht. In die sächsische NPD-Fraktion ist nun der Dresdner René Despang nachgerückt.

Baring bei Hessen-CDU

Wiesbaden Am 7. September hat der rechtskonservative Historiker und emeritierte Professor der Freien Universität Berlin, Arnulf Baring, auf Einladung der hessischen CDU einen Vortrag zum Thema Patriotismus gehalten. Darin bezeichnete er die NS-Diktatur als eine »beklagenswerte Entgleisung« und stellte die Einzigartigkeit des Holocaust (laut Baring ein zweifelhafter »Sünderstolz«) in Frage. Gewalttätigkeiten von Rechtsextremisten sind seiner Meinung

Das NPD-Gerücht

Hintergrund ➲ Gewachsene rechtsoffene Milieus ermöglichten den Erfolg der NPD in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin

Nach dem klaren Einzug der NPD in den Landtag Mecklenburg-Vorpommerns wurde als Grund für das scheinbar plötzliche Erstarken der NPD in vielen Medien deren Verankerung in der Bevölkerung und ihr ambitionierter Wahlkampf angeführt. In Reportagen wurde auf NPD-Kinderfeste und andere Formen der Bürgernähe hingewiesen.
Auch wenn diese Art der Ursachenforschung einigermaßen spät kommt – schließlich sind derartige Bestrebungen der NPD seit etlichen Jahren bekannt – ist es ein Schritt nach vorne, dass nicht wie bisher reflexartig auf Protest-WählerInnen verwiesen wird. Doch auch die These von der lokalen Verankerung muss sich an den Verhältnissen vor Ort messen lassen.

Ein Vergleich mit der Situation in Berlin bietet sich an – hier zog die NPD am gleichen Tag in vier Kommunalparlamente ein. Im Osten der Stadt erzielte die Partei vier Prozent der Stimmen, stadtweit waren es immer noch 2,6 Prozent. Die Berliner Ergebnisse lassen Zweifel an der These der sozialen Verankerung als Basis für die Wahlerfolge der Partei aufkommen. In Berlin kann davon nämlich keine Rede sein. Ein funktionierender Landesverband mit einer ausreichenden Mitglieder- und Kaderdecke ist nicht vorhanden. Außerhalb von Wahlkämpfen ist von der NPD nichts zu spüren.

Auch die Kandidaten für die Kommunalparlamente brachten nichts von dem mit, was an sich für eine Kommunalwahl wahlentscheidend ist: Die meisten Kandidaten haben keinerlei Bezug zu Berlin, oder zu den Bezirken in denen sie angetreten waren. So ist im Bezirk Treptow-Köpenick der Parteibundeschef Udo Voigt in die Bezirksverordnetenversammlung eingezogen. Er stammt weder aus Berlin, noch hat er irgendeine Verbindung zum Bezirk. Auch der Berliner NPD-Vorsitzende, der ehemalige Kroatiensöldner und Rechtsrockaktivist Eckart Bräuniger, ist alles andere als ein Beispiel für praktizierte Bürgernähe. Ähnlich sieht es in den anderen Bezirken aus. Entweder traten beliebige NPD-Kader oder bisher fast völlig unbekannte und farblose »Nachwuchsaktivisten« zu den Kommunalwahlen an. Im Bezirk Lichtenberg ging kurz vor der Wahl ein Schreiben an alle Mitglieder, in dem händeringend nach geeigneten Kandidaten gesucht wurde. Resümiert man den Zustand und das Auftreten der NPD in der Bundeshauptstadt muss man zum Schluss kommen, dass der Wahlerfolg dieser Partei nicht viel mit ihr selbst zu tun hat.

Je radikaler, desto erfolgreicher

Die Allpräsenz der NPD ist insofern nicht mehr als ein Gerücht. Auch im mecklenburg-vorpommerschen Dorf Postlow, wo die NPD satte 38,5 Prozent der Stimmen holte, ging der tatsächliche Wahlkampf kaum über die üblichen Plakatier-Aktionen hinaus. Wie in den Wahlnachlesen mancher Medien munkelt man dort in der Bevölkerung trotzdem vom Einfluss der NPD-Leute. Wem solche Bedeutung zugeschrieben wird, dem traut man auch leicht die Kompetenz zu, brennende Probleme anzugehen. Die tatsächlichen Inhalte und Wahlkampfhemen der Partei sind nicht entscheidend gewesen. Es genügte das bloße Gefühl, mit der NPD eine Partei zu wählen, die diffus die eigenen Interessen vertreten würde. Dieses Gefühl brauchte die NPD nur zu befeuern, um große Stimmenanteile zu erreichen - steuerbar ist es jedoch auch für die Partei selbst nicht.

Hinzu kommt, dass Hinweise auf den neonazistischen Charakter der NPD kaum abschreckten. Das Tabu des Nationalsozialismus ist in Teilen der Bevölkerung wirkungslos geworden. Die Bemerkung des Postlower Bürgermeisters, dass eine »Demokratur« möglicherweise eine gute Alternative zum jetzigen System sei, spricht eine deutliche Sprache. Dahinter steckt, dass menschenfeindliche Positionen allgemein diskussionsfähig geworden sind. Je radikaler die NPD sich gab, umso glaubhafter war sie – und umschiffte so elegant auch mögliche Konflikte mit der Kameradschafts-Szene. Die in Westdeutschland noch funktionierende Bindungskraft der dort jahrzehntealten bürgerlichen Parteien hat sich in Ostdeutschland ohnehin nie entwickeln können.

Problematische Milieus

Es lohnt, einen Blick auf die Milieus und vor allem die Jugendkultur in den fraglichen Gegenden zu werfen. Schnell wird klar, dass sich dort in den letzten Jahren ein äußerst problematisches soziales Milieu herausgebildet hat. In den verschiedenen Jugendkulturen

haben rechte Ideologiefragmente mittlerweile einen teilweise zentralen Platz eingenommen und gehören zum Alltag. Diese Entwicklung findet nur zum Teil im Wechselspiel mit der eigentlichen Neonazi-Szene statt und ist mitunter auch teils unabhängig von dieser. Von den meisten Jugendlichen werden rechte Bezüge gerade im Lifestylebereich oft nicht einmal als solche wahrgenommen. So berichten SchülerInnen, dass es völlig normal sei sich mit rechten Modemarken zu kleiden und Rechtsrock zu hören. Ein rechtes Weltbild könne man daran aber nicht festmachen. Von diesen Tendenzen ist die Kameradschaftsszene schon länger beeinflusst und eine politische Präferenz entscheidet sich in diesen Regionen nicht zwangsweise an politischer Programmatik, sondern wird oft genug zur Lifestylefrage, zu Lebenskultur.

In einer solchen Konstellation spielt – zumindest in Berlin – die NPD keine herausragende Rolle und vermag es nicht, diese Entwicklung in irgendeine Richtung zu lenken. Diese seit langem beobachtete Tendenz ist erst bei den jetzigen Wahlen für eine breite Öffentlichkeit sichtbar geworden: Die Jugendlichen sind ins wahlberechtigende Alter gekommen und für sie ist die NPD die einzige Partei, die ihrer politischen Präferenz entspricht. Zwar gibt es in Deutschland schon lange ein großes rechtsextremes Einstellungspotenzial. Aber im Gegensatz zur neuen Generation hat diese Klientel bislang überwiegend nichts extrem rechts gewählt.

Auch in Mecklenburg-Vorpommern keine Omnipräsenz

Wenn man mit dem Wissen um die Berliner Besonderheiten auf das Wahlergebnis von Mecklenburg-Vorpommern schaut, kommen auch hier Zweifel an der unikausalen These von der sozialen Verankerung auf. In Mecklenburg-Vorpommern wird man in vielen Regionen eine ähnliche Zusammensetzung der Jugendkultur finden wie in Ostberlin und auch die NPD ist in dem nördlichen Bundesland nicht omnipräsent und spielt abgesehen von einigen Hochburgen im Alltag kaum eine Rolle. Es erscheint fraglich, ob ein vor Ort beliebter Juwelier und ein mäßig besuchtes Kinderfest mit einigen Parteifähnchen bis zu 25 Prozent der ErstwählerInnen zu überzeugen vermögen.

Betrachtet man das Ergebnis aber einmal nicht mit dem Fokus auf die NPD, sondern konzentriert sich auf die Milieus, aus denen sich deren Wählerschaft rekrutiert hat, so kann man auch zu dem Schluss kommen, dass die NPD einfach keinerlei Konkurrenz hat und daher ein Wahlkampf oder die Kandidaten nur eine Nebenrolle spielen. Während die etablierten Parteien untereinander um Konzepte streiten und versuchen, die WählerInnen von ihrer Politik zu überzeugen, spielt dieses für die NPD eine untergeordnete Rolle. Ihr genügt es, sich den extrem rechten Bevölkerungsschichten als attraktive und radikale Problemlösung zu präsentieren. Politisch ist sie konkurrenzlos, auch wenn sich ihr Profil auf einen radikalen Rassismus beschränkt.

Fazit

Bei Berücksichtigung dieser Thesen wird es zunehmend fraglicher, ob die NPD als fast alleiniger Gegenstand für den Entwurf von Gegenstrategien taugt und ob eine »Entzauberung« vor diesem Hintergrund überhaupt möglich ist. Angesicht der hier beschriebenen Beobachtungen müsste man ihr schon nachweisen, nicht wirklich rechts zu sein, um sie vor ihrer Klientel zu entzaubern.

Demgegenüber erscheint es sinnvoll, die WählerInnen der NPD genauer unter die Lupe zu nehmen und zu ergründen, unter welchen Voraussetzungen – gerade in den Jugendkulturen – in den vergangenen zehn Jahren Milieus entstehen konnten, die sich selbst als völlig unpolitisch definieren, aber mit eindeutigen Versatzstücken einer neonazistischen Bewegung gespickt sind. Die Ablehnung von Politik und ein Mangel an Bildung, gepaart mit einem maßgeschneiderten Angebot aus rechtem Lifestyle definieren diese Milieus, welche sich langfristig als feste Basis der extremen Rechten herausstellen können.

Es lohnt sich, darüber nachzudenken, wie man dieser Entwicklung entgegenwirken kann, und diesbezügliche Strategien zu entwickeln. Andernfalls wird sich das Problem der rechten Basis ohne Berührungsängste verschärfen – und das nicht nur in Form von Wahlerfolgen der NPD als derzeit davon profitierender Partei.



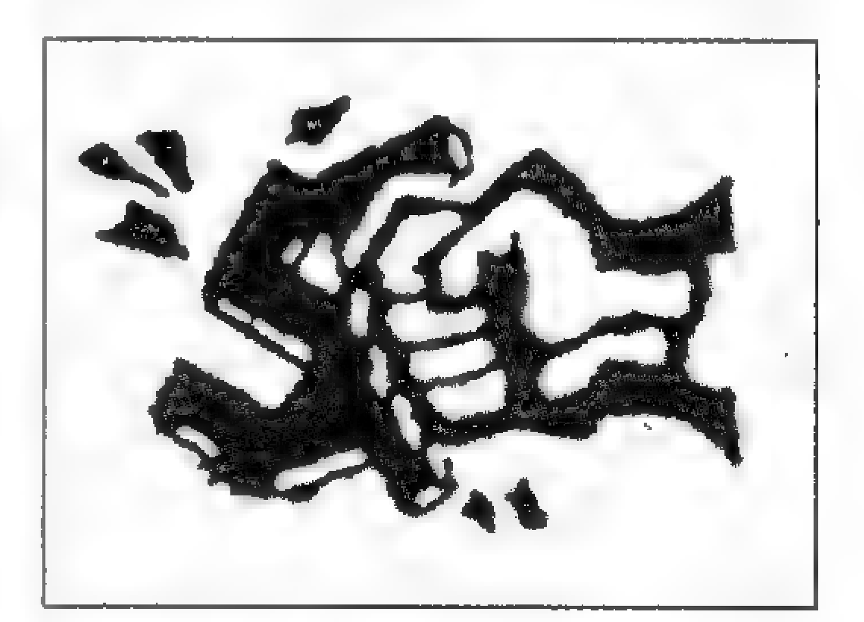
nach nicht neonazistisch motiviert, sondern allenfalls »Jugendverirrungen«. Im nationalsozialistischen Vokabular plädierte Baring für die »Eindeutschung« von Einwanderern. Die hessische CDU distanzierte sich nicht von Barings Äußerungen.

Hoyerswerda: 15 Jahre danach

Hoyerswerda Am 23. September demonstrierten in der Kleinstadt 400 Menschen unter dem Motto »Hoyerswerda 15 Jahre später. Gegen rechte Strukturen und kollektive Verdrängung«. Die antifaschistische Demonstration sollte an das Pogrom von 1991 erinnern und einen lautstarken Akzent gegen den stillschweigenden Umgang damit setzen.
In der Woche vom 17. bis zum 22. September 1991 terrorisierten rechte Jugendliche und angereiste Neonazis in Hoyerswerda mosambikanische und vietnamesische VertragsarbeiterInnen und AsylbewerberInnen. Seinen traurigen Höhepunkt fand das rassistische Pogrom, als die sächsische Landesregierung die Angegriffenen – begleitet vom wohlwollenden Beifall und rassistischen Parolen der Bevölkerung – mit Bussen aus der Stadt bringen ließ.

Urteil gegen antifaschistischen Button

Stuttgart Der Betreiber des Punkrock-Mailorders »Nix Gut«, Jürgen Kamm, ist am 29. September vom Landgericht Stuttgart zu einer Geldstrafe von 3600 Euro wegen »gewerbsmäßiger Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen« verurteilt worden. Seine Tathandlung bestand im Vertrieb von Buttons und Aufnähern, auf denen das Hakenkreuz zerschlagen, entsorgt oder, einem Verbots-



schild gleich, durchgestrichen ist. Dem Urteil nach sei die eigentliche Intention der antifaschistischen Symbole nicht eindeutig zu



erkennen. Zudem ziele das Gesetz auf »die grundsätzliche Tabuisierung des Hakenkreuzes« ab. Kamms Anwalt kündigte Revision vor dem Bundesgerichtshof an.

Pankow: Rassistische Mobilisierung geht weiter

Berlin Am 14. September hat im Pankower Ortsteil Heinersdorf erneut ein Aufmarsch gegen den dort geplanten Bau einer Moschee stattgefunden. Organisiert wurde die Veranstaltung wie die vorigen von der Bürgerinitiative Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bürger. Unter den Teilnehmern befanden sich mehrere hundert Rechtsextremisten, unter ihnen die Führungsriege der Berliner NPD und deren Bundesvorsitzender Udo Voigt. Als die Neonazis einer Anweisung der Demonstrationsleitung, sich am Ende des Zuges einzureihen, nicht Folge leisteten, wurde diese von der Polizei umgesetzt. Auf dem Aufmarsch sprach auch der CDU-Kreisvorsitzende und Abgeordnete René Stadtkewitz. Stadtkewitz war in die Kritik geraten, weil er der extrem rechten Wochenzeitung Junge Freiheit ein Interview gegeben hatte. Die ebenfalls anwesenden Pankower Republikaner boten Stadtkewitz daraufhin einen Wechsel in ihre Partei an, den er jedoch ablehnte.



Abtreibungsgegner marschieren

Berlin Am 23. September fand in Berlin der jährliche Aufmarsch »1.000 Kreuze für das Leben« statt, zu dem bundesweit sogenannte »Lebensschützer« aufrufen. Wie jedes Jahr nahmen rund 1.000 mit weißen Holzkreuzen bestückte Abtreibungsgegner an der Veranstaltung teil; die Kreuze sollen »als Symbol für die Zahl der ungeborenen Kinder, die jeden Werktag in Deutschland getötet werden« stehen, so die Veranstalter. Veranstalter des jährlichen Spektakels mit Kundgebung vor dem

Keine Angst vor Antifa und Illuminati

Bericht – Esoterische Verschwörungstheorien in Berlin

Am 20. September veranstaltete der esoterische Verschwörungstheoretiker Jo Conrad in Berlin einen Vortrag, um über ein »paar Dinge, die Sie über diese Welt wissen sollten...« zu informieren. Der gelernte Taxifahrer erklärte seinem zahlreich erschienenen Publikum im Schöneberger Akazienhof bei dieser Gelegenheit die Zusammenhänge von 9/11, Freimaurern, Medizin, Medien, unserer eigenen Göttlichkeit, Frieden und anderen Dingen.

Veranstaltet wurde der Vortrag von Jo Conrad letztlich im Akazienhof in Schöneberg – nachdem AntifaschistInnen den ursprünglichen Veranstaltungsort zu einer Absage bewegen konnte. Einer der Organisatoren der Veranstaltung vom Biochemischen Verein Berlin erklärte dazu, dass »die Antifa« versucht hätte, den Referenten »in die rechte Ecke zu stellen«. Dies sei jedoch völlig ungerechtfertigt, er selbst habe das im Internet noch einmal recherchiert.

Indes ist Conrad kein Unbekannter; er wird inzwischen sogar in der Broschüre »Brennpunkt Esoterik – Okkultismus, Satanismus, Rechtsradikalismus« der Landesjugendbehörde Hamburg von 2006 erwähnt. Dort wird er als Vertreter »eine[r] Vielzahl rechtsextremer Positionen« gehandelt. Conrad selbst behauptet, »keinerlei Sympathien für Nazis« zu haben[1], zweifelt jedoch Deutschlands Kriegsschuld am Zweiten Weltkrieg an[2], hält Zweifel am Holocaust für legitim[3] und zitiert ausführlich »Die Protokolle der Weisen von Zion« – ein gefälschtes antisemitisches Hetz-Werk aus dem 19. Jahrhundert.

»...nur Fragen...«

Am 20. September in Berlin ging es indes nicht um deutsche Geschichte, sondern viel allgemeiner um »Angst«. Nach Conrad wollen »die da oben« uns Angst machen, die Illuminati, die Freimaurer, der CIA – so genau mag er sich da nicht festlegen. Trotz strukturell antisemitischer Vorstellungen fällt das Wort »Juden« nicht ein einziges Mal. Es ist lediglich von dem »Gott des Alten Testaments« die Rede, dem Gott der Rache, Zerstörung und Gewalt, der uns zum Fürchten bringen soll, wie es auch der Terror versucht. Conrad selbst lässt sich keine Angst mehr machen, nicht von der Antifa und nicht von den »Mächten, die die Welt beherrschen wollen«. Angst hindere uns daran, »unsere eigene Göttlichkeit zu erkennen«. Er suggeriert unter dem zustimmenden Gemurmel des Publikums, die Anschläge des 11.9. seien nur ein Fake gewesen, aber sagt zugleich: »Ich will gar nicht irgendwelche Behauptungen aufstellen, ich stelle nur Fragen«.

Die etwa hundert Gäste des Abends scheinen kaum schockiert von den unglaublichen Enthüllungen, die Conrad vorsichtig-suggestiv aber scheinbar wissenschaftlich anhand von Folien und »Fakten« präsentiert. Irgendwie scheinen sie das alles schon geahnt zu haben: Der Terror kommt direkt von den westlichen Mächten; AIDS gibt es nicht; Krebs ist eine psychische Krankheit; wir müssen uns selbst erlösen; unsere PolitikerInnen sind fremdgesteuert; Freimaurer kommunizieren anhand einer komplexen Zeichensprache über die öffentlichen Medien etc.

Fazit

Esoterische VerschwörungstheoretikerInnen wie Jo Conrad finden mit ihren hermetischen Argumentationsweisen für jedes komplexe Phänomen eine einfache und »ganzheitliche« Erklärung. Sie sprechen ein breites, sich selbst meist eher als alternativ empfindendes Publikum an. Dass dabei rechte Ideologien zu einer »spirituellen Selbstbefreiung« mitgeliefert werden, scheinen viele entweder hinzunehmen oder in ihr vermeintlich unpolitisches Weltbild integrieren zu können.

Conrads Vorlagen[4] und nicht zuletzt sein auch im Vortrag erwähnter Lehrmeister »Jan van Helsing« bzw. Jan Udo Holey finden sich aber nicht nur in den Regalen von EsoterikerInnen, sondern sind auch Lektüre vieler Nazis. So gelangen über Conrads Bücher – die er selbst als Ersatz für van Helsings indizierte »Geheimgesellschaften« anpreist – die alten Theorien zurück sowohl in die extrem rechte als auch in die Esoterik-Szene. Und manchmal schreibt Conrad auch direkt für Nazis: 2003 publizierte er einen Artikel in der rechtsextremen Zeitschrift Deutschland – Schrift für Neue Ordnung.

---

1) Conrad, Zusammenhänge, S. 121, zitiert in: Brennpunkt Esoterik, S. 224.
2) Conrad, Zusammenhänge, S. 129, zitiert in: Brennpunkt Esoterik, S. 224.
3) »Bei uns ist es verboten zu bezweifeln, dass es den Holocaust in diesem Ausmaß gegeben hat. Das soll hier natürlich nicht geschehen, aber man muss sich fragen, warum Zweifel an etwas verboten sind, das jederzeit beweisbar wäre.« (Conrad, Entwirrungen, S. 64; http://www.h-ref.de/personen/conrad-jo/jo-conrad-karma.php).
4) Als solche zu nennen sind etwa Gerd Honsik und Gary Allen, vgl. die Quellenangaben seiner Bücher und die Buchempfehlungen auf seiner Homepage.

Rechte »Demonstrationspolitik«

Rezension ⇒ Virchow, Fabian: »Dimensionen der ‚Demonstrationspolitik' der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland«. In: Klärner, Andreas; Kohlstruck, Michael (Hg.): »Moderner Rechtsextremismus in Deutschland«, Hamburg 2006, S. 68 ff.

Mit ihrem Sammelband haben Klärner und Kohlstruck ein viel beachtetes sowie überfälliges Werk vorgelegt. Der Band verdeutlicht und versammelt alle Stärken und Schwächen der bundesdeutschen Rechtsextremismus-Forschung – wenn es eine solche im engeren Sinne überhaupt gibt. Viele Schwerpunkte des Buches waren in der Vergangenheit auch Aspekte der Arbeit im *apabiz*. Mit manchen der Autoren fand daher im Vorfeld des Bandes ein Austausch statt oder sie nutzten das Archiv zur Recherche für ihre Beiträge. Da uns der Platz fehlt, alle Beiträge gleichermaßen zu würdigen, wollen wir in dieser Ausgabe und in folgenden einzelne Aufsätze herausgreifen.

Fabian Virchows Untersuchung über die »Demonstrationspolitik« der extremen Rechten stellt zunächst die Bedeutung dieses Aktionsbereiches für den bewegungsorientierten Rechtsextremismus fest und belegt dies detailreich mit umfangreichem Material. So weist der Autor für die Jahre 1998 bis 2004 nicht nur die Anzahl der neonazistischen Aufmärsche nach, sondern auch deren Themen und die Durchschnittszahl der Teilnehmenden. Er stellt u.a. zutreffend fest: »Als qualitative Veränderung fällt (...) ins Gewicht, dass aus dem Bewegungsmilieu auch kurzfristig (...) und ohne öffentlich erkennbare Mobilisierung bis zu 200 Personen (...) zusammenkommen können.« (S. 78). Und resümiert: »Zu den bedeutsamen Veränderungen zählt schließlich der Versuch (...), zu aktuellen politischen Entwicklungen und Ereignissen öffentlich wahrnehmbar zu sein und dazu mit einer Vielzahl von Aktionen und Propagandamitteln aufzutreten.« (ebd.).

Im Anschluss untersucht Virchow die weitergehenden Wirkungen der Demonstrationspolitik sowohl nach innen, für die neonazistische Bewegung, als auch nach außen in die Gesellschaft. Die Ziele und Wirkungen nach innen belegt Virchow anhand von Strategiepapieren und Stellungnahmen des neofaschistischen Spektrums. Er zieht das Fazit, dass es den Kadern mit der Demonstrationspolitik darum gehe, »ein Emotionskollektiv zu schaffen, das der Rekrutierung neuer Bewegungsmitglieder ebenso dienlich sein soll wie der Stabilisierung der kollektiven Identität der Bewegung, der Auswahl von Nachwuchskadern sowie der Formierung spezifischer Weltbilder und innerer Haltungen.« (S. 88). Nach außen gilt es neben dem Nachweis der Existenz einer neonazistischen Bewegung auch um die symbolträchtige Besetzung von Orten oder Geschichte, die »den Handlungsspielraum der Bewegung erweitern soll«.

Fabian Virchow liefert mit seiner gelungenen Untersuchung erstmals eine ausführliche empirische und analytische Studie über das Thema. Sein Interpretationsrahmen folgt den bisherigen Forschungen über die Bewegungsförmigkeit des modernen Rechtsextremismus und fügt diesen einen überzeugenden Aspekt hinzu.

In dieser Rubrik stellen wir jeweils einen Vortrag, Workshop oder ein Seminar aus unserem Bildungsprogramm vor. Den kompletten ReferentInnen-Katalog gibt es unter www.apabiz.de.

NPD unter der Lupe

Der Vortrag über die NPD aus dem Bildungsprogramm des *apabiz* ist komplett überarbeitet worden und steht nun in aktualisierter Form für Infoabende, Diskussionsrunden und Fortbildungen zur Verfügung. Anspruch des Referats ist es, das nötige Wissen für die Auseinandersetzung mit der derzeit erfolgreichsten rechtsextremen Partei in Deutschland zu vermitteln.

Der »Deutschland-Pakt«, die Annäherung an die Kameradschaftsszene, Drei-Säulen- und »Wortergreifungs«-Konzept, die parlamentarischen Provokationen in Sachsen und viele weitere Elemente der NPD-Strategie werden beleuchtet und eingeordnet. Zudem stellt der Vortrag die ideologischen Fundamente der Partei sowie die Positionen der führenden Köpfe dar. In einem historischen Abriss wird erklärt, wie die NPD – die Mitte der 1990er Jahre kurz dem politischen und finanziellen Aus stand – es innerhalb von zehn Jahren schaffen konnte, sich zu stabilisieren und in zwei Landtage einzuziehen.



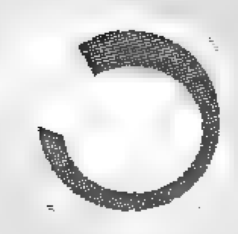
Roten Rathaus, »Trauermarsch« und Gottesdienst ist der Bundesverband Lebensrecht (BVL) unter Claudia Kaminski, die gleichzeitig Vorsitzende der Aktion Lebensrecht für Alle (AlfA) sowie Pressereferentin des Malteser Hilfsdienstes ist. Die Organisation vor Ort unterstand der Vereinigung KALEB e.V. und Pro Life Berlin.

Schutzbund ignoriert Verbot

Brandenburg (Land) Die im Juli vom Land Brandenburg verbotene Neonazi-Propagandawerkstatt Schutzbund Deutschland führt ihre Aktivitäten offenbar fort – unter dem Namen Bewegung Neues Deutschland. Seit dem Verbot sind zwei Flugblätter erschienen, die im altbekannten Schutzbund-Stil formuliert sind und auch optisch mit den Vorläufern übereinstimmen. Lediglich die Bestelladresse hat sich geändert. Behördliche Reaktionen auf diese Fortführung des Schutzbundes lassen bislang auf sich warten. Das Verbot war mit den verfassungsfeindlichen Parolen und der Verherrlichung des Nationalsozialismus durch die Organisation begründet worden.

NPD-Frauenorganisation gegründet

Sotterhausen Am 16. September wurde der Ring nationaler Frauen (RNF) als Frauenorganisation der NPD in Sotterhausen gegründet. Als Initiatorinnen traten die sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Gitta Schüssler sowie die NPD-Mitglieder Judith Rothe (Sachsen-Anhalt) und Katharina Becker (Niedersachsen) auf. In das Führungsgremium wurden neben den Initiatorinnen u. a. Stella Palau – die Lebensgefährtin des neuen NPD-Bezirksverordneten in Berlin-Lichtenberg, Jörg Hähnel – aus Berlin und die Freundin des stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden Holger Apfel, Jasmin Langer, aus Hannover gewählt.
Neben den 31 Teilnehmerinnen waren auch der NPD-Multifunktionär Peter Marx und Enrico Marx anwesend, die für den Ordnungsdienst der Veranstaltung verantwortlich waren. In den verabschiedeten Grundsätzen der neuen Organisation wurde erklärt, dass man »sämtliche nationalen Frauen zusammenbringen möchte«.



Abonnieren...

...kann man den *monitor* nicht. Aber wer Fördermitglied des apabiz e.v. wird, der bekommt ihn kostenlos zugeschickt! Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Dafür erhaltet Ihr diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem *apabiz e.V.* eine Einzugsermächtigung über monatlich ________Euro (mind. 5 Euro).

Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

- ○ einen Dauerauftrag eingerichtet.
- ○ einmalig ______Euro überwiesen.

Kontonummer: ____________________

Bank und BLZ: ____________________

____

Name/Organisation: ____________________

____

Adresse: ____________________

____

e-mail: ____________________

Unterschrift: ____________________

○ Spendenbescheinigung erwünscht (Fördermitglieder und Dauerspender erhalten diese einmal jährlich)

Neu im Archiv

In dieser Rubrik wollen wir Euch einen kurzen Überblick über Bücher, Broschüren und andere Medien geben, die im Archiv neu eingegangen und ab sofort verfügbar sind. Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.

Jäger, Siegfried; Jäger, Margarete: »Medienbild Israel. Zwischen Solidarität und Antisemitismus«. LIT Verlag, Münster 2003.

Seit dem Wiederaufflammen der gewalttätigen Auseinandersetzungen im Nahen Osten im September 2000 hat die Berichterstattung über den Konflikt in den deutschen Medien merklich zugenommen. In ihrer Studie analysieren Margarete und Siegfried Jäger den Printmedien-Diskurs zur Nahostberichterstattung während der »Zweiten Intifada« von September 2000 bis August 2001. Dabei untersuchen sie, inwieweit das von den Medien gezeichnete Bild der Israelis und der Palästinenser von Vorurteilen und Stereotypen geprägt ist.

Kübler, Elisabeth: »Antisemitismus als gesamteuropäische Herausforderung. Eine vergleichende Analyse der Maßnahmen der OSZE und der EUMC«. LIT Verlag, Wien 2005.

In ihrer Diplomarbeit analysiert Elisabeth Kübler die gesamteuropäische Strategien zur Bekämpfung des Antisemitismus, wobei sie konkret die Maßnahmen der »Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa« (OSZE) und des 1997 installierten »European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia« (EUMC) bearbeitet.

Dabei betrachtet Kübler den Antisemitismus als demokratie-, menschenrechts- und friedenspolitisches Risiko, das aus den speziellen historischen und regionalen Entwicklungen Europas resultiert. Beachtung finden in der Studie auch der arabische und islamistische Antisemitismus, sowie der Philosemitismus – als »Ausgrenzung unter umgekehrten Vorzeichen«.

Gellner, Torsten: »Ein antisemitischer Affektsturm? Walser, Schirrmacher, Reich-Ranikki und der Tod eines Kritikers«. Tectum Verlag, Marburg 2004.

Mit seinem Buch »Tod eines Kritikers« hat Martin Walser im Frühsommer 2002 nicht nur deutsche Feuilletonredakteure in helle Aufregung versetzt und zahlreiche Kritiken, Gegenkritiken und Protestkundgebungen ausgelöst. Gellner untersucht in seiner Studie die vielfältigen Konflikte um Walsers Person und Werk und skizziert den chronologischen Verlauf der Kontroverse um den angeblich antisemitischen Tenor von Walsers Buch. Dabei versucht er, die Frage zu beantworten, inwiefern Walsers inkriminierter Text tatsächlich als ein von antisemitischen Klischees durchsetztes »Hassdokument« verstanden werden kann.

Immenroth, Anke: »Die Wehrmacht im Blick der Öffentlichkeit. Analyse zweier Ausstellungen unter konzeptionellen Gesichtspunkten«. Tectum Verlag, Marburg 2004.

Die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944« wurde wie wohl kaum eine andere in Deutschland in der Öffentlichkeit diskutiert. Weitgehend unbeachtet blieb dagegen die Ausstellung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes über militärischen Widerstand gegen das NS-Regime. Immenroth untersucht in ihrer Arbeit die Konzeptionen der beiden Ausstellungen und sucht Gründe für das unterschiedliche öffentliche Interesse.

Hesse, Hans; Schreiber, Jens: »Vom Schlachthof nach Auschwitz. Die NS-Verfolgung der Sinti und Roma aus Bremen, Bremerhaven und Nordwestdeutschland«. Tectum Verlag, Marburg 1999.

Auf dem Gelände des ehemaligen Bremer Schlachthofes stellten im März 1934 Bremer Kriminalbeamte Deportationszüge nach Auschwitz zusammen und errichteten ein Sammellager, in dem hunderte Sinti und Roma aus Nordwestdeutschland mehrere Tage bis zur endgültigen Deportation gefangengehalten wurden. Das Buch stellt unter Einbeziehung von Originalakten aus der NS-Zeit die Verfolgung und Diskriminierung der Sinti und Roma in Bremen und Bremerhaven während und nach der NS-Zeit dar. Ein großer Teil der Studie widmet sich zudem der Verfolgung von Sinti und Roma in Niedersachsen vor 1933.

Bajohr, Frank; Pohl, Dieter: »Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten«. C.H. Beck, München 2006.

»Die Massenverbrechen des Nationalsozialismus und insbesondere der Mord an den Juden waren im Reich und bei den Alliierten seit Mitte 1942 ein offenes Geheimnis« – so die provokante These der Historiker Pohl und Bajohr, die mit ihrem Buch mit der »Lebenslüge« vieler Deutscher aufräumen wollen, von der »Sache mit den Juden« nichts gewusst zu haben. Sie fragen, wie die deutsche Bevölkerung mit ihrer Kenntnis von Judenverfolgung und Holocaust umging und wie die NS-Führung auf die internationale Publizität der Verbrechen reagierte.

Jugend" (HDJ) fand sich die „Artgemeinschaft" Jürgen Riegers mit einem Stand; er selbst verbreitete in seiner Rede von der Hauptbühne einmal mehr nazistische Hetze. Die NPD selbst war mit einem großen Stand des Parteivorstandes sowie die JN und der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern vertreten. Ihr Spitzenkandidat Udo Pastörs stand im Mittelpunkt der mittäglichen Pressekonferenz.

Da der Dauerregen die BesucherInnen immer wieder unter/in die wenigen Zelte trieb, blieb der Platz vor den Bühnen häufig schwach besetzt. Von dort verbreiteten u.a. Siegfried Tittmann (DVU) und Holger Apfel ihre rassistischen Botschaften, während der frühere SS-Freiwillige Herbert Schweiger die Zuhörenden von der Notwendigkeit eines gegen die USA gerichteten deutsch-russischen Bündnisses zu überzeugen versuchte. Die Begrüßung der internationalen Gäste wurde von einem kurzen szenischen Spiel eingeleitet, bei dem zunächst drei „US-Soldaten" drei in orangene Overalls gewandete „Gefangene" schlugen und quälten. Anschließend betrat ein knappes Dutzend Neonazis – die von ihnen getragenen Nationalfahnen sollten sie als Vertreter der „freien Völker" markieren – die Bühne und drängten die US-Soldaten zur Seite; an der Spitze dieser lächerlichen Inszenierung posierte Thomas Wulff abschließend in Siegerpose. Grußbotschaften wurden von einer Sprecherin des „Front National" sowie griechischer und spanischer Faschisten überbracht. Der französische Buchautor Guillaume Faye hielt eine Rede, die von Pierre Krebs übersetzt wurde.

Neben den neonazistischen Liedermachern Frank Rennicke, Jörg Hähnel, Annett & Michael sowie Stigger & Sisco (Großbritannien) traten auf der Hauptbühne schließlich die Bands



„Faktor Deutschland", „Agitator", „Carpe Diem" und „Gigi & die Stadtmusikanten" auf. Obwohl der Auflagenbescheid das Zeigen zahlreicher Symbole der Neonazi-Szene verbot, waren davon Hunderte auf T-Shirts, Ansteckern oder Tattoos zu sehen; die Polizei zeigte sich mehr interessiert an der Behinderung antifaschistischer Proteste denn an der Verfolgung solcher Gesetzesverstöße. Auch die Mitarbeiter des Ordnungsamtes müssen sich fragen lassen, warum sie die NPD nicht mit rigideren Auflagen belegt haben, was Parkplätze, die Waldbrandgefahr, Rettungswege, Umweltschäden und Hygiene angeht. Der Bürgermeister von Meerane hatte beispielsweise für die Busse Sondernutzungsgebühren durchgesetzt und hohe Parkgebühren erhoben.

Hatte das Fest für die NPD dieses Jahr besondere Bedeutung als Unterstützung für den Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, so bot es der faschistischen Bewegung insgesamt zahlreiche Gelegenheiten, sich über aktuelle Aktivitäten zu informieren, CDs und T-Shirts zu kaufen, das Gefühl einer großen Gemeinschaft zu erleben oder Gleichgesinnte wiederzutreffen und zukünftige Aktionen zu beraten. Das Wetter ließ das „Fest" jedoch auch zu einem Debakel werden. Busse und PKWs, mit denen die Faschisten angereist waren, versanken im Schlamm des Dauerregens und viele waren von der schlechten Organisation entnervt, wenn sie bis zu einer Stunde an der Bierbude anstehen mussten.

Erstmals gab es mit einem Bürgerfest gegen rechts und einer antifaschistischen Demonstration, an der sich etwa 600 Personen beteiligten, sichtbaren Widerspruch gegen diese Großveranstaltung der Neonazis.

Staatsanwaltschaft verfolgt Antifaschisten

solidarity reloaded

Zu 3.600 Euro Geldstrafe wurde Ende September der Versandhändler Jürgen Kamm aus Winnenden vom Landgericht Stuttgart verurteilt. Als Geschäftsführer des Nix-Gut-Versandes hatte er auch einige T-Shirts, Fahnen oder Schlüsselanhänger mit Anti-Nazi-Symbolen im Angebot. Obwohl es sich dabei um durchgestrichene oder entfremdete Hakenkreuze handelte, die eindeutig antifaschistische Aussagen formulierten, sah das Gericht einen Verstoß gegen die Strafrechtsparagraphen 86 und 86a als gegeben an, die das öffentliche Zeigen von NS-Symbolen untersagen. Kamm hatte im Prozess darauf verwiesen, dass es Broschüren von Verfassungsschutzämtern gibt, in denen die Straffreiheit eben solcher veränderter Hakenkreuze unterstrichen würde.

Die Initiative zur Verfolgung und Verurteilung geht von dem Oberstaatsanwalt Bernhard Häußler aus, der NS-Symbole vollständig aus dem öffentlichen Raum verbannen möchte. Selbst wenn sie sich in ihrer konkreten Gestaltung gegen Neofaschismus wenden, sollen sie mit einem Tabu belegt werden. Obwohl Häußler in einem Interview mit der Waiblinger Kreiszeitung äußerte, dass er wisse, mit Kamm den Falschen zu treffen, setzte er seine Anstrengungen fort.

Da Kamm den Rechtsstreit nicht aufgibt, muss in der nächsten Instanz der Bundesgerichtshof entscheiden. Dieser hatte bei früheren Urteilen stets den „Schutzzweck" des § 86 herausgestellt. Dieser solle dazu beitragen, einer Wiederbelebung der NS-Ideologie entgegenzuwirken. Ebendies nimmt auch Kamm für sich in Anspruch, so dass eine Verfolgung geradezu widersinnig ist.

Auch in Niedersachsen hat die Polizei bereits Anfang September ein Plakat beschlagnahmt, das den Schriftzug „Nazis? Nein danke" sowie ein Hakenkreuz in einer Mülltonne zeigt. Politische Rückendeckung erhielt der zuständige Oberstaatsanwalt Burkhard Vonnahme durch den CDU-Innenminister. Und im hessischen Königstein wurde einem Sozialdemokraten, der mit einem Schild mit durchgestrichenem Hakenkreuz gegen einen NPD-Aufmarsch demonstrierte, dieses ebenfalls beschlagnahmt.

Aus Solidarität mit den Verfolgten hängte Bündnis `90/Die Grünen in Berlin ein großes Transparent vor ihrer Parteizentrale auf, das ein Hakenkreuz zeigt, das in einen Mülleimer fällt. Die Berliner Staatsanwaltschaft sieht nach Prüfung keinerlei Grund, ein Ermittlungsverfahren wegen Verstoß gegen den § 86 einzuleiten. Der Berliner Neonazi René Bethage hat entsprechend erfolglos versucht, die Grüne Jugend bei der Justiz anzuschwärzen: eine von jenen verteilte Postkarte mit verfremdeten Hakenkreuzen hatte er mit der Aufforderung zur Einleitung eines Strafverfahrens persönlich zur Polizei gebracht. Erfolglos. Würde die Staatsanwaltschaft überall im Sinne der o.g. Beispiele ermitteln, so müsste sich ihre Arbeit auch gegen eine Einsatzgruppe der brandenburgischen Polizei richten, deren Abzeichen den Landesadler mit einem zerbrochenen Hakenkreuz zeigt, sowie gegen den Weltfußballverband Fifa, der zur WM eine Broschüre herausgegeben hatte, in der u.a. ein Hakenkreuz mit Halteverbotsschild zu sehen war.

Pepe

REP mit neuem Parteiblatt

Des Kaisers neue Kleider

Mit einer neu gestylten Parteizeitung wollen die extrem rechten Republikaner seit dem Sommer neue Mitglieder gewinnen. Zwar heißt das 4-seitige Blatt wie sein Vorgänger Zeit für Protest, allerdings fehlen (bisher zumindest) Meldungen aus dem Parteileben ebenso wie Buchbesprechungen oder Interviews. In kurzen Beiträgen finden sich die inhaltlich bekannten Themen und Positionen der REP – gegen Einwanderung, gegen die EU, für eine Aufwertung der deutschen Nation. Ob das magere Blatt, für das zudem noch 1,25 ? gezahlt werden soll, die Partei aus dem Weg in die politische Bedeutungslosigkeit führt, darf bezweifelt werden. In den vergangenen zwölf Monaten hat sich ein Teil der Aktiven wegen anhaltender Erfolglosigkeit zurückgezogen, andere sind – wie in Hamburg – zur NPD gewechselt. Bei den vergangenen Wahlen hatte die Partei fast immer das Nachsehen gegenüber der NPD. Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus wurden nur 0,9 Prozent erreicht. Nicht mehr 21.836, wie noch im Jahre 2001, sondern nur 11.299 Stimmen wurden für die REP abgegeben. Weil man damit knapp unter der Marke lag, bei der es Wahlkampfkostenerstattung vom Staat gibt, forderte der Berliner REP-Landesverband eine Neuauszählung der Stimmen. Das schlechte Abschneiden der REP in Berlin am 17. September ist auch ein Rückschlag für deren Spitzenkandidaten Björn Clemens. Der hatte bereits vor zwei Jahren den schlechten Zustand der Partei (‚Langeweile', ‚Mutlosigkeit') beklagt und sich im Falle eines Erfolges in Berlin Chancen ausgerechnet, die Nachfolge Rolf Schlierers antreten zu können. Auffällig war zudem, dass REP und NPD in den Berliner Bezirken nicht gleichzeitig antraten – die Stimmen von rechtsaußen konnten damit konzentriert werden. Allerdings reichte das bei den REP nur für einen Sitz in der Bezirksversammlung in Pankow.

Ein Jahr Nazi-Bouitique: Die braune Nordheide kommt nicht zur Ruh

Schnittchen bei Streetwear-Tostedt

Im kleinen Örtchen Todtglüsingen in der Gemeinde Tostedt (Niedersachsen) konnten sich örtliche Neonazis am 4. November Freibier und belegte Brötchen abholen. Grund zum Feiern war das einjährige Jubiläum des Ladens "Streetwear Tostedt" in einem schönen Fachwerkhaus im Ortszentrum. Betrieben wird das Geschäft von Stefan Silar, der schon 1992 als Neunzehnjähriger auf sich aufmerksam machte, als er gemeinsam mit einem weiteren rechten Skinhead den Buxtehuder Kapitän Gustav Schneeclaus aufgrund polischer Differenzen zu Tode prügelte. Diese Tat steigerte sein Ansehen in der Szene so stark, dass er nach seiner Haftentlassung zum Führer der Sektion Nordmark des mittlerweile offiziell verbotenen Neonazi-Netzwerks Blood&Honour aufgestiegen ist. Auch im Zusammenhang mit der Combat18-Pinneberg Gruppe musste er sich wieder vor Gericht verantworten. Der anfängliche Vorwurf der Bildung einer kriminellen Vereinigung endete allerdings für ihn nur in einer Verurteilung wegen Körperverletzung. Combat 18, übersetzt Kampf Adolf Hitler, ist die Terrorabteilung von Blood&Honour und sorgte vor allem in Groß Britannien mit Paketbomben für Schlagzeilen. Das Verbot und die angebliche Zerschlagung der Gruppen scheinen jedoch, wie die enough is enough schon häufig angemerkt hat, keine große Auswirkung zu haben. Noch sechs Jahre nach dem Blood&Honour Verbot im Jahre 2000 verdient Silar seine Brötchen mit der rechten Musik. So organisiert der Neonazi-Ausstatter noch Konzerte, wie am 19. November 2005 in Dibbersen mit der Rostocker Band "Path of Resistance". Für dieses ging er sogar freiwillig vor Gericht und schaffte es mit Hilfe des Anwalts



und Multifunktionärs Jürgen Rieger in erster Instanz durchzusetzen, dass der Polizeieinsatz, der letztendlich zur Auflösung des Konzerts führte, als rechtswidrig erklärt wurde.

Nicht zuletzt verkauft er in seinem Laden Fan-Shirts und Bekleidung von verschiedenen extrem rechten Bands, hat eine große Auswahl von Rechtsrock-CDs mit Testhörständer und sogar T-Shirts mit dem perversen Aufdruck »Combat 18 – Parcel Service«.

Erinnerungen im Alltag

Stolpersteine



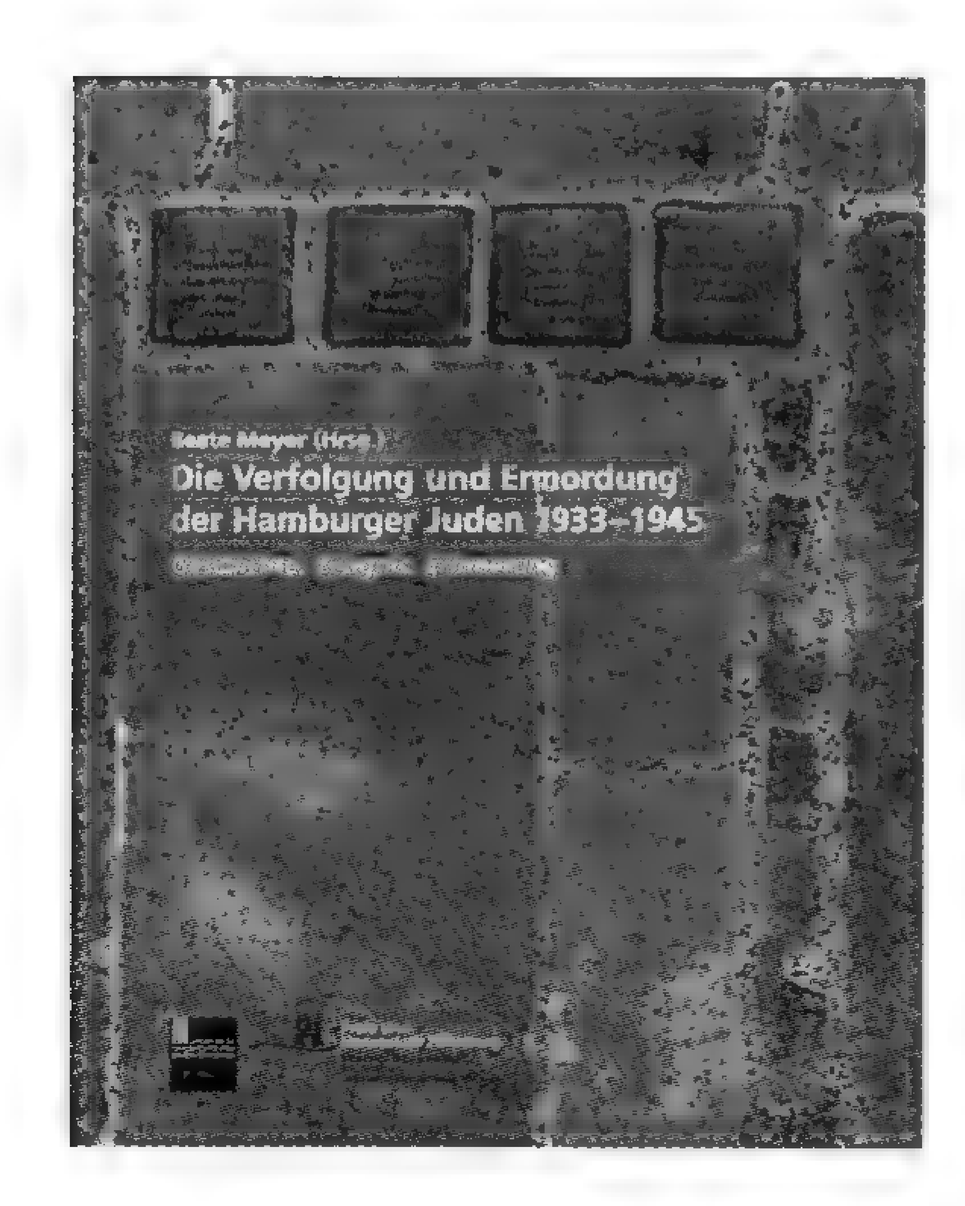
Stolpersteine – das sind jene, in die Fußwege eingelassenen, kaum handtellergroße quadratischen Steine, mit denen an die von den Nazis aus ihren Häusern verschleppten Juden, Sinti und Roma und an die Oppositionellen erinnert werden soll. Was als eine einmalige Aktion des Künstlers Gunther Demnig zum 50. Jahrestag der Deportation der Sinti und Roma begonnen hatte, ist inzwischen an zahlreichen Orten aufgegriffen worden: In über 130 Städten Deutschlands sind bisher mehr als 7.500 Steine verlegt worden.

Während die Initiatoren und Betreuer der Stolperstein-Setzung jeweils unterschiedlich sind – in Kiel etwa die Stadt und die Gewerkschaft ver.di, an anderen Orten Geschichtswerkstätten– wird die Aktion in Hamburg u.a. von Stadtteil-Initiativen getragen (vgl. gesonderten Bericht). In Schleswig-Holstein änderte kürzlich der AKENS (Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein e.V.) seine Satzung, um (zweckgebundene) Spenden für die Verlegung von Stolpersteinen in Lübeck entgegennehmen zu können. In der mecklenburgischen Kleinstadt Lübtheen, einer der Hochburgen der NPD im Bundesland, fand die Verlegung Mitte Juni mit Polit-Prominenz statt. Weil sich unter den Lübtheener NS-Opfern auch Geschwister des Großvaters des heutigen Hamburger Bürgermeisters Ole von Beust befanden, nahm dieser zusammen mit dem Ministerpräsidenten Ringstorff an der Verlegung von Stolpersteinen im Ort teil. Während von Beust die Aktion als „ebenso unaufdringliche wie eindringliche Aktion gegen das Vergessen" lobte, fürchten andere, solche Aktionen dienten manchen Verantwortlichen in städtischen Ämtern dazu, sich auf günstige Art der Verpflichtung zur Erinnerung an die NS-Opfer zu entledigen, da weitergehende Erinnerungsarbeit nicht unterstützt würde. Während an vielen Orten die Aktion von den jüdischen Gemeinden unterstützt wird,

weil verdeutlicht werden könne, dass das, was in Auschwitz im Massenmord endete, mit der Verschleppung aus den Wohnung begann, äußern sich andere ablehnend. Die Bedenken richten sich dann darauf, dass die Stolperstein mit Füßen getreten, evtl. bespuckt und verdreckt werden. Ein Erinnern „Auf Augenhöhe" sei durch das Anbringen von Gedenktafeln an den Häuserwänden möglich. Andere betonen hingegen, dass nicht die Steine als solche die Erinnerung wach halten, sondern die Aktivitäten, die im Vorfeld und später als Aufklärungsarbeit durchgeführt würden.

Die rechte *National-Zeitung* des Verlegers Gerhard Frey versucht unterdessen den Künstler als cleveren Geschäftsmann zu denunzieren, da dieser pro Stein 100 Euro erhalte (– eine wahrlich geringe Summe für die jeweils extra angefertigten Steine), und jammerte herum, dass nun wohl „jedes NS-Opfer in Form der ‚Stolpersteine' auch noch ein eigenes Mahnmal" erhalte.

Jan



Neuerscheinung, gratis erhältlich bei der Landeszentrale für politische Bildung, Altstädter Straße 11, 20095 Hamburg

Herz und Hirn trotzt Blut und Ehre

Wir möchten mit diesem Artikel Anregungen geben zur antifaschistischen Stadtteilarbeit vor Ort. Wir, das sind die BürgerInnen Initiative Jarrestadt. Die Ini umfasst z.Z. 15 regelmäßige MitstreiterInnenn und knapp 50 InteressentInnen.

Als wir uns vor über zwei Jahren gründeten, war unser Viertel sowohl belagert von Nazis, die anlässlich der Wehrmachtsaufstellung auf Kampnagel aufmarschierten, zum anderen auch hermetisch abgeriegelt von Polizisten, die es mittels Personenkontrollen unmöglich machten, eventuellen Protest zu zeigen.

An diesem 31. Januar konnten wir vereinzelt dem Aufgebot noch nichts entgegensetzen. Wir wollten dem Braunen Mob nicht noch einmal widerstandslos unser Viertel überlassen. Beim zweiten Aufmarsch am 27. März schafften wir es als Initiative, gemeinsam mit den BewohnerInnen des Stadtteils mit kleinen Aktivitäten (Flugblättern, Transparenten, lauter Musik, etc) sicht- und hörbaren Protest deutlich zu machen.

Beflügelt durch den gemeinsamen Erfolg beließen wir es nicht bei dem anlassbezogenen Protest, sondern begaben uns auf geschichtliche Spurensuche im Viertel, weil wir mehr über die Geschichte der Jarrestadt während der Nazi-Zeit herausfinden wollten.

Eines dieser Projekte ist die Verlegung von Stolpersteinen. Dies ist eine Aktion des Künstlers Gunther Demnig, der mit seiner Erinnerungsarbeit Zeichen gegen das Vergessen setzt. Es handelt sich um Betonsteine (10x10x10 cm), die in den Boden eingelassen werden. Auf den Steinen ist eine Messingplatte angebracht mit dem Text „hier wohnte-hier lebte" und den Daten zu den Umständen des Todes, der Ermordung, der Vernichtung. Durch unsere bisherige Arbeit haben wir schon über 20 Spuren von Verfolgten, bzw. Ermordeten wiederentdeckt. Zudem haben wir Kontakt aufnehmen können zu den Angehörigen der Kommunistischen Widerstandskämpfer Ernst und Rudolf Stender, sowie Franz Jacob, für die wir am 19. April 2006 die ersten Stolpersteine legen lassen konnten. Weitere Verlegungen werden folgen.

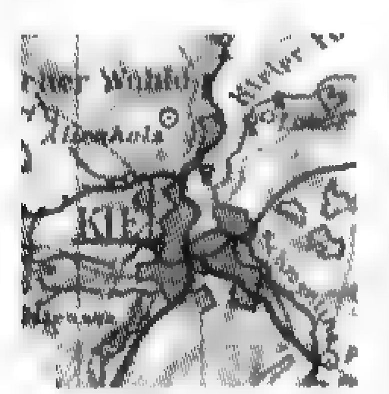
AnwohnerInnen über geschichtliche Spuren stolpern zu lassen, ist ein symbolischer Akt, der ein wichtiger Anstoß ist, um antifaschistische Arbeit im Viertel sichtbar zu machen. Um weiter BewohnerInnen für das Thema zu sensibilisieren und zum Mitmachen zu gewinnen bieten wir im Viertel Stadtteilrundgänge und Veranstaltungen an. Zurückgreifen können wir mittlerweile auf ein breites Netz der Zusammenarbeit von Institutionen aus dem Viertel (z.B. Schule, Kirche, Jarrestadt Archiv, VVN-Nord, GET). Unsere Öffentlichkeitsarbeit wird sehr dadurch unterstützt, dass wir regelmäßig im Wochenblatt erscheinen. Als weitere Projekte beschäftigen wir uns – zusammen mit der VVN-Nord und der GET – mit der derzeitigen Flüchtlingspolitik des Hamburger Senats. Um einerseits über den Tellerrand hinaus zu gucken, aber auch um unsere Erfahrungen mit anderen Hamburgweit auszutauschen, beteiligen wir uns an antifaschistischen Bündnissen und Demos. Dies ist auch notwendig, um uns insgesamt politisch zu beteiligen.

Widerstand ist möglich.

Nachrichten aus der Region

Schon gehört





Kiel

Auch in den Kieler Nachrichten erschien Mitte Juli eine großformatige Anzeige für das neue Buch von Joachim Siegerist. Der langjährige Vorsitzende der Deutsche Konservativen, die mal zur Stärkung des rechten Randes von CDU/CSU aufrufen, mal über die Initiierung einer eigenen Partei nachdenken und selbst schon zur Wahl antraten, versteht das Buch als Biographie. Entsprechend geht es sowohl um seine Kindheit in Kiel als auch seine Verbindungen in den Bereich der Politik. Lesen muss man das nicht...



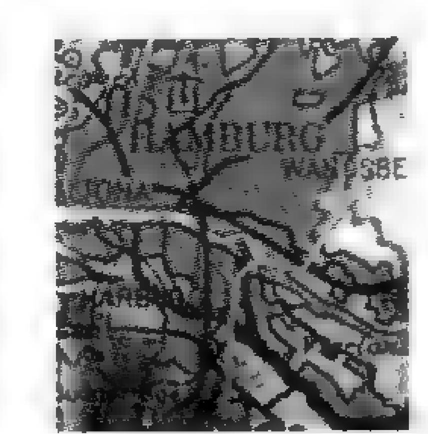
Neumünster

Zu den ehemaligen Angehörigen der verbrecherischen Waffen-SS, die meinen, sich nach dem entsprechenden Bekenntnis von Günter Grass auch noch einmal öffentlich melden zu müssen, gehörte auch Werner Sauerzweig aus Neumünster. Wie er in einem Leserbrief mitteilte, wählte er nicht nur freiwillig die Führerlaufbahn der Waffen-SS, sondern war nach dem Kriege auch noch einer der führenden Aktivisten der HIAG, dem Zusammenschluss der ehemaligen Waffen-SS-Angehörigen.



Stade

Mit Unterstützung des NPD-Bezirks Stade ist der Neonazi/Anwalt Jürgen Rieger (Hamburg) kürzlich in die NPD eingetreten. Als ‚Leiter' der rassistisch-germanischen Artgemeinschaft und bekanntester Jurist der neonazistischen Szene, der über erhebliche Finanzmittel verfügt, war er in den letzten Jahren bereits bei Demonstrationen und Veranstaltungen der NPD aufgetreten und hatte in deren Parteizeitung geschrieben.



Hamburg

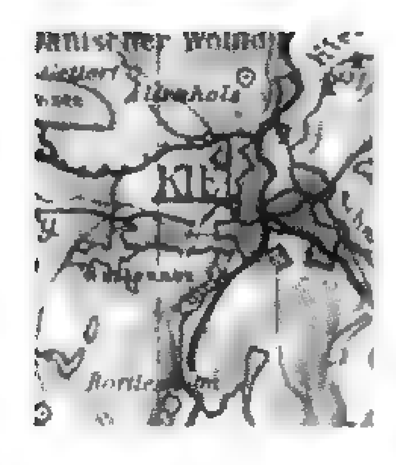
Anlässlich der Schließung des Nazi-Ladens Odin + Freya im Hamburger Stadtteil St. Pauli kam es Ende September noch einmal zu Angriffen der dort feiernden Neonazis auf Passanten und Linke.

Der Laden war im Mai 2005 von Volker Fuchs eröffnet worden und sah sich bald wachsenden Protesten gegenüber; behauptete der Betreiber lange, er habe mit Neonazis nichts zu tun, so konnte seine Teilnahme an deren Veranstaltungen eindeutig dokumentiert werden. Auch bei der Abschlussfeier waren bekannte Neonazis wie Thorsten de Vries und Alexander Hohensee erschienen. Die Schließung erfolgte augrund einer Kündigung durch den Vermieter, nachdem sich immer mehr Leute dort beschwert hatten.



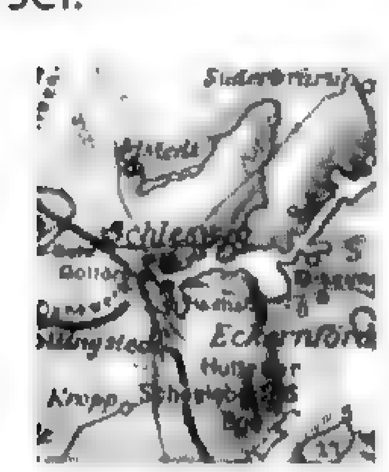
Kiel

Als Redner der 30. Gästewoche, veranstaltet vom Deutschen Kulturwerk Österreich, vom Freundeskreis Ulrich von Hutten und der Deutschen Kulturgemeinschaft Österreich, war im späten September auch der Verleger Dietmar Munier mit einem Vortrag zum Thema „Ausgriff und Leistung der deutschen Hanse" angekündigt. Munier betreibt einen umfangreichen Handel mit faschistischer Literatur; jüngst fand ein Prospekt des Walhalla-Verlages zu Bundeswehr-Literatur Verbreitung, dessen Bestellabschnitt direkt an den von Munier betriebenen Arndt-Verlag zu richten war. Der frühere Aktivist der NPD-Jugendorganisation wurde beim diesjährigen NPD-Pressefest namentlich begrüßt; bei seinem eigenen ‚Lesertreffen' nahmen dieses Jahr in Bayern u.a. Bruno Bandulet (ex-BFB), Bernd Rabehl, Stefan Scheil, Otto Scrinzi und General a.D. Günzel teil. Das nächste Treffen ist für Ende April 2007 angekündigt.



Kiel

Obwohl schon längst im Ruhestand, beklagt sich der in revanchistischen Kreisen noch immer aktive Fritjof Berg gegenüber der Wochenzeitung Jungen Freiheit darüber, dass ihm vor über 20 Jahren bitteres Unrecht widerfahren sei. Berg war damals einer der führenden Aktivisten der im November 1981 gegründeten Kieler Liste für Ausländerbegrenzung (KLA), die dann im März 1982 bei den Kommunalwahlen auf 3,8 Prozent der Stimmen kam. Die KLA war ein Pilotprojekt, um zu testen, inwieweit sich mit rassistischer Hetze kommunale Mandate erobern lassen. In einer Stellungnahme beklagt Berg, dass ihm eine Karriere über das Amt des Regierungsdirektors hinaus verwehrt worden sei.



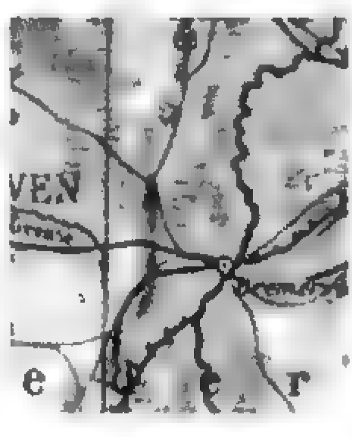
Schleswig

Voller Bewunderung berichten Aktivisten des völkischen Freibund in ihrer Zeitung Na Klar! von einem Besuch bei Dieter Vollmer (Schleswig). Der hochbetagte Faschist war in jungen Jahren beruflich in der NS-Organisation Nordische Gesellschaft (Sitz: Lübeck) tätig. Nach der Niederlage des deutschen Faschismus hielt sich Vollmer Anfang der 1950er Jahre eine Weile in Argentinien auf, wo er am Nazi-Blatt Der Weg/El Sendero mitarbeitete. Später wurde er Sekretär des NS-Helden Ulrich Rudel und schrieb eine Reihe von völkischen Schriften. Lange war er bei der Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft tätig; gelegentlich finden sich noch heute Beiträge in der Zeitschrift Mensch und Maß der antisemitischen Ludendorffer-Bewegung.



Aumühle

Neonazis und Braunzonen-Aktivisten machen sich verstärkt Sorgen um das Grab des NS-Großadmirals und Kriegsverbrechers Karl Dönitz auf dem Waldfriedhof in Aumühle. Als „Retter von Millionen" wird er regelmäßig in der National-Zeitung gefeiert, und Hans-Joachim von Leesen beklagte Anfang des Jahres in der Preußischen Allgemeinen Zeitung, dass Teile der Grabanlage dringend restauriert werden müssten, ein entsprechender Spendenaufruf seitens bundeswehr-naher Verbände jedoch nicht unterstützt worden sei. Die Pflege des Grabes wurde seit dem Tod Dönitz' im Jahre 1981 von Angehörigen der U-Boot-Kameradschaft Hamburg übernommen.



Dörverden

Die Wilhelm Tietjen Stiftung für Fertilisation Ltd. des NPD-Neu-Mitgliedes Jürgen Rieger ist aus dem britischen Handelsregister gelöscht worden. Die Löschung war automatisch eingeleitet worden, weil Rieger bei den Behörden weder einen Jahresabschluss noch einen Jahresbericht eingereicht hatte. Im Grundsatz fällt auch das Vermögen dem britischen Staat zu. Rieger behauptet eine Fortführung der Stiftung/Firma, mit der er in Delmenhorst ein Hotel kaufen wollte.



Hamburg

Am 4. November fand mal wieder ein Neonazi-Konzert mitten in Hamburg statt. Angekündigt waren die Bands Wodan (ehemals Eye of Odin), Blue Max, White Resistance und Words of Anger. Das parallel in Dänemark organisierte Konzert "Deutsch-Dänische Freundschaft" mit den Rechtsrockgrößen Faustrecht, Sniper, Oidoxie, Cherusker und Daneskjold sollte von den örtlichen Nazis boykottiert werden um die lokalen Kameraden zu unterstützen, da der dänische Organisator der Konkurrenz angeblich beim letzten Event einen fünfstelligen Gewinn erzielt haben soll.

Gut versteckt im Vereinshaus einer Kleingartensiedlung in Hamm-Süd feierten so etwas mehr als einhundert Teilnehmer unter Aufsicht der Polizei mit reichlich Bier und Gulaschsuppe. Der Termin lässt darauf schließen, dass Torben Klebe, der als eine der führenden Personen im verbotenen Neonazi-Netzwerk Blood&Honour galt, mal wieder seinen Geburtstag nachgefeiert hat. Im letzten Jahr veranstaltete er ein ähnliches Konzert in einem Raum am Ende der Reeperbahn, in dessen Verlauf es zu starken Protesten und sogar Ausschreitungen gegen die ungebetenen Gäste auf St. Pauli kam.

Internationale Umschau

Extreme Rechte in Österreich wieder bei 15,3 %

Bei den Wahlen zum Nationalrat erreichten die beiden Parteien der extremen Rechten Anfang Oktober zusammen über 15 Prozent. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) wurde mit 11, 2 % drittstärkste Partei. Das nach der Spaltung von Jörg Haider neu gegründete Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) kam – allen Ankündigungen zum Trotz – auf 4,1 %. Hatten manche nach der Spaltung und dem zum Teil schlechten Abschneiden beider Parteien bei Wahlen auf der kommunalen bzw. Länderebene schon von einem ‚Ende des Rechtsextremismus' in Österreich gesprochen, so haben diese Wahlen gezeigt, dass dieser noch immer über eine stabile Anhängerschaft verfügt. Lediglich sein Führungspersonal hatte eine gewisse Formschwäche. FPÖ und BZÖ hatten beide im Wahlkampf auf Rassismus gesetzt (BZÖ-Chef Westenthaler forderte die Deportation von 300.000 Menschen, d.h. vier Prozent der Bevölkerung Österreichs) und sich gegenseitig beschimpft. Vor sechs Jahren hatte die FPÖ, noch unter Haiders Führung, 27 Prozent erhalten und hatte mit der konservativen ÖVP eine Regierungskoalition gebildet. Haider spaltete im Jahr 2002 die Partei, was zu einer schweren FPÖ-Niederlage bei den kurzfristig angesetzten Nationalratswahlen führte.

Wehrmachtssoldaten in Italien verurteilt

Den heute 88-jährigen Herbert Stommel und den früheren Unteroffizier Josef Scheungraber hat ein Militärgericht in La Spezia Ende September zu lebenslanger Haft verurteilt. Die beiden Wehrmachtssoldaten wurden für den Mord an 13 Zivilisten verantwortlich gemacht, die unter dem Deckmantel der ‚Partisanenbekämpfung' im Juni 1944 in einem Bauernhaus bei Cortona in die Luft gesprengt worden waren. Der einzige Überlebende trat in dem Prozess, bei dem die Angeklagten nicht anwesend waren, als Zeuge auf. Der Bürgermeister der Stadt Cortona, Andrea Vagnini, äußerte Befriedigung darüber, dass das begangene Unrecht nun auch als solches festgestellt worden sei.

Europäischer Gerichtshof verhandelt Entschädigungsforderung

Vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) wird seit Ende September die Klage von Überlebenden des Massakers von Kalavryta verhandelt; dort hatten Wehrmachtstruppen 1943 ein Verbrechen an der Bevölkerung begangen, bei dem fast 700 Menschen ermordet wurden. Die Bundesregierung hat die Zahlung von Entschädigung für diese NS-Opfer abgelehnt; griechische Gerichte hingegen hatten die Bundesrepublik Deutschland zur Zahlung von Entschädigungsleistungen verurteilt. Das Verfahren vor dem EuGH, das im Namen der Opfer des NS-Verbrechens vom Oberlandesgericht der griechischen Stadt Patras beantragt wurde, soll nun klären, ob griechische Gerichte über solche Klagen gegen Deutschland entscheiden dürfen. Während sich die Juristen der Bundesregierung auf den internationalen Rechtsgrundsatz der Staatenimmunität berufen, der Klagen im Ausland ausschließt, führen die Kläger die Brüsseler Konvention von 1968 an, die es in Handels- und Zivilklagen möglich macht, in dem Land zu klagen, wo die Tat begangen wurde. Diesen Standpunkt teilt auch die polnische Regierung.

Verschärfung der Asylregelung nach Schweizer Volksbegehren

Scharfe Auseinandersetzungen prägten die Situation in der sommerlichen Schweiz im Vorfeld der Abstimmung über eine drastische Verschärfung der Ausländer- und Asylgesetzgebung. Der entsprechende Entwurf stammt aus dem Justizministerium, an dessen Spitze der Vorsitzende der rechtskonservativen Schweizerischen Volkspartei (SVP), Chriszoph Blocher, steht. Er sieht u.a. vor, dass Flüchtlinge abgewiesen werden können, wenn sie nicht innerhalb von 48 Stunden einen gültigen Pass vorweisen können; Geburtsurkunden o.ä. werden nicht mehr akzeptiert. Personen, die illegalisierte Flüchtlinge unterstützen oder beschäftigen, können mit hohen Geld- oder mit Haftstrafen belangt werden. Für abgelehnte AsylbewerberInnen soll es nur noch ein Bett, Essen und medizinische Grundversorgung geben.

Obwohl das Hochkommissariat für Flüchtlinge der UNO deutlich gemacht hat, dass das Gesetz gegen die auch von der Schweiz unterzeichnete Flüchtlingskonvention von 1951 verstößt, und sich selbst in konservativen Kreisen Widerspruch regte, stimmten über zwei Drittel der WählerInnen für diese Verschärfungen. Bei einer Abstimmung vor vier Jahren war Blocher noch gescheitert. Mit dem aktuellen, durch eine Hetzkampagne Blochers herbeigeführten Ergebnis gibt sich die Schweizer Rechte jedoch nicht zufrieden. Blocher und SVP-Generaldirektor Uli Maurer forderten weitere Verschärfungen und kündigten für den Herbst 2007 eine Kampagne gegen die „zunehmende Islamisierung der Schweiz" an.

Deutscher Neonazi in den Niederlanden verurteilt

Der seit einigen Jahren in den Niederlanden lebende Neonazi Michael Krick

ist wegen einer Gewalttat gegen einen Migranten zu zwei Jahren und zwei Monaten Haft verurteilt worden. Das Gericht sah in Krick den Haupttäter der am 20. Mai 2006 in Papendrecht begangenen Tat. Zwei Mittäter erhielten Haftstrafen von 14 bzw. 16 Monaten.

Waffen-SS-Mann Kam vor Auslieferung nach Dänemark

Nachdem bereits seit längerem Bemühungen liefen, doch noch die Auslieferung des im bayerischen Kempen lebenden ex-Waffen-SS-Offiziers Sören Kam nach Dänemark zu erreichen, ist der Mann im September inhaftiert worden. Ihm wird vorgeworfen, 1943 einen dänischen Widerstandskämpfer ermordet zu haben. Als gebürtiger Däne hatte sich Kam nach dem Krieg der Strafverfolgung durch dänische Behörden entzogen, indem er sich nach Deutschland begab und die deutsche Staatsangehörigkeit annahm. Kam erhielt von den Nazis das Ritterkreuz und nahm noch in den vergangenen Jahren an Treffen teil, bei denen der vergangenen ‚Waffen-Taten' wohlwollend gedacht wurde. Entsprechend sprang ihm sogleich die National-Zeitung von Gerhard Frey bei.

Rassismus im EU-Parlament

Mit beleidigenden Äußerungen hat sich der bulgarische EU-Beobachter Dimitar Stojanow hervorgetan; angesichts der Ernennung der ungarischen Europaparlamentariern Livia Jaroka zur „Abgeordneten des Jahres" nahm er Bezug auf deren Zugehörigkeit zur Bevölkerungsgruppe der Roma und sagte, dass es in Bulgarien „viel hübschere Zigeunerinnen" gebe: „Die schönsten sind die teuersten. 5000 Euro das Stück". Aus Bulgarien und dem Europaparlament gab es zahlreiche Stimmen, die den Rücktritt Stojanows wegen dieser rassistischen und sexistischen Äußerungen forderten. Stojanow ist Mitglied der nationalistischen und aggressiv rassistisch auftretenden Partei Ataka (Attacke), die im Sommer 2005 bei den Parlamentswahlen mit 8% der Stimmen zur viertstärksten Kraft aufstieg. In Sofia führt sie eine Kampagne durch, die zum Ziel hat, die Muezzin-Rufe von der größten Moschee des Landes zum Schweigen zu bringen.

Extreme Rechte nutzt Proteste in Ungarn

An den großen und zum Teil gewaltsam ausgetragenen Massenprotesten in Ungarn haben im September auch zahlreiche Angehörige und Sympathisanten der extremen Rechten des Landes teilgenommen. Die Proteste waren ausgebrochen, nachdem bekannt geworden war, dass Premier Ferenc Gyurcsány gegenüber Parteifreunden unumwunden eingeräumt hatte, die Bevölkerung vor den Wahlen über die ökonomische Lage belogen zu haben. In der Menge der Demonstrierenden waren zahlreiche Àrpád-Banner der Faschisten mit ihren acht roten und acht weißen Streifen zu sehen; als Redner erhielten auch die Vertreter der extremen Rechten, so etwa Lásló Toroczkai von der Organisation 64 Burgkomitate Beifall; diese Gruppe tritt für ein Großungarn in den Grenzen von 1918 ein und kann sich dabei auch auf Zustimmung bis tief ins bürgerliche Lager berufen. Die gewalttätigen Aktionen richteten sich u.a. gegen ein sowjetisches Ehrenmal.

Belgien: Extreme Rechte legt zu, verpasst aber den Durchbruch

Bei den Wahlen zu den Kommunalparlamenten hat die extreme Rechte Anfang Oktober weitere Stimmenzugewinne erzielt und wurde in einigen Städten und Gemeinden stärkste Partei. So gelang es dem Vlaams Belang (VB) in Oostende bei einem Zugewinn von mehr als acht Prozent auf 18 % der Stimmen der WählerInnen zu kommen. In der Stadt Schoten wurde der VB mit 34,7 % stärkste Partei und hofft nun auf eine Koalition mit der von den flämischen Liberalen abgespaltenen Gruppierung Vlot. In der Provinz Antwerpen wurde er mit 28,4 Prozent stärkste Partei. Während die Erfolge des VB im flämischen Teil des Landes erwartet worden waren, gab es auch im französisch-sprachigen Landesteil Erfolge für die rassistische Rechte. Verschiedene Parteien der extremen Rechten kamen zusammen auf bis zu 14 Prozent und konnten in bisherigen sozialistischen Hochburgen wie Charleroi punkten. In der Stadt Mons holte der organisatorisch schwache Front National, der von einem rechtskräftig verurteilten Kleinkrimellen geführt wird, auf Anhieb acht Prozent der Stimmen.

Angesichts dieser Entwicklung mutet es fast als zynisch an, wenn die Stabilisierung des Vlaams Belang in Antwerpen (33,5 %) als Misserfolg des dortigen Spitzenkandidaten und Parteichefs Filip Dewinter gewertet wird – immerhin war befürchtet worden, dass der VB den nächsten Bürgermeister der Großstadt stellt. Eine breite öffentliche Mobilisierung, zu der auch kurz vor der Wahl ein großes Konzert mit über 40.000 BesucherInnen zählte, hatte die politische Stimmung in der Stadt nachhaltig beeinflusst und so ein weiteres Anwachsen der VB-Stimmen verhindert. Aus Sicht des VB ist das Ergebnis allerdings eine gute Ausgangsbasis für die Wahlen im Jahr 2007.

Erst im Mai 2006 hat der rassistische Doppelmord an einer jungen Afrikanerin und einem zweijährigen Mädchen kurzfristig für große Aufregung in Bel-

gien gesorgt und eine Diskussion über die Verschärfung des Waffengesetzes ausgelöst. Der rassistische Täter, Hans Van Themsche, stammt aus einer extrem rechts eingestellten Familie. Seine Tante ist VB-Abgeordnete, sein Großvater kämpfte mit der Wehrmacht an der Ostfront. Eine grundlegende Debatte über rassistische Strukturen und verbreitete Ablehnung gegenüber MigrantInnen in der belgischen Gesellschaft hat es jedoch nicht gegeben. Wie eine Studie der Katholischen Universität in Löwen kürzlich ergab, finden 60 Prozent der flämischen Jugendlichen ausländische Zuwanderer „bedrohlich". Der VB hat in den letzten Jahren insbesondere auf das Feindbild „Islam" gesetzt, um seine Anhängerschaft auszuweiten. Paradoxerweise hat dies dazu geführt, dass er auch aus Kreisen der Antwerpener Juden Unterstützung erhält.

Extreme Rechte bei Wahl in Schweden erfolgreich

Mit Stimmengewinnen und einem Zuwachs für die extrem rechten Sverigedemokraterna (Schwedendemokraten) endete die Reichstagswahl in Schweden Ende September. Nahezu drei Prozent (162.463 Stimmen) auf nationaler Ebene und die Vervierfachung der kommunalen Mandate (von 49 Sitzen in 29 Gemeinden auf 200 in über 80 Gemeinden) markieren den Erfolg der Partei, die nun in den nächsten vier Jahren 4,5 Millionen ? staatliche Finanzierung erhält. Die noch weiter rechts stehenden Parteien Nationaldemokraten und die Nationalsozialistische Front erhielten 3.064 Stimmen (0,06 %) bzw. 1.417 Stimmen (0,03 %). Zustimmung erfuhren die SD insbesondere im Süden des Landes. In der Hafenstadt Landskrona konnten die SD ihren Stimmenanteil um 8,4 Prozent auf nun 21,2 Prozent steigern.

USA weisen ehemalige KZ-Wärterin aus

Mit der Begründung, sie sei im deutschen Faschismus Aufseherin im KZ Ravensbrück gewesen, haben die US-Behörden im Herbst die deutsche Staatsbürgerin Elfriede Lina Rinkel (geb. Huth) ausgewiesen. Die 84-Jährige habe zugegeben, dort von Juni 1944 bis Mai 1945 eingesetzt gewesen zu sein und sich dabei auch eines abgerichteten Hundes bedient zu haben. Im KZ Ravensbrück waren über 130.000 Frauen und 20.000 Männer eingesperrt und der Willkür der Bewacher ausgesetzt.

Extreme Rechte in der Slowakei an Regierung beteiligt

In der Slowakei wurde im Juli eine gemeinsame Regierung von der sozialdemokratischen Smer-SD mit der extrem rechten Slowakischen Nationalpartei (SNS) gebildet. Obwohl der Smer-SD-Vorsitzende Robert Fico vor einem solchen Schritt ausdrücklich von der sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament gewarnt worden war, kam das Bündnis mit der SNS zustande, die in der Tradition des slowakischen Faschismus steht und ein antisemitisches und minderheitenfeindliches Profil hat. Dementsprechend äußerten sich Vertreter der ungarischen Bevölkerungsgruppe besorgt über diese politische Aufwertung der SNS, die von Ján Slota geführt wird. Der hatte mit Blick auf die in der Slowakei lebenden Menschen mit ungarischem Hintergrund in einem Interview mit der Prager Zeitung Lidove noviny bedauert, dass man diese nach dem Zweiten Weltkrieg nicht vertrieben habe. Slota regiert seit 1990 die nordslowakische Stadt Îilina, eine Hochburg des slowakischen Nationalismus. Vertreter der SNS, die bei den Wahlen am 17. Juni drittstärkste Kraft wurde und 20 (von 150) Abgeordnete stellt, hetzen auch gegen Roma.

Strafen gegen Schweizer Nazi-Skins verschärft

Mitte Mai hat das Thurgauer Obergericht die Strafen gegen sechs Neonazis verschärft, die im April 2003 in Frauenfeld zwei Jugendliche verprügelt hatten. Im Berufungsprozess stufte das Gericht die Tat als versuchte Tötung ein und erhöhte die Strafen der Angeklagten um ein Jahr (jetzt 5-6 ? Jahre Zuchthaus). Das Opfer erlitt schwere Hirnverletzungen, deren Folgen in sein Leben lang behindern.

Verbot der Radikalen Partei in Serbien gefordert

Bei einer Demonstration haben einige Tausend SerbInnen Mitte Juni das Verbot der ultranationalistischen Radikalen Partei gefordert. Diese war früher an der Regierung von Slobodan Milosevic beteiligt; nachdem ein Abgeordneter der Partei die Landwirtschaftsministerin Ivana Dulic-Markovic wegen ihrer kroatischen Herkunft beleidigt hatte, kam es zu der Forderung nach dem Verbot. Eine entsprechende Petition, die ebenso wie die Demonstration von der pro-westlichen Partei G17 Plus organisiert wurde, fand ebenfalls Tausende UnterstützerInnen.

Neues Museum in Oslo erinnert an Kollaboration mit den Nazis

In der norwegischen Hauptstadt wurde im Spätsommer ein Museum eröffnet, das die Beteiligung von norwegischen Personen und Institutionen am Holocaust erforschen und dokumentieren soll. In der Eröffnungsausstellung wird denn auch gezeigt, dass nur etwa die Hälfte der jüdischen Bevölkerung vor den Nazis ins neutrale Schweden flüchten konnte. Die übrigen wurden

in die KZs verschleppt, 745 von ihnen dort ermordet. Die Villa Grande, in der sich das Museum befindet, war zwischen 1940 und 1945 die Residenz des norwegischen Nazi-Handlangers Vidkun Quisling. Nun wird in ihr die Erinnerung an die NS-Verbrechen und die Beteiligung von Norwegern daran wach gehalten.

Le Pen tritt bei Präsidentschaftswahl an

Zum fünften Mal will der Vorsitzende des extrem rechten Front National, Jean-Marie Le Pen, an der im Frühjahr bevorstehenden Präsidentschaftswahl teilnehmen. Entsprechend häufig nutzt Le Pen seit Monaten die Gelegenheit, vor Gesinnungsfreunden aufzutreten, um schon einmal für sich zu werben. Le Pen könnte davon profitieren, dass auch Innenminister Nicolas Sarkozy mit Forderungen und Maßnahmen gegen Migration und Migranten Wahlkampf macht. Immerhin sind mindestens ein Drittel der Franzosen der Ansicht, dass Le Pen „ihren Sorgen nahe steht". Meinungsumfragen sahen Le Pen Ende August bei 14 bis 18 Prozent. Möglicherweise kommt es im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen auch zu einer Annäherung der verschiedenen Parteien der extremen Rechten und des rechtskatholischen Mouvement pour la France (MPF). Denn schon im April hatte Le Pen den Gedanken einer Union patriotique zur Sammlung dieser Kräfte ins Spiel gebracht.

Antisemitische Gruppe in Frankreich verboten

Unter Berufung auf ein Gesetz, das 1936 zur Abwehr faschistischer Organisationen erlassen worden war, hat die französische Regierung Ende Juli auf Initiative des französischen Innenministeriums die Gruppe Tribu Ka verboten. Die Organisation besteht vor allem aus Angehörigen ethnischer Minderheiten und hatte im Mai für einen Skandal gesorgt, als sie im alten jüdischen Viertel von Paris mit antisemitischen Hetzparolen durch die Rue des Rosiers gezogen war. Die einige Dutzend Köpfe zählende Gruppe hat auf ihrer Internetseite u.a. einen Schimpansen mit Davidstern abgebildet; ihre Mitglieder haben sich vom Islam abgewandt, weil ihnen dieser nicht radikal genug scheint, verehren nun ägyptische Gottheiten und propagieren die Überlegenheit der Schwarzen.

Nazi-Soldaten in Belgien aufgeflogen

Bei einer Razzia in Wohnungen und Kasernen ist Anfang September die Existenz einer neonazistischen Soldatengruppe aufgedeckt worden, die einen Staatsstreich in Belgien plante. Dabei wurden neben Propagandamaterial auch Waffen und eine fertige Rucksackbombe gefunden. Die Gruppe mit dem Namen Bloed-Bodem-Eer-Trouw (Blut-Land-Ehre-Ruhm) gilt als Abspaltung der international operierenden Neonazi-Struktur Blood & Honour, die in der Bundesrepublik vor einigen Jahren verboten wurde. Sie verfügt über Kontakte zumindest zur niederländischen Gruppe De Nationale Alliantie. Die Rekrutierung und die militärische Ausbildung der Mitglieder der BBET fanden auch in Kasernen statt, da die Mehrheit der zunächst Festgenommenen (11 von 17) Soldaten sind. Der Militärminister sagte in einer Stellungnahme, dass es sich bei der Gruppe lediglich um wenige ‚schwarze Schafe' handele, die den guten Ruf der Armee nicht beeinträchtigen könnten. Auch an der Spitze anderer neonazistischer Gruppen, wie etwa des Vlaamse militanten ordre oder der Westland New Post stehen Ex-Soldaten. Bei den Waffenlieferanten der Gruppe wurden über 100 Waffen sowie kugelsichere Westen und Gasmasken sichergestellt.

Wenig Interesse für Holocaust-Karikaturen im Iran

Mit antisemitischen Äußerungen und der Drohung, den Staat Israel vernichten zu wollen, hat der iranische Staatspräsident Ahmadineschad wiederholt für internationale Schlagzeilen gesorgt. Auch über Pläne regierungsnaher iranischer Institutionen, eine Konferenz über den Holocaust abhalten zu wollen, war in Deutschland berichtet worden – nicht zuletzt, weil es Hinweise auf eine Teilnahme deutscher Neonazis wie Horst Mahler gab. Nun wurde im August in Teheran das Museum für die zeitgenössische palästinensischen Künste eröffnet – ausgerechnet mit einer Ausstellung über Holocaust-Karikaturen. Zahlreiche Motive und Werke machen die Juden für die Kriege und das Ungemach dieser Welt verantwortlich und stellen sie mit den NS-Verbrechern auf eine Stufe. Der Hass auf die Juden, oder ‚die Zionisten', beherrscht die Ausstellung.

Aus den – nach offiziellen Angaben – 1190 Zeichnungen, die aus 64 Ländern eingesandt wurden, seien 204 ausgewählt worden. Darunter auch solche, die Juden – im Stile des NS-Hetzschrift Stürmer – mit Hakennase und geflochtenen Schläfenlocken abbilden oder sie mit Fledermäusen oder Hunden vergleichen. Nach Auskunft westlicher Journalisten, die die Ausstellung in Augenschein nahmen, hält sich das Interesse der Bevölkerung in Grenzen.

Dänemark: Dansk Front als Sammelbecken der Neonazis

Nordmacht?



In der Vergangenheit war die Entwicklung der Nazi-Bewegung in Dänemark sehr unstetig, mit vielen Aufs und Abs verbunden. Das vergangene Jahr nun war besonders intensiv, es gab große Medienaufmerksamkeit, Konfrontationen und politische Reaktionen, und eine der größten Nazi-Offensiven der Vergangenheit konnte erfolgreich gestoppt werden.

Die Nazi-Bewegung in Dänemark besteht seit den 1990er Jahren aus zwei Strömungen – einerseits die DNSB (Dänische Nationalsozialistische Bewegung), in der die Hitler-Verehrer organisiert sind und die eine eindeutig antisemitische und revisionistische Politik und auf der anderen Seite haben sich die militanteren Nazis in der Blood & Honour-Bewegung zusammengefunden, die neben der Organisation von Konzerten und dem dazugehörigen Merchandising vor allem gewalttätige Angriffe auf MigrantInnen und AntifaschistInnen durchführt. In den letzten Jahren jedoch hat sich die Szene zusammengefunden und in einer einzigen Organisation konsolidiert – in der Dansk Front (Dänische Front).

Die Dansk Front wurde offiziell im Sommer 2002 gegründet, trat jedoch im ersten Jahr nur als Internet Info Portal auf. Im Jahr 2003 erweiterte die Dansk Front ihre Aktivitäten, wobei Angehörige der rassistischen Hooligan-Gruppe White Pride aus Aarhus die Führung übernahmen. Der politische und organisatorische Einfluss war in Aarhus zentralisiert, nicht zuletzt, weil die dortigen Anführer nicht nur faschistische Hools waren, sondern auch politische Absicherung in der Jugendorganisation der Dansk Folkeparti hatten. Die Dansk Folkeparti ist die rechte Partei im dänischen Parlament. Innerhalb kurzer Zeit gelang es der Dansk Front, die gesamte extreme Rechte zu sammeln – angefangen von unzufriedenen Mitgliedern der Dansk Folkeparti bis hin zu Hardcore-Nazis aus den Reihen von Blood & Honour und der DNSB. Zahlreiche der kleinen anti-muslimischen Organisationen verschwanden mit der Entstehung der Dansk Front.

Von Anfang an war die Hooligan-Szene das wichtigste Rekrutierungsfeld der Dansk Front. Im Grundsatz ist diese Szene von rassistischen Tendenzen bestimmt, und mit der Entstehung der Dansk Front gab es für viele Hools dort die Möglichkeit, neue Freunde zu finden, und gleichzeitig neue Feinde in der fortgesetzten Suche nach Schlägereien. Für die Dansk Front waren die Hooligans der ideale Partner, denn sie waren bereit, für ihr Land zu kämpfen, und viele von ihnen waren bereits rassistisch eingestellt.

Wie bereits erwähnt, schloss sich auch die Blood & Honour Bewegung der Dansk Front an. Zwar war die dänische B&H-Gruppe recht klein, aber dafür waren es erfahrene Leute, die nun bei der Dansk Front mitmachten und dort rasch einflussreiche Positionen besetzten. Einige von ihnen setzten unter der Bezeichnung Nordvind Records (Sitz des Unternehmens: elsingborg/Schweden) auch die Produktion von Nazi-Waren und -Musik fort. Im August 2005 wurde die dänische Sektion von B&H offiziell aufgelöst, direkt nach dem Rudolf-Hess-Marsch in Kolding. Dieser war von den bisherigen B&H-Strukturen in Dänemark organisiert, aber vor allem von deutschen Neonazis besucht worden.

Der wichtigste Grund, warum der öffentlich nicht angekündigte Hess-Marsch in Dänemark stattfand, ist Stephan Gunther, ein deutscher Nazis, der in Dänemark lebt. Er spielt eine zentrale Rolle im skandinavischen Netzwerk der Neonazis, da er gute Kontakte zu allen Nazi-Gruppen in Dänemark und Schweden hat und enge Verbin-

dungen zu den Anführern der deutschen Szene. Er bemüht sich insbesondere darum, die norddeutsche Nazi-Szene mit der in Skandinavien zu verknüpfen. So organisiert er Busfahrten von schwedischen und dänischen Nazis zu Nazi-Aktionen in Deutschland; außerdem lädt er Nazi-Musikgruppen aus Deutschland zu Konzerten in diese beiden Länder ein.

Obwohl Aarhus von Anfang an der Hauptstützpunkt der Dansk Front war, gelang es der Gruppe auch, in Kopenhagen eine Gruppe aufzubauen. Diese wurde jedoch heftig von AntifaschistInnen angegriffen. Im Herbst 2003 trafen sich Mitglieder der nun aufgelösten B&H-Struktur mit vor Ort lebenden Rassisten und Hools und gründeten die Gruppe. In den folgenden sechs Monaten gelang es ihnen, eine beachtliche Gruppe junger Hooligans zusammenzubringen. Im Juni 2004 wurde eine kleine Gruppe der Anführer nach einem Treffen der Kopenhagener Ortsgruppe der Dansk Front heftig zusammengeschlagen. Diese Aktion führte dazu, dass viele der Jüngeren wieder absprangen und die Gruppe zerfiel. Im Herbst 2004 gab es einen Versuch der erneuten Organisierung, aber auch dieser scheiterte, als ein Treffen von AntifaschistInnen mit Knüppeln und Flaschen angegriffen wurde. Die Gruppe zerfiel erneut und die jüngeren Hools aus dem Raum Kopenhagen scheinen das Interesse an Nazi-Aktivitäten verloren zu haben. Im Frühjahr 2006 versuchte die Dansk Front in Kopenhagen im Windschatten des Streits um die sogenannten Mohammed-Karikaturen mit einer neuen Führung eine dauerhafte Offensive auf den Straßen der Stadt durchzuführen – inklusive Angriffen auf gewaltfreie AntirassistInnen. Dies war der Versuch, den Antifas die Kontrolle der Straße zu entreissen. Diese Offensive wurde jedoch gestoppt, indem AntifaschistInnen wiederholt Nazis angriffen, die sich im Kopenhagener Stadtzentrum aufhielten. In den vergangenen Monaten ist es recht ruhig geworden in der Stadt.



Während der sogenannten Mohammed-Krise im Winter 2005/6 konnte das Netzwerk der Dansk Front zahlreiche neue Anhänger gewinnen. Außerhalb Kopenhagens gelang es der Organisation auch, die meisten bei der Stange zu halten. Dies hat zu vermehrten Angriffen auf AntirassistInnen geführt.

Der Sommer hat der Dansk Front einige unerfreuliche Vorfälle gebracht. Am 10. Juli wurde der Öffentlichkeit bekanntgemacht, dass der Sprecher der Gruppe, Julius Børgesen, heimlich festgenommen worden war, weil ihm „der Versuch zur Ermutigung der Ermordung des dänischen Innenministers" und der Besitz zweier halbautomatischer Waffen vorgeworfen worden war. Das trug dazu bei, dass das Image der Dansk Front, nur 'besorgte Bürger' zu sein, erheblichen Schaden nahm. Nicht einmal zwei Wochen nach Bekanntwerden dieser Verhaftung outete die dänische Boulevardzeitung Ekstra Bladet – in Kooperation mit der dänischen Recherchegruppe Researchkollektivet Redox – alle Kader der Dansk Front in einem fünfseitigen Artikel.

Das Dansk Front-Netzwerk trat in diesem Jahr zwar mit ihrer größten Offensive auf und hatte die besten Chancen, junge Rassisten zu gewinnen, aber dank fortgesetzter Angriffe seitens der Medien und militanter Antifas steht das Nazi-Netzwerk jetzt wieder dort, wo es sich vor der sogenannten Mohammed-Krise befand. Das einzige, was sich geändert hat, ist, dass die meisten ihrer Anführer nun öffentlich bekannt sind und ihr Sprecher inhaftiert ist...

Russland: Gewalt und Terror gegen Migranten und Linke nimmt zu

Ostmacht?

Anfang September kam es in der Stadt Kondopoga im russischen Teil Kareliens zu einem mehrtätigen Pogrom gegen Personen aus dem Kaukasus. Auslöser war eine Schlägerei in dem Cafe Tschajka, das von einem Tschetschenen betrieben wird. Dabei war ein Mensch getötet worden. Nationalistische Stimmen in der Stadt verbreiteten anschließend die Version, dass es sich um einen „Konflikt zwischen verschiedenen Völkern" handele und riefen zu einer Demonstration auf, an der sich etwa 2.000 Leute beteiligten. Die Aktion wurde von Vertretern der extrem rechten Bewegung gegen illegale Einwanderung zur Verbreitung von rassistischer Hetze genutzt und endete mit der Aufforderung der Demonstration an die Behörden, innerhalb von 24 Stunden alle KaukasierInnen aus der Stadt zu deportieren. Darüber hinaus sollte der städtische Basar geschlossen und an „Slawen" übergeben werden. Diesen Forderungen wurde durch zahlreiche Gewalttaten, z.B. das in-Brand-stecken von Marktständen von Kaukasiern und des o.g. Cafes, Nachdruck verliehen.

Während die Behörden der Stadt die rassistischen Angriffe als Konflikte des alltäglichen Lebens herunterzuspielen versuchte, sind sie doch typisch für eine verbreitete Ablehnung alles „Nichtrussischen" in erheblichen Teilen der russischen Bevölkerung. Die Zahl der Überfall auf Angehörige anderer Bevölkerungsgruppen hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Nach Angaben des Moskauer Büros für Menschenrechte wurden 2004 sieben Menschen aus rassistischen Gründen umgebracht, im Jahr 2005 zehn und im laufenden Jahr bereits 18. In Moskau warfen Rassisten Mitte August eine Bombe auf einen Basar im Stadtteil Ismailowo, durch den zehn Menschen, darunter die Hälfte mit chinesischen Migrationshintergrund, getötet wurden.

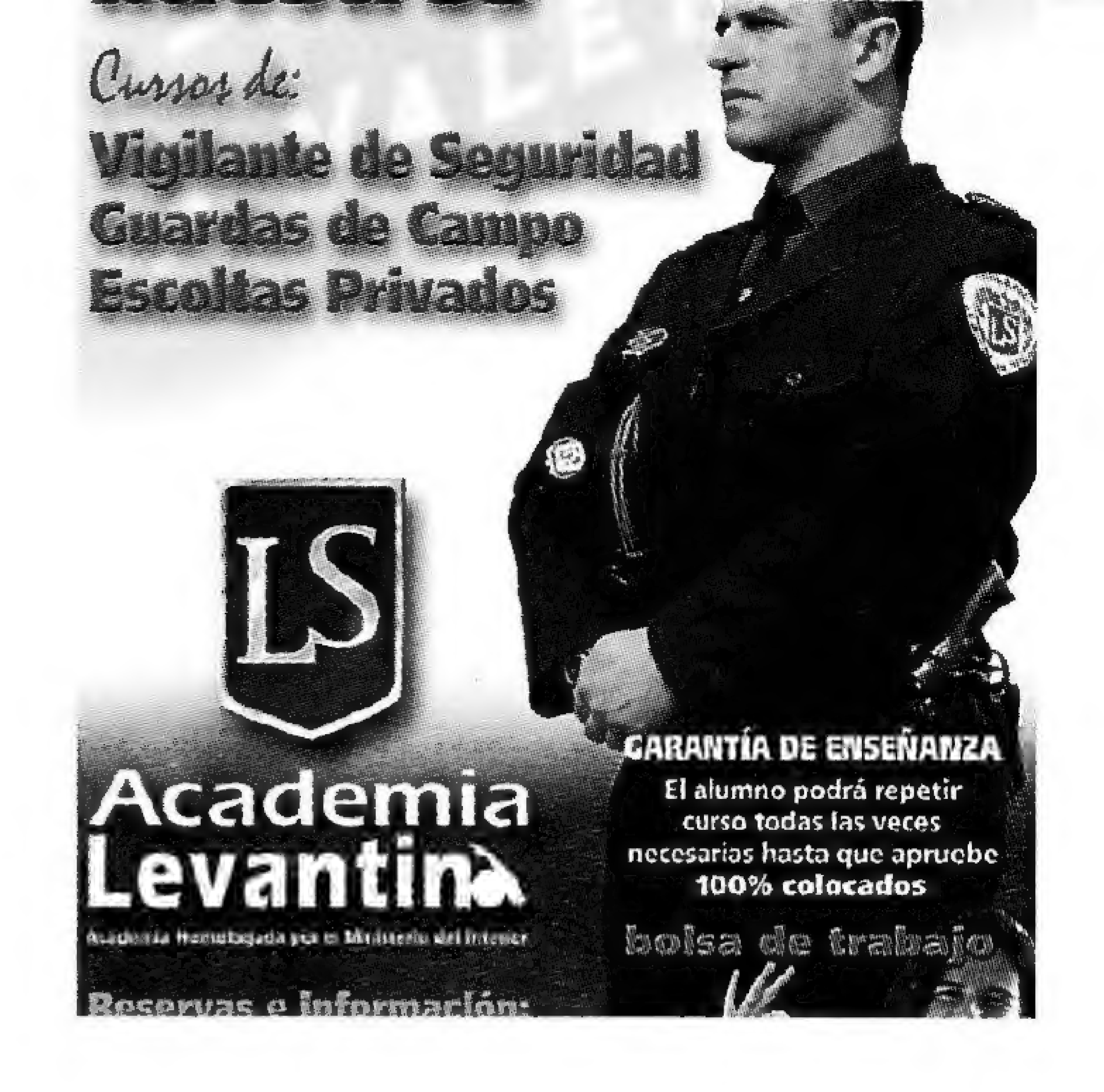
Die Täter hatten bereits vorher auch an schwulenfeindlichen Aktionen teilgenommen. Ende Mai war es in Moskau zu brutalen Angriffen von Nazi-Skinheads und Faschisten auf eine Homosexuellen-Demonstration gekommen. Diese Aktionen wurden von der russischen Miliz nicht unterbunden und das Gros der russischen Politiker gibt den Schwulen die Schuld, denn diese würden „abweichendes Verhalten öffentlich zur Schau stellen".

Auch wenn die Behörden meist von ‚unorganisierten Einzeltätern' sprechen, so ist doch deutlich, dass es sich um vernetzte Strukturen handelt, die u.a. das Internet zur Kommunikation nutzen. Nach dem Pogrom in Kondopoga wurden auch in Petrosawodsk rassistische Aktionen organisiert. Zu den Anführern der Bewegung gegen illegale Einwanderun gehört Alexej Kondurin, der die absurde Behauptung vertritt, dass sich nach dem Zerfall der Sowjetunion „die Juden alles unter den Nagel gerissen hätten". Sein Assistent, der 29-jährige Igor Pudowkin, sieht in Hitler ein großes Vorbild für seine Bewegung. Der Vorsitzende der Bewegung, Alexander Below, war bereits in der antisemitischen Pamjat-Gruppe aktiv und tritt in letzter Zeit öfter im Fernsehen auf.

Nach wissenschaftlichen Schätzungen gibt es in Russland derzeit mindestens 30.000 Nazi-Skins; in Moskau finden sich zu Nazi-Demonstrationen 2.000 bis 3.000 Teilnehmende ein – so etwa am 4. November 2005 anlässlich des erstmals begangenen Feiertags der ‚Nationalen Einheit'. Neben bereits länger existierenden Gruppen wie den Schwarzhundertschaftlern gibt es u.a. die Russische Nationale Einheit (RNE), die sich in die Gruppe um Alexander Barkaschow (etwa 1.000 Personen) und die der Brüder Lalotschkin (etwa 3.000 Personen) aufteilt. Außerdem sind die Russische Wiedergeburt um Oleg Kassin und Juri Wasin sowie der Slawische Bund unter Führung von Dmitri Djomuschkins aktiv; in mehr als 30 Regionen tritt die rassistische Nationale Volkspartei mit Alexander Iwanow-Sucharewski an der Spitze auf sowie – vor allem in St. Petersburg – die Partei der Freiheit. Ihr steht Juri Beljajew vor.

Die rassistischen Gewalttäter bewegen sich in einer gesellschaftlichen Stimmung, wo über die Hälfte der Bevölkerung nationalistischen Losungen („Russland den Russen") zustimmt und die generelle Ausweisung von Angehörigen der kaukasischen Bevölkerung fordert. Auch die russisch-orthodoxe Kirche mit ihrem Nationalismus hat in den vergangenen Jahren wieder Einfluss gewonnen; obwohl Religionsunterricht an Schulen formal noch immer verboten ist, fndet dieser immer häufiger unter der Bezeichnung „Grundlagen orthodoxer Kultur" statt. So wird ein Wertesystem verbreitet, dass das Russisch-Slawische zur unumstrittenen Norm erklärt und sich gegen Multikulturalität und Ausweitung demokratischer Rechte wendet.

Kommt es – was selten genug geschieht – zu Prozessen gegen die Gewalttäter, die wiederholt auch gegen AntifaschistInnen vorgegangen sind, so stellen Polizei und Staatsanwaltschaft die Tat häufig als unpolitisches Rowdytum dar. Eine der wenigen ernstzunehmenden staatlichen Aktivitäten gegen die extreme Rechte fand Ende Mai 2006 statt. Bei mehreren Razzien wurden Waffen, Sprengstoff und neonazistisches Material bei Angehörigen einer neonazistischen Gruppe in St. Petersburg gefunden. Deren Anführer, Aleksei Voyevodin war im Dezember 2005 wegen Aufstachelung zum Rassenhass zu drei Jahren Haft verurteilt worden. Ein anderer Anführer, Dmitri Borovikow, war beim Festnahmeversuch von der Polizei erschossen worden. Die Behörden gehen davon aus, dass die Gruppe u.a. für den Mord an einem senegalesischen Studenten sowie an einem antifaschistischen Wissenschaftler verantwortlich ist. Möglicherweise war die Aktion der Polizei jedoch vor allem durch den bevorstehenden G 8-Gipfel motiviert – Aufmerksamkeit für die Entwicklung in Russland und Solidarität mit den dortigen AntifaschistInnen bleiben eine wichtige Aufgabe. An staatliche Behörden können sie jedenfalls nicht delegiert werden.



Discounter ließ sich von Neonazis bewachen

Lidlpower

Die Sicherheitsfirma »Levantina« und das europäische Fascho-Netzwerk

José Luís Roberto Navarro nennt sich Sicherheitschef der Firma »Levantina de Seguridad«. Tatsächlich gehört ihm das Unternehmen, das die Bewachung der Lidl-Filialen in der spanischen Provinz Valencia übernommen hat. Eigentlich ist JLR in seiner Heimat bekannt wie ein bunter Hund, denn er müht sich seit vielen Jahren, eine Integrationsfigur der spanischen Ultrarechten zu werden. Öffentlich gibt er sich als Patriot und Demokrat aus, doch gleichzeitig verschafft er seiner Partei »España2000« durch eindeutig rassistische Parolen eine gefährliche Wirkung in einer Gesellschaft mit vielen Verlierern. Da drängen sich Fragen auf, wir haben sie gestellt. »Die Zusammenarbeit wird im Juni 2006 beendet, wir haben diese Zusammenhänge nicht gekannt«, so Lidl-Sprecher Thomas Oberle.

»Wir hörten, wie der Wachmann die Opfer der Nazis beschimpfte"

Tamara traf der Schock, als sie in ihrem Wohnort Mislata (Valencia) am 9. Mai 2006 die Lidl-Filiale betrat und schon von weitem die Uniform der »Levantina« erkannte. »Wir näherten uns dem Wachmann und hörten, wie er vor Kunden und Angestellten die Opfer des Nationalsozialismus beschimpfte und sich dazu bekannte, Nazi bis in den Tod zu sein.« Ein schwarzes Schaf in einer sonst sauberen Umgebung? Ein Blick hinter die Kulissen der Firma von José Luís Roberto Navarro bringt andere Erkenntnisse. Die »Levantina » ist ein wichtiger Link im Netzwerk der europäischen Rechtsextremen.

Im JLR-Chefzimmer in der Pasaje Ruzafa steht eine Büste des faschistischen Generalissimo Franco, der 1936 gegen die Regierung der spanischen Republik putschte, dem Land einen opferreichen Bürgerkrieg aufzwang, sich mit Hitler verbündete und Spanien jahrzehntelang diktatorisch regierte. Da die Verehrung für Franco bis tief hinein in das konservative Großbürgertum Spaniens reicht, ist die Büste allein zu wenig Beweis für faschistische Gesinnung. Doch Roberto Navarro, der oberste Lidl-Bewacher in Valencia, liefert uns noch ganz andere ideologische Perlen seiner politischen Überzeugungen.

Europa habe die Verpflichtung, sich gegen eine bevorstehende »Invasion der Barbaren« zu wehren, hetzte er im Frühjahr 2003 gegen Immigranten. Das Protokoll eines Chats mit jungen Sympathisanten seiner Partei und der damals entstehenden rechtsextremen Dachorganisation »Spanische Front« liefert umfassende Erkenntnisse über seine Denkweise. Der Parteivorsitzende im O-Ton: »Deshalb ist eine kohärente Bevölkerungspolitik notwendig, man muss Europa erneut mit jungen Weißen bevölkern.«

„Adolf Eichmann" im Internet-Chat

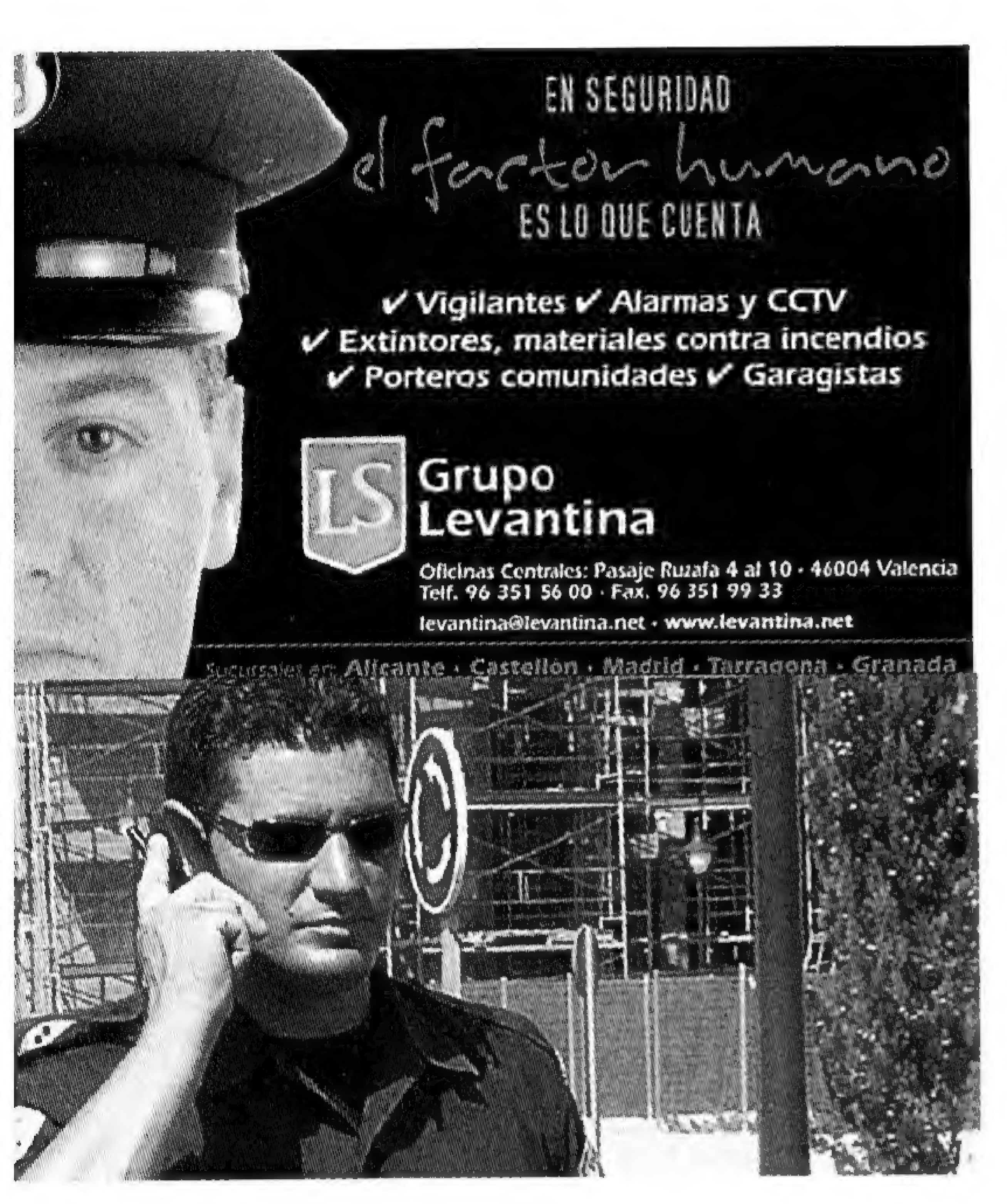
Die wirklichen Barbaren tummelten sich an diesem Tag schon im Chat und stellten Fragen als »SkinGirl88«, »Adolfo15« und »Odhin88«. Ein Hinweis: Der Zahlencode 88 steht bei Neonazis für »Heil Hitler«, während die 15 den für die Vernichtungsfabrik Auschwitz mitverantwortlichen Massenmörder Adolf Eichmann meint. Das muss auch der Parteiführer JLR wissen. Dennoch warb er damals weiter für sich und die politische Einheit vor allem mit der Franco-Partei »Falange«. Mit ihr habe er Meinungsverschiedenheiten, »aber nicht so sehr bei den Inhalten«. Und dann ist »Adolf Eichmann« dran, will wissen, was der Chef von »España2000« und »Levantina« vom Nationalsozialismus hält. Der zögert nicht: »Der Nationalsozialismus war zu seiner Zeit eine aktuelle Doktrin, heute hätte sie viele Überarbeitungen nötig«. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wäre er wahrscheinlich Nazi gewesen, biedert sich Roberto an. »Jetzt bin ich es nicht«. Gleich darauf kommt die nächste Avance an die Naziskins. »Wenn der Nationalsozialismus die Möglichkeit hätte, Europa zu regenerieren, würde ich ernsthaft erwägen, die Mitgliedschaft zu beantragen.«

José Luís Roberto Navarro hat viele Gesichter. Er gibt sich als Pädagoge aus, ist Rechtsanwalt und juristischer Vorstand der Vereinigung der Bordellbesitzer ANELA. Einige Mal durfte er Gastkommentare in der Zeitung »Levante« schreiben, die Ende 2005 unter der Überschrift »Organisierter Faschismus und Prostitution« mit ihm abrechnete: »Roberto besitzt eine der wichtigsten Sicherheitsfirmen im spanischen Staat, die Levantina de Seguridad. Diese hat zahlreiche Anzeigen wegen Körperverletzung und mehrere ihrer Angestellten sitzen im Gefängnis wegen Delikten wie Drogenhandel, Körperverletzungen, Entführungen und Waffendiebstahl in der NATO-Basis von Bétera, wie aus Daten des Innenministeriums hervorgeht.«

Razzien gegen Einwanderer

Der Levantina-Chef ist ein politisches Chamäleon, spricht sich heute gegen zu viel Nazinostalgie aus. »Unsere ideologischen Prinzipien sind auf eine moderne und populistische Bewegung ausgerichtet«, darf er selbst bei Fernsehdebatten erzählen. Das ist bis heute die Sprachregelung von »España2000«, die mit Parolen gegen illegale Einwanderung und Slógans wie »Die Spanier zuerst« einen militanten Rassismus befördert. Berüchtigt sind die von JLR angeführten Razzien im Stadtviertel Ruzafa, wo hauptsächlich Einwanderer leben, die beleidigt und angegriffen werden.

Die erste überfallartige Aktion geschah 1997. Beteiligt war auch die inzwischen mehrfach gespaltene »Falange«. Seither kam es immer wieder zu aus-



länderfeindlichen Übergriffen in Ruzafa. 2002 war der Chef der französischen »Front National« (FN) Jean-Marie Le Pen dabei, zu dem »España2000« enge Beziehungen pflegt. Das europäische Netzwerk der Rechstextremen funktioniert. Für die Kooperation mit der deutschen NPD ist nach Angaben Robertos die »Falange« zuständig.

Maßgeblich beteiligt an Progromversuchen, Angriffen auf Antifaschisten und neofaschistischen Aufmärschen in Valencia ist die Schutztruppe der Partei »España2000«, die sich »Abteilung für Schutz und Sicherheit« (DPS) nennt. Sie setzt sich zu großen Teilen aus Angestellten der Sicherheitsfirma »Levantina« zusammen. Geleitet wird sie von Miguel Roberto, dem Sohn Robertos und Juniorchef der Sicherheitsfirma.

Lidl-Bewacher im Killertraining

Zu den vielfältigen Geschäftsfeldern der Firma gehören der Verkauf von Sicherheits- und Spionagetechnik sowie der Betrieb einer Ausbildungsakademie. Das Know-how holt man sich aus aller Herren Länder. So hat der für die Bewachungsteams der Lidl-Filialen zuständige Levantina-Mann José Ángel Moreno ein Anti-Guerrilla-Training im südamerikanischen Peru absolviert. Gastgeber waren die Spezialeinheit »Los Sinchis«, der zahlreiche Morde an Indios und andere schwerste Menschenrechtsverletzungen in den 80er und 90er Jahren nachgewiesen worden sind.

»Wir haben das theoretische und praktische Wissen erworben, genauso wie die körperlichen Fähigkeiten, um die Subversion zu bekämpfen«, berichtet der Lidl-Bewacher in der Firmenzeitschrift Nosotros stolz von seinem Aufenthalt im Urwaldort Mazamari, wo die amerikanischen »Green Berets« vor vielen Jahren einen Stützpunkt aufgebaut haben. Der Autor dieser Zeilen kennt eine weitere Anforderung aus erster Hand. »Als Sinchi bekommst du eine Gehirnwäsche und du musst sogar bereit sein, deinen Vater oder deine Mutter zu töten«, gestand vor einigen Jahren in einem langen Gespräch, das in Mazamari stattfand, ein von Gewissensbissen geplagter Offizier dieser Killertruppe.

Andreas Hamann

»Wir haben diese Firma seit etwas über einem Jahr hauptsächlich in Valencia beschäftigt, hatten aber keine Kenntnis von diesen politischen Hintergründen. Das Unternehmen Levantina wird schließlich sogar von staatlichen Institutionen beauftragt. Aber wenn wir das von vornherein gewusst hätten, hätten wir anders reagiert. Wir werden die Zusammenarbeit im Juni 2006 beenden.« (Thomas Oberle, Unternehmenssprecher Lidl am 29. Mai 2006)



www.enough.nadir.org